

„Heinz Schenk Debatte“

**Texte zur Kritik an den Autonomen -
Organisationsdebatte -
Gründung der Gruppe „Für eine linke Strömung“**



INHALTSVERZEICHNIS

04 Vorwort zur Neuauflage (2011)

04 Einleitung (1992)

05 Gibt es ein Leben vor dem Tod?

07 Thesen zum Kulturbegriff

09 Wir sind doch kein Kampagnenheinz!

13 Eine Antwort auf Heinz Schenk

14 Die Autonomen machen keine Fehler,
sie sind der Fehler!

23 Versuch einer Antwort auf Heinz Schenk

26 ZAUH - Zirkel autonomer Herätikerinnen

30 Noch ein ketzerisches Papier

33 Und wenn es doch noch was anderes gibt?

36 Neues aus dem Unterhaus:
Organisationsdebatte

44 Autonome Studis Bolschewik

50 Soziale Revolution gegen Großdeutschland

Praktische Konsequenzen –

Die Gründung der Gruppe FelS

57 Thesenpapiere zur Veranstaltung am
28. Januar 1992

58 Sich dem Kapitalismus nicht ergeben

71 Für eine linke Strömung

72 FelS-Selbstverständnis

75 Seminarreihe der Lern-AG der Gruppe FelS

76 Resümee von 6 Monaten „Für eine linke
Strömung“ (FelS)

Vorwort zur Neuauflage (2011)

Diese Broschüre dokumentiert eine vor mehr als zwanzig Jahren geführte Debatte innerhalb der westdeutschen radikalen Linken. Der merkwürdige Name Heinz-Schenk-Debatte rührt daher, dass zwei der beteiligten Autor_innen als Pseudonym den Namen eines abgehalfterten Fernsehmoderators und Schlagersängers nutzten. Anlass der Neuauflage ist das Jubiläum jenes post-autonomen Organisationsansatzes, der sich damals als Konsequenz der Debatte gründete. Die von Heinz Schenk und anderen formulierte Kritik an autonomen Politikformen stellt einen Bruch in der neueren Geschichte der radikalen Linken dar und ist Teil ihrer notwendigen Neukonstituierung. Viele der in der Debatte genannten Ansprüche sind uns heute immer noch wichtig – und sei es als bisher nicht oder nur ungenügend eingelöste. Einiges hat sich verändert in diesen zwanzig Jahren, anderes nicht. Es geht uns nicht darum,

einen Blick auf die verstaubten Ahnen und die bucklige Verwandtschaft der Gruppe FeS zu werfen, sondern das uns heute weiterhin relevant Erscheinende einer immer virulenten Organisationsdebatte zu betonen. Eine neue Generation von Aktivist_innen kennt sie nicht mehr aus eigenem Erleben, aber aus vielen Nachfragen wissen wir, dass die Heinz-Schenk-Debatte nach wie vor eine wichtige Diskussionsgrundlage bietet: Viele der darin benannten Probleme stellen sich offenen und undogmatischen Gruppen heute immer noch ganz ähnlich. Immer noch schlagen wir uns mit unterschiedlichen Lebensumständen und Wissensständen herum, immer noch versuchen wir unsere Politik strategisch zu bestimmen und nicht einfach hilflos in die Wiederholung alter Politikformen zurückzufallen, sondern beständig an einer experimentellen Praxis zu arbeiten. Eine radikale Linke, die es ernst meint mit ihrem oft hilflos vor sich

hergetragenen anstatt wirklich praktischem Anspruch die Gesellschaft zu verändern, muss sich fragen, wie sie wieder attraktiv für eine breite Anzahl an Menschen wird und sich aus der eigenen Marginalität befreit. Dabei hilft uns weder verklärtes Schwelgen im roten Fahnenmeer vergangener Zeiten, noch die Massenverachtung auf- und abgeklärter Theoriezirkel, noch das verbissene Trotz alledem der alten Militanten. Eine relevante Gesellschaftliche Linke muss der neoliberalen Vereinzelung etwas entgegenzusetzen können, solidarische Formen zur Bewältigung des Alltags entwickeln und in konkrete Verhältnisse intervenieren. Zweierlei also: Intervention und Invention. Oder auch „Klebstoff zwischen den Vereinzelteten sein – Konsens schaffen – kommunistische Lebensformen aufbauen.“ Nicht die Antworten auf diese Herausforderungen lassen sich in dieser Broschüre finden, aber viele der richtigen Fragen.

Einleitung (1992)

Dieser Reader ist ein Zusammenschnitt der seit Sommer '91 gelaufenen Organisationsdebatte, von der Heinz-Schenk-Debatte bis zur Entstehung der Gruppe FeS. Der erste Teil des Readers beinhaltet die im Vorfeld der Heinz-Schenk-Debatte entstandenen Texte zur Organisationsfrage noch innerhalb der Autonomen. Im zweiten Teil

folgt dann die Kritik an den Autonomen, die so genannte Heinz-Schenk-Debatte. Der dritte Teil stellt die praktische Konsequenz, die wir aus der Debatte gezogen haben, dar, die Gründung der Gruppe FeS. Die meisten der hier vorliegenden Texte (bis auf das Resümee von 6 Monaten FeS) wurden bereits in der Berliner „Interim“ veröffentlicht.

Versäumt haben wir es, Zusammenfassungen unserer Seminare zu schreiben. Für die Zukunft gedenken wir nach Abschluss einzelner Seminarreihen eigene Reader herauszugeben. Wir sind weiterhin eine offene Gruppe für alle, die auf der Basis unseres Selbstverständnisses bei uns mitarbeiten möchten.

Gibt es ein Leben vor dem Tod?

Unsere noch relativ dünne Personaldecke kann die Mitarbeit in einem unserer Projekte gebrauchen, wir sind aber auch für die Gründung neuer AGs offen. Ebenso sind wir auch über Berlin hinaus an einer Zusammenarbeit mit Gruppen und Einzelpersonen, die in eine ähnliche Richtung arbeiten, interessiert.

I. Der Austritt und seine Folgen

Als wir im vergangenen Herbst schrieben „Unsere Papiere sind eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen“ machte sich die Häme über uns vor allem an dieser ironisch, aber absichtsvoll gewählten Bemerkung fest. Wir könnten nur in Parteistrukturen denken und hätten nun endlich gemerkt, dass die Autonomen keine Partei seien. Vor allem deshalb seien wir enttäuscht, aber nun könnten wir ja unsere eigene Partei aufmachen.

Das „Missverständnis“ hätte nicht größer sein können. Was uns an sämtlichen Gruppen der deutschen radikalen Linken genervt hatte, woran wir uns die Köpfe angerannt hatten, war der Dogmatismus der undogmatischen Linken. Strukturen und jahrelange Denkweisen durften nicht mehr hinterfragt werden, geschweige denn, dass Möglichkeiten zu ihrer Veränderung von innen heraus zu sehen waren. Die Formen politischen Handelns

waren zu Instantrezepten erklärt worden. Linke Politik wurde eher als Kampf „gut gegen böse“ denn als komplizierte Vermittlung zwischen Gegebenem und Gewolltem begriffen. Ob unser Versuch, eine Gruppe zu gründen, die außerhalb bestehender Denkstrukturen revolutionäre Politik machen wollte, gelingen würde, war am Anfang sehr fraglich: Sehr wenige schienen sich auf ein neues Projekt einlassen zu wollen. Selbst viele derjenigen, die unsere Kritik teilten, konnten sich Politik nicht außerhalb der Einordnung in die eingeübten Schemata RAF-RZ-Autonome vorstellen.

Angesichts erster harscher Reaktionen haben wir uns manchmal gefragt, ob nicht doch wir die Verrückten sind. Ob wir uns nicht einbilden, der Stein des allgemeinen Anstoßes zu sein, bloß weil wir selbst aus Ungeschick überall anstoßen. Ob das Szeneleben nicht doch so viel zu bieten hat, dass es uns lebenslänglich reichen würde. Eine nette WG, gelegentlich auf Demos den Ärger rauslassen oder einfach nur mitlaufen und sich – wie am 1. Mai als Viele fühlen zu können. Sicher, sicher, da war das Wissen um die Szenepsychose – aber gab es nicht auch Ausnahmen, die, die es geschafft hatten, sich ganz gut im Leben und mit der Szene einzurichten.

II. Ein kalter Winter und noch mehr Missverständnisse

Der Anfang von FeIs lag atmosphärisch dort, wo wir inhaltlich aufhören wollten. Im Versammlungsraum eines besetzten Ostberliner Hauses, wo es selbst dann noch bitterkalt war, wenn der Ofen zwei Stunden vorher angeheizt wurde.

Manchmal wurde deshalb das Treffen in einen der Privaträume verlegt, was den improvisiert-chaotischen Eindruck unseres Unternehmens noch verstärken musste.

Die eigentlichen Probleme begannen jetzt erst. Auf der einen Seite stand die Notwendigkeit, als offene Gruppe zu arbeiten, da sich neue Organisationen und Debatten nicht als Zirkel herausbilden.

Zudem glaubten wir, dass die bisherigen Versuche, linksradikale Politik zu verändern, auch daran gescheitert waren, dass sich bloß neue abgeschlossene Grüppchen gebildet hatten, die über ihren Tellerrand nicht mehr hinauskamen.

Auf der anderen Seite war klar, dass viele bloß deshalb zu uns stoßen würden, weil wir einem weit verbreiteten Gefühl der Unzufriedenheit Ausdruck verliehen hatten, sich ihre und unsere Unzufriedenheit aber aus verschiedenen, oft entgegengesetzten Motiven speiste.

Ich erinnere mich da noch an einen Februarabend, an dem

nur 1/4 der Anwesenden die eigentliche Gründungsgruppe ausmachte und wir ständig zwischen den 3/4 ErstbesucherInnen vermitteln mussten – darunter so entgegengesetzten wie denen, die meinten, dass die Autonomen nicht genug draufhauen und zu viel lesen würden und einer kleinen trotzistischen Sekte, die wohl in der Hoffnung zu uns gekommen war, hier frustrierten, ratlosen und daher dankbaren Autonomen eine neue Orientierung geben zu können.

Für Außenstehende müssen diese Abende immer sehr bizarr bis lächerlich gewirkt haben. Der Name FelS war eher eine Verlegenheitslösung, mit der wir bis heute wohl nicht ganz zufrieden sind.

Wir hatten zwar genug Phantasie, uns eine andere Linke vorzustellen, aber bei Namensgebungen versagt sie regelmäßig (bei der Namensgebung für die beiden von uns geplanten Zeitungen sind ähnliche Notlösungen zu befürchten).

„Linke Strömung“ – der Begriff „Strömung“ sagt nicht, als Strömung innerhalb von was er gedacht ist. Innerhalb der revolutionären Linken – dann würden wir jene unsinnigen Rechts-/Links-Klassifizierungen innerhalb der kommunistischen Gruppen vor allem der 20er Jahre wiederholen. Innerhalb der Gesellschaft – damit würden wir ein pluralistisches Gesellschaftsbild ausdrücken, in dem zum Beispiel kapitalistische wie antikapitalistische Strömungen nebeneinander Platz haben.

III. Mühen und Freuden der Ebene

Das Schlimmste dürfte erstmal hinter uns liegen. Zwar haben wir natürlich weiterhin Probleme, die wir angehen müssen, aber nicht letztlich vom Tisch wischen können: zum Beispiel das von unterschiedlichen Wissensständen und Fähigkeiten in der Gruppe. Oder das Problem der Dialektik zwischen subjektiven Bedürfnissen und objektiver Politik, zwischen Konkretem und Abstraktem.

Bis jetzt gibt es weder ein FelS-Sanatorium noch Ideen, die die Finanzierung der Einzelnen kollektiv gestalten könnten. Es scheint so sein zu müssen, dass je schlechter die Linke dasteht und damit auch meistens ihre Individuen, desto abstrakter eine erste Phase neuer linker Politik sein muss, um dann langfristig erfolgreich an den konkreten Bedürfnissen ansetzen zu können.

Die derzeitige Arbeit, die aus viel Lesen und Schreiben besteht, ist jedenfalls notwendig, aber eben nicht nur befriedigend.

Wir hoffen darauf, dass unter anderem die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die in eine ähnliche Richtung denken (Kongress im nächsten Frühjahr?) diesen einseitig einsamen Arbeitsstil etwas einschränken wird.

Trotzdem, auch subjektiv, denke ich, haben wir in diesem Jahr einiges gewonnen. Endlich politisch planen zu können und nicht wie der Kampagnenheinz auf den nächsten Schlag des Gegners warten zu müssen, hat uns ein Stück Selbstbestimmung zurückgegeben.

Wir sind nicht mehr die einsamen Don Quijotes gegen die Windmühlenflügel der autonomen Betriebsamkeit. Und neben uns regen sich trotz aller Unterschiedlichkeit einige Gruppen, die Hoffnung auf eine gemeinsame Perspektive machen, Gruppen aus allen drei großen linksradikalen Strömungen der '80er Jahre haben begonnen, dogmatisch verhärtete Positionen zu hinterfragen. Das Prinzip Hoffnung kann wieder in die linke BRD-Geschichte eintreten:

„Nur wenn das Unmögliche immer wieder gedacht wird, lässt sich das Mögliche retten: das, was wir kennen, ist nicht alles.“

Rossana Rossanda

Thesen zum Kulturbegriff

Keine Revolution ohne andere Kultur, ohne andere Umgangs- und Lebensformen, ohne eine Veränderung der Menschen, die sich an ihr beteiligen. So weit, so klar – aber darüber, wie eine andere Kultur entsteht und wie ihr Verhältnis zur Politik aussieht, darüber wird in der Linken wenig geredet. Deswegen diese Gedanken zum Kulturbegriff:

1.) Gegen-/Protestkulturbewegungen so wie die antiautoritäre Bewegung ab 1968 oder die Jugendrevolte 80/81 sind für mich im Wesentlichen zweierlei:

a.) das Ausprobieren von neuen Formen, wobei diese Formen relativ willkürlich gewählt und sogar reaktionär sein können (z. B. Skins). Dieses Ausprobieren erschöpft sich sehr schnell. Wie in jedem gesellschaftlichen Prozess lässt die Euphorie nach.

b.) Der Ausbruch aus der Einsamkeit als sich neu konstituierende Gemeinschaft (wobei dieser Ausbruch eben auch außerhalb von Protestbewegungen stattfinden kann). In ihrer Spontaneität sind gesellschaftliche (und damit meistens auch kulturelle) Ausbrüche unkontrollier- und steuerbar. Selbst wenn das anders wäre, würde so eine Kontrolle wenig interessant sein. Klar ist auf jeden Fall auch, dass diese Aufbrüche ihre Schattenseiten haben. Ich persönlich mißtraue ihnen ein bißchen, weil ihr oft jähes Ende auch mich mit hinabzieht. Sie sind für mich daher auch kein Fundament, auf

das sich meine gesellschaftliche Identität stellen würde. Sie sind sicherlich prägend, können mich mitziehen und mir neue Sachen zeigen, aber ihr Rhythmus definiert nicht meinen. Warum ausgerechnet wir Linken eine neue Protestkultur kreieren sollten, ist mir deswegen schleierhaft.

2.) An gesellschaftlichen Prozessen sind mir die bewusstmachenden Elemente wichtig. Diese Bewusstsein-schaffenden Momente finden sich in Kulturbewegungen genauso, wie in Kämpfen um Lohn, ein Zentrum usw. – oder auch in unvermittelt ausbrechender Klassengewalt (z. B. die Jugendbanden und ihre Konfrontation mit den Bullen).

Darüberhinaus aber noch in x-Sachen, oft Kleinigkeiten, mehr. In ihnen beginnen Menschen ihr Untertanensein ein Stück aufzusprennen: sie werden an einzelnen Stellen eigenständige Subjekte ohne sich dadurch aber gleich „ganz“ zu finden. Bewusstsein-schaffende Momente sind Schritte auf einem Weg, noch nicht das Ziel selbst.

3.) Gegenkultur kann über den Bewusstwerdungsprozess, der in ihr abläuft, ein konstituierendes Element der neuen Gesellschaft sein. Das Menschenbild einer Gesellschaft wird beispielsweise durch die Kunst zum Ausbruch gebracht, aber auch weitergetrieben. So werden revolutionäre

Lebensformen stückchenweise schon vor der Revolution vorweggenommen (auch wenn die Veränderungen immer wieder in die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen zurückfallen). Gegenkultur ist also „präventive Revolution“, aber sie kann die Revolution als Prozess der Machtübernahme nicht ersetzen.

Ich glaube, dass die kulturelle Subversion als „beharrliches Aushöhlen des alten Systems“ alleine zu keiner bleibenden Veränderung führt. Jede gesellschaftliche Transformation braucht politische und militärische Strategie. Ohne diese Strategie, die von Organisationen oder Organisationskernen vermittelt wird, wird Protest oder Gegenkultur zurückintegriert (z. B. die Kommerzialisierung des Punk, die Integration der Alternativen, der „Marsch“ der Antiautoritären): – genauso wie politische Strategie ohne gegenkulturelle Elemente nur lustfeindlich und formalistisch sein kann.

4.) Natürlich gibt es einen Bereich der spontanen Entwicklung von Kultur, oder besser: Entfaltung der menschlichen Vielfalt. Das ist, wenn wir auf der Straße singen, tanzen, uns unvermittelt und unreflektiert ausdrücken. Darüber brauchen wir aber auch nicht zu reden. Daneben gibt es aber auch bewusst zu entwickelnde Gegenkultur, die außerhalb von spontanen Aufbrüchen

entsteht. Das ist für mich vor allem der Austausch mit vielen verschiedenen Menschen, Gemeinschaftlichkeit, ein Über-Sich-Hinausgehen – also ein Annähern an kommunistische Lebensformen.

Diese Lebensformen gehen nicht aus individuell erlernbaren Fähigkeiten hervor, sondern sind kollektive Entwicklungsprozesse, die mensch – hauptsächlich als systematischen Lernprozess – durch die Arbeit an einem gemeinsamen Prozess macht.

5) Das mir naheliegendste gemeinsame Projekt der Linken ist die revolutionäre Organisation. – Warum? Wenn mir an der Szene etwas auf die Nerven geht, dann ist es ihre Beschäftigung mit sich selbst, ihre Selbstlähmung, die aus dem vorherrschenden bürgerlichen Individualismus hervorgeht und ihn reflektiert. „Jeder ist sich selbst am nächsten“, heißt die bürgerliche Variante des autonomen „Subjektivismus“. Die entscheidende Frage ist also, wo und wie wir unsere individuelle Subjektivität zu einer verschmelzen. Der Prozess bewusster Organisierung (als Organisation) ist eine solche Verschmelzung, also Arbeit an der Kollektivität, an der Gegenkultur, an der neuen Gesellschaft.

Zum anderen hängt damit auch eng die Frage nach Erfolg und Nichterfolg zusammen. Erfolg, das heißt für mich, neue Leute zu gewinnen, in einzelnen Punkten Zwischenerfolge zu erringen, richtig bestimmt zu

intervenieren, gesellschaftlich wahrgenommen zu werden. Egal, was wir sagen und denken, jede Struktur misst sich natürlich auch an ihrer Effizienz. Genau das ist für uns alle subjektiv ausgesprochen wichtig, denn wer macht schon gerne eine zeitraubende Arbeit, wenn sie nicht wenigstens manchmal Erfolgserlebnisse vermittelt? Wildwuchs ist tendenziell (außer in Bewegungshochzeiten) ziemlich ineffektiv, die frustrierende Arbeit bleibt an wenigen hängen, die gleiche unangenehme Arbeit wird drei oder vier mal gemacht. Auch deshalb müssen wir über die „wildgewachsene“, subkulturell definierte Szene hinaus.

Zusammengefasst:

In ihrer Plan- (und deswegen Perspektivlosigkeit) verstellt uns die „Szene“ als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun): In ihrer subkulturellen Abschottung verhindert sie die Auseinandersetzung mit außen, blockiert also auch das befreiende Aufgeben des bürgerlichen Individualismus. Meine These ist deswegen, dass es gerade in Bewegungstiefs für uns RevolutionärInnen subjektiv notwendig ist, über ein so abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden. Die Tatsache, dass andere

Organisationsansätze als ML-Sektierertum und Psychozirkel geendet sind, überzeugt mich nicht vom Gegenteil. Die ML-Phase (die K-Gruppen Anfang der '70er) war meiner Ansicht nach nur die undialektische Negation der antiautoritären Bewegung, so wie wir weitgehend die undialektische Negation der ML-Phase sind.

Zum Schluss:

(so „subjektiv“ wie nur irgendwas) – mir macht politische Arbeit da Spaß, wo sie über den eigenen Teller- rand hinaus auf andere soziale Realitäten zugeht, denn da höre ich auf, nur für mich denkendes Subjekt zu sein und treffe mich mit anderen: Dahinter steht für mich die gedankliche Kette: Klebstoff zwischen den Vereinzelten sein – Konsens schaffen – kommunistische Lebensformen aufbauen.

Zu der in Mode geratenen Diskussion über den Widerspruch zwischen eigener Subjektivität und abstrakter Politik: Politik ist zwangsläufig Abstraktion von sinnlichen Wahrnehmungen. Das ist nicht weiter schlimm. Auf der anderen Seite sind wir als ganzheitliche Menschen aber sehr viel mehr als nur „Denkende“.

Für mich heißt das, meine Spontantät und Kreativität genauso auszuleben wie mein Bedürfnis nach bewusst geplanter und erfüllter politischer Arbeit. Bewusstsein und Spontantät. Kreativität und Systematik sind für mich dialektische Begriffs-paare, die sich gegenseitig benötigen.

Die jetzigen Formen des Szenewildwuchses reichen mir nicht. Ich mache Politik immer mehr außerhalb von autonomen Zusammenhängen, mache dabei gute Erfahrungen und kann mir vorstellen, ganz aus ihnen herauszuwachsen. Dagegen schätze ich „autonome“ oder linksalternative Lebens- und Kulturformen nach wie vor: Ich lebe gerne in der linken WG, liebe Kiez-Discos, mag das EX, umgedrehten Kleiderzwang und Nicht-bezahlen-müssen auf Voküs.

Die Szene ist als Erbin der antiautoritären Bewegung und

der Jugendrevolte wahrscheinlich kulturell, wenn man die eigene Herkunft und die Außenbedingungen berücksichtigt, gar nicht schlecht (oft nicht anders als die Umwelt, oft noch individualistischer, aber manchmal eben doch umwerfend revolutionär). Politisch dagegen ist sie unbefriedigend, völlig überholt von den Wirklichkeiten einer immer härteren sozialen Realität. Und: Auch für das Zusammenleben (also die kulturelle „Sphäre“) wäre erfolgreichere (d. h. systematischere) politische Arbeit sinnvoll, denn befriedigte Menschen haben weniger Psychos miteinander.

Also nicht Partei statt Szene, sondern Gegenkultur, soziale Bewegung und revolutionäre Organisation als unterschiedliche, sich ergänzende Sphären. Unsere individuelle Perspektivlosigkeit kann nur eine kollektive strukturelle Antwort haben, unser Problem lässt sich mit der gemeinsamen Abstraktionsleistung lösen.

Deswegen sind unsere Schwierigkeiten mit Alltag und unserer „Kultur“ eng mit der Organisationsfrage verbunden.

Zettelknecht

Wir sind doch kein Kampagnenheinz!

I. Die Geschichte der autonomen Bewegung ist die von Kampagnen. Auch wir haben gehofft, aus Ein-Punkt-Bewegungen zur kontinuierlichen Politik kommen zu können. Trotzdem wir dieses Konzept seit der Anti-AKW-Bewegung '86 für gescheitert erachten, haben wir uns dann zähneknirschend mangels Alternative z. B. an der IWF- und Shell-Kampagne beteiligt, obwohl wir deren baldigen Absturz vorausahnten. Wir hielten eine ungenügende Praxis für besser als gar keine.

Mit diesem Beitrag nehmen wir erstmals gegen die neuesten Kampagnen Stellung. Wenn wir Beispiele anführen, dann vor allem die Anti-Olympia-Kampagne: Sinngemäß trifft unsere Kritik aber auch z. B. auf die WWG- und Flüchtlingskampagne zu.

Dabei haben wir nichts Grundsätzliches gegen eine Flüchtlings-, Olympia- oder WWG-Kampagne einzuwenden, sie müssten aber Resultat strategischer Diskussionen sein und nicht deren Ersatz.

II. Eine politische Bewegung muss sich eine gesamtgesellschaftliche Analytik erarbeiten – und dazu in permanentem öffentlichen Austausch (soweit es die Repression erlaubt) sowohl untereinander, als auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stehen. Aus dieser Analyse heraus muss sie den jeweiligen Bedingungen gemäß die Mittel bestimmen und Schwerpunkte festlegen.

III. Die automone Praxis sieht bekanntermaßen anders aus. Eine gesamtgesellschaftliche

Analyse findet im Großen und Ganzen weder untereinander noch im Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, weder öffentlich noch unter der Hand statt – allenfalls noch im eigenen Kleingröppchen, die für sich genommen aber kaum politisch handlungsfähig sind, geschweige denn gesellschaftliche Relevanz erlangen können.

IV. So bleibt immer wieder das Warten auf äußere Ereignisse – auf Großprojekte, Treffen von politischen Gegnern, angreifenden Faschos, Häuserräumungen. Eigentlich müssten wir unseren jeweiligen Gegner doch mal zum Essen einladen oder ihm zu Ehren eine Kiez-Disco geben:

Wie langweilig wäre der Herbst '88 ohne IWF gewesen, wie langweilig München ohne WWG

'92 und wie langweilig ist das Leben in manchen besetzten Häusern ohne den Überfall der Bullen.

Wo im Grunde alle erleichtert sind über den Anlass zum Demonstrieren, obwohl sie sich nach draußen darüber beschweren, wird es schizophren, Beschäftigungstherapie ist aber keine politische Perspektive.

V. Wo sowohl Anlass als auch Form (möglichst militant auf allen Ebenen) der Politik feststehen, entsteht notwendigerweise ein instrumentelles Verhältnis zur Theorie.

Theorie dient nur noch zur Absegnung der zuvor schon beschlossenen Praxis. Dies führt zu einem reduzierten Theorieverständnis: Theorie ist nicht mehr das Beschreiben gesellschaftlicher Verhältnisse und daraus folgender Interventionsmöglichkeiten, sondern bloße Beschreibung der Machenschaften des Feindes. Sogar bloßes Faktenaufzählen wird noch als Theorie bezeichnet. Konsequenterweise setzt sich denn auch der selbstentlarvende Begriff „Inhalt“ durch: Das Gefäß ist bereits gegeben, es muss nur noch mit Inhalten gefüllt werden. Worin diese bestehen ist letztlich beliebig, nur die Form nicht.

Wir glauben, dass auch genau mit diesem falschen Verhältnis von Theorie und Praxis unsere berühmt-berüchtigten Schweige-Vs zusammenhängen. Wer die Praxis schon beschlossen hat, also nicht mehr strategisch diskutieren kann,

dem bleiben nur noch die technischen Details: die beliebten Diskussionen Spalier ja-nein. Vermummung ja-nein etc.

VI. Wir lehnen die Kampagnen aus mehreren Gründen ab: aus politischen und persönlichen. Unsere persönlichen Gründe sind aber verallgemeinerbar und damit ebenso politisch. Aus gemachten Erfahrungen nicht lernen zu können, gemachte Fehler immer wieder machen zu müssen, weil schlicht kein Forum besteht, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können: Das ist ein- oder zweimal persönlich zumutbar. Danach helfen auch die Schilderungen des Feindes in den wildesten Farben nicht mehr. Zudem ist diese Politik vollkommen ungeeignet, das gesellschaftliche Objektverhältnis der Einzelnen aufzuheben: im Gegenteil, sie verstärkt sie noch: Da die Politik nicht aus selbstbestimmten Ansatzpunkten entwickelt wird, sondern sich lediglich der Strategie des Feindes entgegengestemmt wird, werden wir selbst in unserer Politik noch Opfer ihrer Pläne und zeitlichen Vorgaben. Auch ein Fisch, der an der Angel zappelt und sich wehrt, ist Objekt des Anglers. Auch sind wir nicht mehr bereit, politische Fehler durch subjektiv erhöhten Einsatz auszugleichen. Wenn es politisch nicht erwünscht wird, wie jetzt vom autonomen Teil der Anti-Olympia-Kampagne, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, so

dass wirklich Zehntausende auf den Beinen sind, gehen wir nicht trotz Bauchschmerzen zur Demo, nur damit es nicht so kläglich aussieht. Das führt zur Bestätigung der These, dass es ausreicht, in der Szene zu mobilisieren.

Politisch scheint uns die Praxis mittlerweile nicht mehr nur unzureichend, sondern falsch bis kontraproduktiv. Als unzureichend würden wir beispielsweise eine radikale Praxis bezeichnen, die sich lediglich auf einen Teilbereich (Internationalismus, Knast etc.) erstreckt, aber nicht oder kaum an einem gesamtrevolutionären Projekt arbeitet. Hier sagen auch wir: lieber eine solche Praxis als gar keine.

Eine Politik aber mit gesamtrevolutionärem Anspruch, die statt Diskussionen krampfhaft Suche nach Anlässen betreibt, die im Wunschdenken befanden ist und damit Illusionen produziert („vielleicht klappt bei dieser Kampagne ja doch der Sprung zur Kontinuität“), die nicht zur Aneignung politischer Begrifflichkeiten, sondern zur politischen Unfähigkeit führt, kann langfristig nur nach hinten losgehen, selbst wenn z. B. Olympia gekippt werden kann. Wir stellen denn auch eine schädliche Dauerwirkung von Kampagnenpolitik fest: Es bleibt zwar eine Ahnung von der eigenen Hilflosigkeit, aber es fehlt jegliches Instrumentarium, diese zu erklären oder sich Politik überhaupt anders vorstellen zu können. „Wir machen jetzt mal eine Kampagne: Wir

wissen zwar, dass dies nicht das Optimale ist, aber uns fällt nichts anderes ein“, ist eine politische Bankrotterklärung.

VII. Wer den Feind nur in dessen Offensiven beachtet und angreift, programmiert die Niederlage vor. Das Ansetzen am stärksten Punkt führt nur höchst selten zu Erfolgen. Selbst wo diese erzielt wurden, stellen wir merkwürdiges Desinteresse an ihnen fest.

Da der Feind ja immer irgendwo in der Offensive ist, wird der Erfolg kaum registriert, geschweige denn genutzt, sondern sofort zum nächsten Punkt übergegangen (registriert werden lediglich militärische Erfolge wie 1. Mai '87, '89: diese werden zu Mythen).

Eine solche Politik, die nie Fortschritte verzeichnen kann, muss zur Demoralisierung oder schlimmeren psychischen Störungen führen. Das Bild von der Allmacht des Feindes wird so bestärkt.

Eine politische Theorie, die den Feind nur im Moment seines Angriffs wahrnimmt, kann nur ein unvollständiges Bild der Gesellschaft liefern. Da die militante Linke dieses Bild aber für vollständig hält, wird es falsch. Die These der Faschisierung hat hier ihren Ursprung und diese wiederum legitimiert im Nachhinein die ständige Konspirativität und führt damit zur weiteren Abschottung von der Realität. Ebenso legitimiert sie die Unterschätzung jeder anderen Aktionsform als der des direkten Angriffs. So werden

Themenbereiche, in denen erstmal kaum die Aussicht auf direkte Aktionen besteht, den ReformistInnen überlassen (z. B. Gesundheit, Arbeits-, Schul- und Unikämpfe). Folge davon wiederum ist eine Politik an den eigenen Bedürfnissen vorbei, da nicht dort angesetzt wird, sondern an den Punkten, an denen gerade ein militärischer Angriff möglich erscheint. Unter anderem damit ist auch das geringe Interesse an Erfolgen in den laufenden Kampagnen zu erklären.

VIII. Zudem ist die autonome Kampagnenpolitik eine des faktischen Reformismus. Seit dem letzten Höhepunkt der Anti-AKW-Bewegung war es nicht zu übersehen: das autonome Konzept, in Teilbereichsbewegungen durch militantes Eingreifen zu intervenieren, sie vom Riot zur Revolution und vom Ein-Punkt-Aufstand zum Aufstand gegen das ganze „System“ zu führen, war gescheitert. Stattdessen waren die Autonomen zum bewaffneten Arm der Grünen geworden. Während die Autonomen trotz oder gerade wegen (denn dann fiel der Anlass weg, das Bewegungsloch trat ein) der auch durch ihren Einsatz erkämpften Teilerfolge aus den Kämpfen desolater hervorkamen, als sie hineingegangen waren, kletterten die Grünen in den Prozentpunkten nach oben und wurden von der Ein-Punkt-Partei zur gesellschaftlich handelnden Kraft.

Die Autonomen sorgten für Schlagzeilen, für politischen Druck, während die Grünen politisch konkrete Konzepte vorzuweisen hatten und es verstanden, die an den Kämpfen Beteiligten in längerfristige politische Arbeit einzubinden. Historisch betrachtet ist dies ja keine neue Konstellation: Immer wieder hat es Massenbewegungen gegeben, die von Führern/anderen gesellschaftlichen Kräften für deren Ziele benutzt wurden. Dies war die Folge davon, dass die Massenbewegungen aufgrund ihrer Klassenlage keine eigenen politischen Konzepte entwickeln konnten. Neu ist bloß, dass die Autonomen diese immer wieder aus der Not geborene Situation als politisches Rezept zu verkaufen versuchen und somit freiwillig die Masse stellen, auf deren Rücken Geschichte gemacht wird. Und dies, obwohl sie aufgrund ihrer materiellen Situation durchaus in der Lage gewesen wären, eigene Konzepte zu entwerfen. Was sind in den Jahren nach '86 nicht für Verrenkungen unternommen worden, um den Ruf des de-facto-Reformismus-trotz-revolutionärer-Verpackung zu entfliehen.

▪ Der Themenbereich „Ökologie“ wurde aufgegeben, da die ReformistInnen hier am durchorganisiertesten waren – andere Themenbereiche wurden verstärkt aufgegriffen: Flüchtlinge, Umstrukturierung, etc., da man/frau hoffte, dass die ReformistInnen hier nicht das Feld besetzen könnten.

▪ Abgrenzungswut gegenüber einzelnen Analysen der ReformistInnen und Entgegenhalten vermeintlich radikalerer, weil den Feind für schlimmer erklärender Thesen.

So halten wir die ökonomistisch-machtstrategisch analysierende Golfkriegsparole „Kein Blut für Öl“ für realistischer als den Versuch den Golfkrieg als „Vernichtungskrieg gegen die arabische Bevölkerung“ zu interpretieren. Der Versuch, sich von den ReformistInnen statt in der gesellschaftlichen Perspektive in der Analyse einzelner Planungen des Feindes abzugrenzen, führte zur Verschwörungstheorie, die sich durch nichts belegen ließ.

▪ Die Ablehnung, überhaupt noch konkrete Forderungen zu stellen („Wir sind einfach nur da“).

▪ Das Ablehnen jeglicher Bündnisse mit ReformistInnen bzw. mit allen, die nicht zur militanten Linken gehören. Das Ergebnis ist gleich null.

Entweder man übte sich in praktischem Existentialismus und konnte jenseits des unmittelbaren Angriffsziels einer Randalie kein politisches Ziel mehr benennen (siehe 1. Mai). Was letzten Endes den Verlust der politischen Ebene überhaupt bedeutet. Oder man/frau musste die Erfahrung machen, dass Reformismus nicht eine Frage des Themas und jedes Thema letzten Endes reformistisch zu besetzen ist. Folge war dann doch wieder die alte Arbeitsteilung, wie sie schon jetzt in der Olympia-Kampagne präsent ist:

die Autonomen machen den Putz auf der Straße und allenfalls noch eine Veranstaltung im „EX“ für die, die eh schon Bescheid wissen, die AL/ Bund Naturschutz etc. machen öffentliche Diskussionen, Pressearbeit usw. und interpretieren damit auch die Aktionen der Autonomen gegenüber der Presse: „Polizei wollte Ausschreitungen herbeireden“.

Nachdem die ausdrückliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit ReformistInnen in der IWF-Kampagne '88 ebenso gescheitert war, wie die intensive Bündnispolitik bis '86, existiert jetzt überhaupt keine Linie mehr: Jede Gruppe betreibt Bündnispolitik nach ihrem eigenen Gutdünken und mit einer gewissen Beliebigkeit. Das Ergebnis der Olympia-Kampagne wird sein:

Die AL wird gestärkt aus der Konfrontation hervorgehen, die sie braucht, um ihren zwangsläufigen Image- und Profilverlust durch die Koalition wieder wettzumachen. Die Autonomen werden am Ende wieder ratlos auf den nächsten Anlass zu militantem Vorgehen warten, allenfalls werden sie die personellen Verluste ausgeglichen haben, die sie ihre Politik immer wieder kostet. D. h. die AL geht auf jeden Fall politisch gestärkt aus der Kampagne hervor, die Autonomen nicht einmal dann, wenn sie ihr unmittelbares politisches Ziel, die Olympia-Verhinderung, durchsetzen sollten.

IX. Die kurzatmige Kampagnenpolitik ist Folge der Weigerung, die Organisationsdebatte zu führen.

„In ihrer Plan- und deswegen Perspektivlosigkeit verstellt uns die „Szene“ als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun). Meine These ist deswegen, dass es gerade in Bewegungstiefs für uns RevolutionärInnen notwendig ist, über so ein abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden.“

Thesen zum Kulturbegriff

Auch dem Reformismus-Problem ist nicht anders beizukommen. Eine revolutionäre Bewegung kann sich nicht in der Form von Bürgerinitiativen (zumal meist klandestinen) organisieren, oder sie wird deren Ergebnisse erzielen: einzelne Projekte zu verhindern, um damit den gesellschaftlichen Normalzustand zu sichern und zu festigen.

Die politische Seismographenfunktion, die die Protestbewegungen für das System der BRD mittlerweile haben, haben auch die Autonomen. Ebenso wie diese zeigen sie gesellschaftliche Konflikte frühzeitig an, erlauben somit eine rechtzeitige Korrektur der herrschenden Linie, ohne den Konflikt bzw. das entstandene Konflikt-

potential organisatorisch weiter anbinden zu können. Wenn sich reformistische Konzepte durchsetzen, ist dies meistens auch eine Folge politischer Schwäche und Unfähigkeit der revolutionären Linken. Es ist keine Lösung, keine konkreten Forderungen mehr aufzustellen. Das ist der Luxus für diejenigen, die Erfolge wie das Erkämpfen von weniger Miete, kein Olympia, Bleiberecht für Flüchtlinge nicht notwendig haben. Entscheidend ist, wer aus konkreten Kämpfen gestärkt hervorgeht. Dies kann jegliche politische Formation nur, wenn sie gesamtgesellschaftliche Konzepte vorlegen kann, wenn sie in den Kämpfen beteiligte Menschen für längerfristige Arbeit gewinnen kann.

Die Kampagne wird trotz unserer Kritik stattfinden. Das ist der Konservatismus der Linken: in schlechten Zeiten, in denen

sich um uns herum alles verändert, sich umso verzweifelnder an das alte zu klammern. Mindestens langfristig wird dies zum Scheitern verurteilt sein. Eine Gruppe, die sich den historischen Veränderungen nicht stellt, wird, wenn überhaupt, nur als Sekte ohne politische Relevanz weiterexistieren.

Heinz Schenk

„Mit dieser Reihe von Phänomenen ist eine der wichtigsten, die politische Partei betreffenden Fragen verknüpft; nämlich, ob die Partei fähig ist, gegen die Macht der Gewohnheit und gegen die Tendenz zu reagieren, zu mumifizieren und anachronistisch zu werden. Die Parteien entstehen und konstituieren sich zu Organisationen, um die Situation in geschichtlich lebenswichtigen Momenten für ihre Klasse zu meistern; aber nicht immer verstehen sie sich

den neuen Aufgaben und den neuen Epochen anzupassen, nicht immer verstehen sie sich zu entwickeln gemäß den komplexen Kräfteverhältnissen (und den entsprechenden Positionen ihrer Klassen) in einem bestimmten Land oder auf internationaler Ebene. In der Analyse dieser Entwicklung der Parteien muss man unterscheiden: die gesellschaftliche Klasse; die Masse der Partei; die Bürokratie und den Generalstab der Partei. Die Bürokratie ist die gefährlichste gewohnheitsmäßig konservative Macht; wenn sie schließlich ein solidarisches, für sich bestehendes, sich unabhängig von der Masse fühlendes Korps bildet, wird die Partei anachronistisch und in den Augenblicken akuter Krise wird sie ihres gesellschaftlichen Inhalts entleert und bleibt in der Luft schweben.“

Antonio Gramsci

Eine Antwort auf Heinz Schenk

Wo du natürlich recht hast, ist die Tatsache, dass die Entscheidung, eine Anti-Olympia-Kampagne zu machen, nicht das Resultat einer strategischen Diskussion der revolutionären Linken ist. In meiner Idealvorstellung käme das sehr wohl vor.

Nur damit anzufangen, alle revolutionären Kräfte dieser Stadt (gehört die RIM auch dazu?) an einen Tisch zu bringen, eine gesamtgesellschaftliche Analyse mit dementsprechenden

praktischen Verhaltensweisen aufzustellen, käme einem faktischen k.o. in der 100. Runde gleich, sprich, wir würden uns erstmal sehr lange gegenseitig paralysieren (lähmen, schwächen, entkräften), zerstreuen, uns vielleicht in noch stärkere Sektierergruppen aufteilen.

Für mich wäre es schon ein riesiger Schritt nach vorne, würden sämtliche „Kampagnen“menschen und „Teilbereichs“menschen sich

zusammenhocken, sich vermitteln, sich gegenseitig kritisieren/ergänzen.

Und wenn das einigermaßen klappen würde, könnte sogar gemeinsam analysiert werden, welcher Schwerpunkt von vielen aus unserer revolutionären Sicht gesellschaftlich anzugehen wäre oder welche positive Utopie wir eigentlich haben.

Dass viele im Moment aus den verschiedenen Bereichen heraus sich 'nen Kopf machen, um den Flächenbrand Rassis-

mus was praktisch entgegen zu setzen, entstand zwar nicht aus einer Analyse heraus, dennoch aus einem richtigen politischen Gespür, sich selbstverständlich dazu zu verhalten.

Du könntest das zwar mit dem Etikett „Kampagne“ oder „Feuerwehrpolitik“ versehen, würdest damit aber völlig den positiven Kern verkennen. Deine Kritik, die Themen Flüchtlinge, Umstrukturierung wären als Reaktion auf Reformismusangst von Linksradikalen besetzt worden, ist echt frech. Solidarische Kritik heißt für mich, die Menschen erstmal

wenigstens zu fragen, als einfache Behauptungen in die Welt zu setzen.

Zur Anti-Olympia-Kampagne:

Diese hat gerade mal erst angefangen. Sie stand unter Handlungsdruck, weil das IOC nach Berlin kam. Andererseits sind wir dadurch erst so richtig aus den Puschen gekommen. Dass wir da nach dem altbekannten Muster funktioniert haben, wissen wir auch.

Durch den Zugzwang lief alles nicht so, wie wir dachten.

Medien und Pressearbeit laufen uns nicht so einfach aus der Hand wie den eingefleischten PolitikerInnen und das ist auch gut so.

Nachdem die Szene jahrelang Zusammenarbeit mit der Presse verpönte hat (außer morgens gierig am Frühstückstisch), müssen wir erst lernen, damit konstruktiv umzugehen, ohne über den Tisch gezogen und nicht wie die PolitikerInnen zu werden. Wir wollen so jedenfalls nicht in Wettstreit mit AL/Grüne Liga treten.

Liselotte Pulver

Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!

„Denn für die, die keine Kraft mehr haben, gibt es bei uns keinen Platz und das weiß jeder. Denn die, sagt er leise... die neu zu uns hinzukommen, meinen, sie seien die Größten. Und die, die keine Kraft mehr haben, verschwinden still und heimlich und werden nicht mehr gesehen.“

Michael Wildenhain.
Die kalte Haut der Stadt

„Die Verbindung mit denen, die vor uns am Werk gewesen waren, war immer gleichbedeutend mit einer Eröffnung des Wegs ins Zukünftige. In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagte Katz. An nichts Kom mendes können wir glauben, wenn wir Vergangenes nicht zu würdigen wissen.“

Peter Weiss. Die Ästhetik
des Widerstands

Pünktlich zum Ende des autonomen Sommerlochs nehmen die Überfälle auf AusländerInnen an Quantität und Qualität (offene Unterstützung in Hoyerswerda) zu. Gleichzeitig wird auf der Ebene der offiziellen Politik über eine Verschärfung des Asylrechts debattiert und die Angriffe auf AusländerInnen werden als Anlass genutzt, diese Verschärfung durchzusetzen.

Die Autonomen, die bisher noch einen ungefüllten Terminkalender für den Herbst hatten, reagieren wie immer bei aktuellen Anlässen wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Hektisch wird versucht, all das wettzumachen, was die Monate vorher unterblieb: Kontakte zu Flüchtlingen werden geknüpft, Verstecke für diese organisiert, Demos durchgeführt, einem

Busunternehmen, das die Flüchtlinge in die Ex-DDR gegen deren Willen verfrachtet hat, mehrere Busse abgefackelt. Politisch langfristige Konzepte werden kaum diskutiert. Stattdessen verschärfen sich die Konflikte zwischen der „aktivistischen“ und der „politischen“ Fraktion.

(Dabei widersprechen diejenigen, die sich bei jedem Anlass Scharmützel mit den Bullen liefern, nicht autonomer Theorie, sondern sind deren konsequentester Ausdruck: Wenn sowieso keine bewusste Planung möglich ist, taktische Zurückhaltung an einem Punkt nicht mit der langfristigen Einbindung von mehr Menschen in unsere Arbeit wettgemacht werden kann und auf der anderen Seite die Aktionen bei jedem Anlass auch nicht

schaden – denn auch die größten KritikerInnen kommen mangels Alternative wieder zur nächsten Demo – warum soll dann nicht jede noch so zufällig günstige Situation für militante Aktionen genutzt werden?) Was wir damit sagen wollen: Die Flüchtlingsarbeit unterscheidet sich in keiner Weise von den anderen Kampagnen der Autonomen (wie die „Interim“ in ihrem Vorwort zu unserem „Kampagnenheinz“ gemeint hat!). Im Gegenteil, in gewisser Weise kulminiert hier eine falsche Politik (dazu später mehr). Wir wollen keineswegs einzelne Kampagnen kritisieren, sondern die grundsätzliche Arbeitsweise (seltsamerweise haben uns diejenigen, mit denen wir über unseren Artikel gesprochen haben, weitgehend recht gegeben, aber die Kampagne, in der sie selbst gerade mehr oder weniger zufällig stecken, davon ausgenommen). Unsere Papiere sind eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen.

Persönliche Erklärung des halben Heinz Schenk:

Ich habe seit 6-7 Jahren Politik in autonomen „Zusammenhängen“ gemacht. Die ersten beiden Jahre waren dabei typische „Jungsponti“-Jahre (chaotische Lebensweise, Tendenz zur Selbstmarginalisierung, Aktionismus).

Danach war aufgrund mangelnder persönlicher Perspektiven, die aus der chaotischen Lebensweise resultierten, und häufigen Festnahmen aufgrund des Aktionismus meine Politik

zum ersten Mal in eine Krise geraten.

In der Aufarbeitung hat mir dann das Frankfurter Lupus-Papier zu den Libertären Tagen '87 geholfen, die Kritik auf den Punkt zu bringen, ich habe in den Projekten und Kampagnen, in denen ich seit '87 drin war, versucht, diese Kritik umzusetzen, das heißt: Kontinuität herzustellen, militante und andere Aktionen sowie Theorie und Praxis ins richtige Verhältnis zu setzen, Mythen abzubauen, aus dem Ghetto heraus zu kommen. Diese damalige Kritik wurde und wird von einem Großteil der Autonomen geteilt. Trotzdem hat sich seit '87 bis in die scheinbaren Kleinigkeiten (z. B. Uniformzwang) nichts, aber auch gar nichts geändert. Wenn eine politische Struktur sich über Jahre hinweg gegen jede Veränderung als resistent erweist, ist sie offenbar nicht reformierbar.

Sie muss auf falschen Grundtheoremen basieren, die jede Änderung verhindern. Jede immanente Kritik, die also nur die Symptome kritisiert, fördert das Weiterbestehen einer grundsätzlich falschen Politik, da sie deren Ursachen nicht erkennt. Deshalb kann unsere Kritik keine solidarische in dem Sinne sein, dass sie das Positive hervorhebt, solange die Grundrichtung nicht stimmt.

Dabei entspricht die Schärfe des Artikels weniger dem Anspruch, die Wahrheit gefressen zu haben, als der Tatsache,

persönlich einfach nicht mehr so weiterarbeiten zu können. Ich habe in den letzten 6 bis 7 Jahren irgendwo zwischen 10 und 20 Gruppen und eben sovielen Kampagnen durchlaufen. Ca. 2/3 der Leute, mit denen ich zusammengearbeitet habe, haben sich ins Privatleben zurückgezogen, einer ist vorübergehend in der Psychiatrie gelandet, einige im Suff geendet, einer hängt an der Nadel und einer hat Selbstmord begangen.

Daran sind mit Sicherheit nicht nur die objektiven Bedingungen oder subjektives Unvermögen schuld: Die autonomen Strukturen haben diese Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.

Ich selbst habe das Gefühl von Stagnation, leide zunehmend mehr unter den inneren Verhältnissen der Autonomen als unter den gesellschaftlichen Bedingungen (das ist vielleicht auch ein Privileg von weißen, männlichen Mitteleuropäern). In der Arbeit ist nicht zu spüren, wofür wir kämpfen und die Tatsache, nie einmal grundsätzlich seine Fragen einbringen zu können, sondern sich immer nur aufs Neue in Kampagnen hineinstürzen zu können, nervt. Zudem macht die autonome Geschichtslosigkeit vieles schwierig. Da das Wissen um Geschichte nicht als grundsätzliche Voraussetzung für Politik begriffen wird, existiert keine Art „kollektives Gedächtnis“, alle fangen immer wieder am Nullpunkt an.

Das Einbringen von Erfahrung muss somit als Arroganz verstanden werden. Es ist nicht mal zu schaffen, die Aktionismus-Erfahrungen weiterzuvermitteln, was eine praktische Erfahrung mit jüngeren GenossInnen fast immer unmöglich macht.

Offenbar ist es so, dass alle individuell die Erfahrung machen müssen, dass schlecht vorbereitete Aktionen in neun von zehn Fällen zwar gutgehen, in einem aber daneben, und dass sich häufende Festnahmen zur Krise und bei vielen zum individuellen Ausstieg aus politischer Arbeit überhaupt führen. Es ist unmöglich gewesen, auch nur einen einzigen Genossen vom Aktionismus fernzuhalten, das haben mit schöner Regelmäßigkeit dann erst die Bullen geschafft.

Von der Weitervermittlung theoretischer Erfahrungen ganz zu schweigen. Ich weiß zunehmend auch nicht mehr, warum ich überhaupt noch theoretische Texte lese, wenn diese auf die Praxis nicht anwendbar sind.

KURZ:

Würde ich so weitermachen, fürchte ich schon sagen zu können, was ich in den Jahren 1999 und 2000 mache: in den selben ghettoisierten Strukturen würde ich zur nächsten WWG-Demo 1999 fahren, 2000 gegen Olympia demonstrieren, vielleicht auch im gerade wieder angeschlossenen Breslau Faschos jagen – von den GenossInnen von 1991 würde kaum jemand übriggeblieben sein – und die Neuen und Übergebliebenen würden

erklären, dass sich in den Strukturen doch gerade wieder etwas bessert und diese Kampagne ganz anders sei. Und vor Allem ganz wichtig, weil die Schweine doch gerade wieder... Vielleicht ist das Ganze ja auch „nur“ ein Generationskonflikt. Das Alter der meisten Autonomen und die Dauer ihres Engagements sprechen jedenfalls dafür, dass sie eher radikale Jugendkultur als altersübergreifende Bewegung sind und sein können. Auch ihre Kultur und Politik sind von einer spezifischen (Jugend-) Phase gekennzeichnet, der der Abgrenzung. Ich sage dies ohne Wertung. Um zu wissen wofür wir kämpfen, müssen wir uns zunächst von dem abgrenzen, was wir ablehnen. Nur glaube ich in den Autonomen nicht älter werden zu können. Das ich gegen die Zustände hier bin und einen revolutionären Prozess für notwendig halte, weiß ich. Artikel, in denen zum 250. Mal die Strategien des Feindes analysiert werden, entbehren nicht einer gewissen Langeweile. Meine heutigen Fragen sind andere. Es sind die Fragen, die in der autonomen Szene kaum gestellt werden, weil sie glauben, es genüge, gegen das jeweilige Hauptprojekt entgegenzuhalten und der Rest werde sich dann schon irgendwie, irgendwann finden.

Es sind zum Beispiel die Fragen danach, WIE ein revolutionärer Prozess aussehen kann, die nach der Möglichkeit einer Übergangsgesellschaft, die Frage danach, was an Theorie der letzten 150 Jahre noch an

Gültigkeit besitzt.

Auch kulturell habe ich mit der autonomen Szene nicht mehr viel am Hut. Die Zeiten, in denen ich es für nötig gehalten habe, in ganz schwarz und mit Springerstiefeln herumzulaufen, um mir selbst und allen anderen zu zeigen, dass ich auch zu den gefährlichen Autonomen gehöre, sind vorbei. Die verbissene Humorlosigkeit vieler Autonome hat mich wichtige persönliche Beziehungen wieder außerhalb der Szene suchen lassen. Zudem bin ich es leid, meine Abweichung von der autonomen Norm ständig erklären oder gar rechtfertigen zu müssen. Nochmal ausdrücklich: Ich verstehe dies nicht als Arroganz.

Wenn das trotzdem so ankommen muss, ist das genau die Folge eines nicht vorhandenen „kollektiven Gedächtnisses“, die nur die Wahl lässt, entweder Erfahrungen zu verdrängen, oder das Lernen aus ihnen individuell einzufordern, was dann eben als Arroganz und Beserwisserei verstanden wird.

Das Problem scheinen mir nicht nur die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren zu sein, sondern die Tatsache, dass für den Umgang mit ihnen keine vernünftige Form vorhanden ist. Ich halte es jedenfalls auch für mich für eine schlechte Lösung, mich wie manche Alt-Autonome auf das Anleiern von Kampagnen und Demoleitung zu beschränken und sich die Jungen immer wieder die Hörner an der Repression abstoßen zu lassen („Wir brauchen euren Mut und

ihr unsere Schlaueit“).

Wenn wir also autonome Politik grundsätzlich in Frage stellen, dann nicht bloß, wegen deren mangelnder Effektivität, sondern weil sie ihrem ureigensten Anspruch, subjektive Emanzipation als Voraussetzung des revolutionären Prozesses (und umgekehrt) zu begreifen, nicht gerecht wird. Der im Folgenden erwähnte Begriff Subjektivismus verhindert gerade die Befreiung des Subjekts.

Eine Politik, die aber lediglich einen objektiven Faktor gegen das „System“ darstellt, jedoch keine subjektive Emanzipation ermöglicht, kann zwar kurzfristige Erfolge erringen, diskreditiert aber langfristig jede linke Politik. Auch die SED war ein objektiver Faktor gegen den Kapitalismus.

Der Subjektivismus – Hilfsmittel zur Erklärung der Welt

Um zu verstehen, warum sich die im Folgenden erwähnte subjektivistische Theorie bei den Autonomen entwickelte, ist ein Rückblick auf deren Geschichte notwendig. – Schon das ist schwierig genug.

Da eine eigene Geschichtsschreibung nicht für notwendig erachtet wird, sind wir auf die Rekonstruktion aus alten Zeitungen, Erzählungen der wenigen Szene-„Opas und Omas“ und unsere eigene politische Erfahrung angewiesen. Sicherheit kann dies natürlich nicht bieten, manches können wir nur vermuten.

Zudem müssen wir, da keine klar formulierten Plattformen oder Positionen existieren, aus dem autonomen Wust das herausfiltern, was trotz aller Unterschiedlichkeit Autonome miteinander verbindet. Auch das ist nicht einfach.

Die Autonomen entstanden Anfang der '80er Jahre v. a. im Kontext der Hausbesetzerbewegung als Erbe der Spontis. Nach dem Niedergang '82/'83 blieben viele übrig, die weiterhin revolutionäre Politik machen wollten. Was macht eine revolutionäre Linke in schlechten Zeiten, wenn sie die kritische Aneignung marxistischer Theorie ablehnt (mit dem Hinweis auf die ML-Tradition v. a. der K-Gruppen) und damit auch Begriffe wie gesellschaftliche Bedingungen, materialistisches Denken und Dialektik verwirft? Wie stellt sie sich vor, mehr zu werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen? Zum Erklärungsmuster wird der voluntaristische Subjektivismus, das heißt, dass die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen. Für die Frage, warum sie es derzeit nicht wollen, bleiben als Erklärung nur Bösartigkeit, Repression und Verblödung durch die Medien und Konsum übrig. Allenfalls kommt noch ein Schuss vulgärmarxistischer Verelendungstheorie hinzu. Dieser voluntaristische Subjektivismus taucht bei den Autonomen in zwei Spielarten auf, die sich aber gut miteinander vereinbaren lassen.

▪ Bezüglich persönlichen Verhaltens: Hieraus folgt die Tendenz zur Selbstmarginalisierung mit ihren Auswüchsen wie Uniformzwang, überhaupt das Herausbilden einer weitgehend einheitlichen Subkultur in allen Bereichen (Punk gegen Klassik etc.). Neben diesen unsinnigen Versuchen, bestimmte Geschmacksformen a priori für links zu erklären (und andere nicht) und dabei einen Konformismus zu erzwingen, der bestimmt nicht links ist, sind die ewigen persönlichen Anspruchs-Debatten Folge dieser Spielart des Subjektivismus.

Nun ist es gewiss so, dass das Persönliche nicht vom Politischen zu trennen ist und insofern auch persönliche Verhaltensweisen zu diskutieren sind. Problematisch ist aber, dass über allem der Anspruch nach fehlerfreiem Verhalten schwebt und dabei nie die Ausgangsbedingungen der Einzelnen berücksichtigt werden. Es ist einfach unsinnig, ein Verhalten einzufordern, das eben erst in einer befreiten Gesellschaft möglich ist – und nicht unter den derzeitigen Bedingungen. Die Gnadenlosigkeit, mit der gegen alle vorgegangen wird, die diesen Ansprüchen nicht genügen, verhindert gerade eine Weiterentwicklung der Einzelnen.

Um konkret zu werden: Natürlich gibt es auch hier Grenzen für Spielräume. Vergewaltiger etc. haben in linken Gruppen nichts zu suchen. Wer aber z. B.

Eifersucht zur unzulässigen Verhaltensweise erklärt, baut eine innere Repression auf, die dem einzelnen nur das permanente Gefühl ihrer Ungenügsamkeit geben kann oder zur Selbstverleugung führt und zudem eine Thematisierung der Schwierigkeiten unmöglich macht.

Der Versuch, durch vorbildliches persönliches Verhalten die Ungerechtigkeit der Welt bekämpfen zu wollen, erinnert an christliche Methoden. Kein Wunder, dass verbissene Humorlosigkeit ihren Einzug hält und viele Autonome moralinsaurer Protestanten ähnlich sind.

▪ Bezüglich politischen Verhaltens: Wenn gesellschaftliche Veränderung nicht von gegebenen Bedingungen abhängt, sondern vom subjektiven Wollen, und wenn die Wahl der Mittel daher nicht von der Situation abhängt, sondern das militanteste Mittel immer das beste ist, da der Staat auf dieses am heftigsten reagiert, ist der/diejenige am konsequentesten, der/die am häufigsten militante Mittel einsetzt. Das ist letzten Endes der Kern der Antiimp-These vom „Bruch mit dem System“ und Ursache des autonomen Aktionismus.

Vielleicht sind die Unterschiede zwischen der jetzigen RAF/Antiimps und den Autonomen ja auch nicht größer als in der Betonung der verschiedenen Subjektivismen: Während die RAF/Antiimps den politischen Bruch als ausreichend betrachten, legen die Autonomen genausoviel oder mehr Wert auf

den subkulturellen.

So erklärt sich auch die autonome Ghetto mentalität: Wer sich einen politischen Prozess nicht als eine Annäherung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei bestehender Ununterschiedlichkeit vorstellen kann, sondern glaubt, dass die ganze Welt so werden müsse wie die eigene Szene, kann nur ein instrumentelles Verhältnis zu anderen entwickeln. Deshalb (und weniger wegen des Rassismus in uns) sind die Flüchtlinge jetzt OBJEKT autonomer Bemühungen, so wie es '86 die OberpfälzerInnen waren. Sie werden ebenso wie die fallengelassenen, wenn sich herausstellt, dass diese keineswegs beabsichtigen, Teil der Szene zu werden.

Der Subjektivismus wirkt sich aber auch zerstörerisch auf den vielbeschworenen kollektiven Prozess aus. Im Schlepptau hat er einen Objektfetischismus, d. h. Politik ist letzten Endes kein sozialer Prozess, sondern die Steigerung von militanten Aktionen, Demos. etc. und an der Zahl militanter Aktionen und Demos lässt sich demzufolge der Reifegrad einer Linken erkennen.

Folge davon ist wiederum die These „wir kommen nur in unseren Kämpfen zusammen“, die von manchen theoretisch vertreten wird, sich v. a. aber in der praktischen Arbeit zeigt. Noch jedes Mal, wenn wir uns aus politischen Gründen an der aktuellen Kampagne nicht beteiligen mochten oder persönlich

einfach nicht konnten, sind wir so gut wie vollständig aus der Szene herausgefallen.

Die Einzelnen werden so zum Rädchen im Getriebe, die nur dann in einem revolutionären Prozess als wertvoll betrachtet werden, wenn sie einen „out-put“ an Aktionen hervorbringen. Dies ist aber nichts anderes als kapitalistisches Denken, das die Einzelnen nach dem Wert ihrer erbrachten Leistungen misst und Leistung als Voraussetzung der Freiheit begreift.

Subjektivismus bedeutet den Verlust innerer Demokratie

Die innere Demokratie (Demokratie nicht im Sinne parlamentarischer Demokratie, sondern als Möglichkeit, die Vorgänge innerhalb der eigenen Gruppe oder Organisationen zu beeinflussen) ist Voraussetzung für jede emanzipative Politik. Diese ist bei den Autonomen nicht gegeben, Kritik kann nur als unverbindliche Aufforderung geäußert werden, die aber, da keine bewusste Planung möglich ist und die Formen autonomer Politik a priori gegeben sind, wirkungslos bleiben muss. Auch dies resultiert aus dem Subjektivismus: Wo es nicht mehr um die Anpassung der politischen Formen an die gesellschaftlichen Bedingungen sondern um bloße Steigerung der Leistung der Einzelnen geht, ist grundsätzliche Kritik überflüssig geworden. Aus demselben Grunde waren die realsozialistischen Staaten unfähig, z. B.

der Unproduktivität der eigenen Wirtschaft mit ihrem politischen Diskurs zu begegnen, sondern konnten diese nur dem Gegner zuschreiben und mit Appellen antworten, die eigene Leistung zu steigern. Sie unterlagen dem Fehler, ihre Form des Sozialismus nicht für eine mögliche, sondern für die immer und zu allen Zeiten einzig mögliche zu halten. Der Versuch, sich außerhalb der Geschichte zu stellen, wurde mit ihrem Verschwinden bestraft.

Zur Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer als nicht veränderbar angesehenen Gesellschaft tritt damit die Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber der unveränderbaren, kaum einmal beeinflussbaren Szene.

Das autonome Organisationsmodell als Antwort auf die Ära des Massenkonsums

Die Ursache dafür, dass Autonome innerorganisatorische Demokratie für unwichtig erachten, liegt aber auch in ihrer falschen Gesellschaftstheorie. Wäre die hauptsächliche Ursache gesellschaftlicher Unterdrückung in den Metropolen tatsächlich Repression und Überwachung, könnte ein Organisationsmodell, das die Individuen der Überwachung und dem Zwang zu gesellschaftlichem Konformismus entzieht, tatsächlich eine gewisse subjektive Emanzipation ermöglichen, wenn auch nur wenig politisch erfolgreich agieren. Die Gesellschaft der BRD der '80er und '90er Jahre besteht

aber zunehmend darin, dass ihre Individuen atomisiert, Handlungen ihres Sinns für gesellschaftliches Zusammenleben entleert (Ausbau des Dienstleistungssektors, Verwertung immer mehr Bereiche persönlicher Beziehungen) werden und kaum noch Kommunikation über kleine Gruppen hinaus stattfindet.

Linke Politik begeht eine Todsünde, wenn sie in dieser Situation nicht die gesellschaftliche Zersplitterung durch Organisation aufzuheben versucht, sondern das Erfolgsmodell des kapitalistischen Staates als einzige Möglichkeit für emanzipatives Handeln darstellt.

Die Bekämpfung von Individualisierungsprozessen ist nicht durch Organisierung in ebenso zersplitterten Kleingruppen möglich.

Rückblickend kann damit auch erklärt werden, warum die Autonomen Anfang der '80er Jahre eine größere Wirksamkeit als heute hatten.

Sie waren die letzte, vielleicht einzig mögliche, Antwort der Linken auf das „Modell Deutschland“, was heißt: institutionalisierte Konfliktlösungen, Integration gesellschaftlicher Widersprüche durch Massenkonsum, standardisierte Lebensmodelle von der Einbauküche bis zum mit-20-in-einen-Beruf-bis-zur-Rente und der Kleinfamilie als gesellschaftlicher Norm.

Sich diesem Anpassungszwang entgegenzustellen, hatte Anziehungskraft, zumal der Anpassungszwang eher

ideologischer als ökonomischer Art war (von Sozi oder Bafög leben war noch möglich).

Diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben: Die Ablehnung der Kleinfamilie ist das Erfolgsrezept der Yuppies, Flexibilität und Spontantät ist die Voraussetzung für Karriere, Massenkonsum wird durch Luxusware einerseits und Billigläden andererseits ersetzt: Die Unterschiedlichkeit von Lebensmodellen ist zumindest in Großstädten keine Provokation mehr, sondern Voraussetzung für Spaltung, in hunderte von Interessengruppchen.

Subkultur besitzt damit keine Sprengkraft mehr, sondern fügt den verschiedenen Lebensmodellen lediglich noch ein weiteres hinzu.

Hartmannismus und Flüchtlingskampagne. Die Theorie wird der Praxis angepasst

Bis Hoyerswerda haben wir uns gefragt, warum die autonome Flüchtlingsarbeit so seltsam verläuft. Warum sitzen Gruppen ein halbes Jahr im trauten Kreis und reden über ihren Rassismus, ohne einen Flüchtling auch nur mal aus 5 Meter Entfernung gesehen zu haben (wir kennen solche Gruppen)?

Warum gibt es seit 5 Jahren Anschläge der RZ zu dem Thema, die in keiner Weise mehr dem alten RZ-Anspruch gerecht werden, in Verbindung zu einer Bewegung zu stehen, geschweige denn die zu erreichen,

denen sie solidarisch zugehört waren, ohne dass dies von den RZ nur einmal kritisch reflektiert worden wäre? Warum haben die Autonomen bis Hoyerswerda kaum einmal ihren traditionellen aktionistischen Arbeitsbereich übernommen, d. h. die Flüchtlingsheime vor Angriffen zu schützen?

Dazu müssen wir noch einmal einen Blick in die autonome Geschichtsbüchse werfen: Dass die autonome Politik unzureichend war, war am Ende der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr zu übersehen. Mit der weitgehenden Integration der Grünen und der Alternativbewegung in das politische System war der nationale Bezugsrahmen der Autonomen verschwunden. Die Befreiungsbewegungen im Trikont stagnierten und wiesen z. T. revisionistische Tendenzen (z. B. in Nicaragua) auf. Wollten die Autonomen weder einen richtigerweise unmöglichen Rückgriff auf alte politische Bezüge wie die SU oder die ArbeiterInnenklasse versuchen noch ihre eigene Politik radikal in Frage stellen, blieb nur noch ein revolutionäres Subjekt, das die BRD-Links in den letzten 20 Jahren nicht ausprobiert hat: die verelendeten, aber unorganisierten Massen des Trikont und mittlerweile Osteuropas. Das Sympathische an ihnen war zudem, dass ihre Struktur der der Autonomen sehr nahe schien: ohne jegliche Organisation, daher nur zu spontanen Aufständen oder individuellem Verweigern fähig, ohne historisches Bewusstsein und lang-

fristige Konzepte agierend. Der autonome Operaisten-Flügel setzte dem noch eins drauf und kreierte den sogenannten „Neuen Antiiperialismus“. Detlef Hartmann u. a. begingen dabei den verhängnisvollen Fehler, nicht mehr die eigene Praxis kritisch zu betrachten, sondern sich das Bild von der Wirklichkeit nach der eigenen Praxis zu machen, so dass die verelendeten, unbewussten Massen zur eigentlichen Triebfeder der Geschichte wurden. (Zur näheren Kritik der „Materialien für einen Neuen Antiiperialismus“ finden wir auch die Broschüre „Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen“ der Autonomen Studis/Bolschewiki aus Freiburg interessant.)

Die mangelnde autonome Theoriebildung ermöglichte es den Hartmannisten, diesen Unfug ohne größeren Widerspruch monatelang, z. B. in der IWF-Kampagne oder der Berliner Vorbereitung bzgl. Golfkrieg (z. B. Interim-Sondernummer) verbreiten zu dürfen. Besonders bedauerlich ist, dass sie ihre Thesen nach aktuellen Ereignissen, die sie hätten widerlegen können, nicht überprüft haben. Wenigstens die abstruse These, dass Jelzin im Moskauer Putsch nur der Kasper der sowjetischen Massen gewesen sei, hat noch eine Gegenmeinung gefunden (siehe Interim). Ansonsten ist der Hartmannismus eine Tendenz, die je mehr sie sich durchsetzt, bewirkt, dass die

Autonomen jenseits von Gut und Böse dastehen. Natürlich ist Flüchtlingsarbeit bitter notwendig.

Der Schutz vor Anschlägen ebenso wie Rechtsberatung und Pressearbeit. Dies, weil Links immer die Aufgabe haben, gesellschaftliche Brüche wahrzunehmen, Unterdrückte zu unterstützen und zu ihrer Selbstorganisation beizutragen. Da sich die Flüchtlinge aber als revolutionäres Subjekt ausgeguckt wurden und dafür nicht einmal Fakten angeführt werden können, weil völlig im Unklaren bleibt, wie sie von der Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“ werden können, wird

- die Kampagne baden gehen und
- sich zuvor ein instrumentelles Verhältnis zu den Flüchtlingen einstellen.

Vielleicht hat der Vorwurf des Rassismus und Eurozentrismus gegen die Autonomen hier einen Teil seiner Ursache. Schlimm ist nur, dass der Subjektivismus sie daran hindert, diesen Vorwurf als einen inhaltlichen an die eigene Theorie und Praxis zu begreifen, sondern wieder nur als Bezug auf individuelles Fehlverhalten interpretiert werden kann, die Tübinger Unterstützungsgruppe schreibt z. B.: „Als unser Bioeintopf nicht ankam, merkten wir, dass auch wir so etwas wie Dankbarkeit erwartet hatten“ (Interim 150, radikal 143). Wir glauben, dass dies lediglich Folge ihres instrumentellen Verhältnisses zu den Flüchtlingen

sowie der Ghettobildung und des sich selbst als politische Elite Begreifens ist.

Wer andere instrumentalisiert als Rettungsanker in der eigenen politischen Not, hat kein Interesse an ihnen. Das führt halt dazu, gar nicht auf den Gedanken kommen zu können, dass der beliebte Volkkücheneintopf anderen nicht schmecken könnte – und es erklärt auch, warum manche autonome Flüchtlingsgruppen glauben, ohne Kontakt zu Flüchtlingen arbeiten zu können.

Die Flüchtlingskampagne ist vermutlich der letzte Rettungsanker der Autonomen: Danach bleibt ihnen nur, wie es sich jetzt schon andeutet, sämtliche Theorie- und Praxisansätze der letzten 10-20 Jahre, zu einem unsäglichen Brei von beliebig zu verwendenden Versatzstücken zu verwursten.

Die Folgen sind aber noch schwerwiegender. Die Hinwendung zu einer rein internationalistischen Politik, wie sie die RAF bereits Anfang der '70er Jahre begonnen hat, ist das Eingeständnis, auf die Widersprüche im Land keine Antworten mehr zu haben und auch keine mehr haben zu wollen.

Zwei Jahre hat die BRD-Linke es kaum für notwendig gehalten, mit den Menschen in der Ex-DDR eine gemeinsame Politik zu versuchen. Lediglich zum Faschoklatschen taucht sie dort auf. Ein reiner Abwehrkampf gegen Rassismus und Faschismus wird aber zum Scheitern verurteilt sein.

Internationalistische Politik basiert auf Politik im nationalen Rahmen und an den Widersprüchen im eigenen Land, genauso wie Solidarität auf dem Versuch der subjektiven Emanzipation basiert. Die autonome Theorie zur Flüchtlingskampagne legitimiert damit im Nachhinein auch das eigene, selbstgewählte Ghetto im Sinne einer Self-Fulfilling-Prophecy: Erst macht man/frau kaum Politik mit den Deklassierten im eigenen Land, woraufhin sich diese immer nach rechts wenden, womit dann wieder Argumente gegeben sind, nichts mit ihnen versuchen zu wollen.

Einige Antworten auf Lieselotte Pulver und Herr Hübel

Auf Herrn Hübel wollen wir nur an zwei Punkten eingehen, wo er unseres Erachtens nicht nur polemisiert, sondern weiter verbreitete Einstellungen vertritt. Ansonsten scheint er unter jener (typisch deutschen?) Intellektuellenfeindlichkeit zu leiden, unterschwellig mit dem beliebten Vorwurf gekoppelt, wir würden von der Schreibmaschine herab die Aktiven betrachten und selbst nichts Praktisches machen.

Ach Herr Hübel...

Um sich jedoch noch etwas Respektabilität zu verschaffen muss sich der gepeinigte Leser am Schluss noch einige Sätze des Gründers der KPI anhören, die sich in den '60er und '70er Jahren genügend mit der italienischen Autonomia-Bewegung

geprägt hat: Erstens kann Herr Hübel als Kommunismesser nicht mehr zwischen der KPI der '20er Jahre und der des „historischen Kompromisses“ mit der Christdemokratie der '70er Jahre unterscheiden: Und zweitens verkennt er dabei, dass gerade die Gramsci-Rezeption eine wichtige Rolle im Aufbau einer Linken jenseits der KPI gespielt hat.

„Dass die Autonomie kein widerspruchsfreies, homogenes Gebilde ist, sondern ein bunter Haufen, der sich zudem ständig im Wandel befindet, gegen Repression aber relativ unanfechtbar ist und trotzdem Kontinuität, eine kontinuierliche Politik zustande bringt, empfinde ich gerade als Stärke.“

Wir haben zuvor schon einmal einiges dazu gesagt, wollen hier aber nochmal betonen, dass Herr Hübel hier dem Fehler aufsitzt, den äußeren Schein der Autonomie mit dem inneren Sein zu verwechseln. So glauben wir, dass sich außer den jeweiligen Modethemen und der weitgehenden Auswechslung der KämpferInnen nicht viel wandelt: Und dass die Repression zwar nicht oder kaum, die Autonomen als solche zerschlägt (aber dies hat nichts mit der Organisationsform zu tun, siehe die massenhafte Einknastung der italienischen Autonomia), aber die einzelnen Autonomen in einer Härte trifft, die gerade in Ermangelung einer Organisation kaum aufgefangen werden kann.

Zu Lieselotte Pulver ist es schwieriger, etwas zu entgeg-

nen, da sie in einer immanenten Logik durchaus recht hat. Da prallen zwei Weltbilder in der Herangehensweise aufeinander, die es schwierig machen, sich zu verstehen. Richtig ist auf jeden Fall, dass es „einem faktischen K. O. in der 100. Runde gleich“ käme, würden wir jetzt alle linken Gruppen an einem runden Tisch versammeln, und eine gemeinsame Analyse und Strategie ausarbeiten wollen. So würden sich alle doch nur ihren alten Senf gegenseitig um die Ohren hauen wollen. Ohne eine Bereitschaft, die eigenen Positionen radikal zu hinterfragen, hat dies tatsächlich keinen Sinn.

„Deine Kritik, die Themen Flüchtlinge, Umstrukturierung wären als Reaktionen auf Reformismusangst von Linksradikalen besetzt worden, ist echt frech. Solidarische Kritik heißt für mich, die Menschen erstmal wenigstens zu fragen, als einfach Behauptungen in die Welt zu setzen.“

Natürlich sind die Themen nicht bewusst aus diesem Grund besetzt worden. Das ist aber auch gar nicht unser Kritikpunkt. Nur: Da die autonomen Strukturen keine bewusste Planung ermöglichen, sie also nur unbewusster Reflex auf die herrschenden Bedingungen sind, ist es für eine politische Einschätzung vollkommen belanglos, nach den Motiven der Einzelnen zu fragen, da diese mit der praktischen Politik nicht viel zu tun haben. Kritik hat dann vielmehr die Aufgabe herauszufinden, warum sich in dieser

oder jener Situation zwangsläufig jene neue Linie entwickeln musste. Wir behaupten nichts weiter, als dass die Autonomen unbewusst das Richtige getan haben, wollten sie als Autonome überleben, nämlich nach '86 die Themen besetzt haben, auf die noch nach autonomer Art Politik gemacht werden konnte.

Wie weiter?

Nun ist es nicht so, dass wir hier nur pure destruktive Kritik leisten wollen und keine eigenen Ideen hätten. Wir können zwar – und das ist auch gut so – kein perfektes Modell für die revolutionäre Linke der BRD der '90er Jahre entwickeln, aber wir hätten zumindest einige konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte:

- Bestandsaufnahme linker Politik in der BRD und die Bereitschaft, die eigenen Ansätze (nicht revolutionäre Politik an sich) radikal zu hinterfragen
- ebenso Überprüfung linker Theorie der letzten 150 Jahre auf ihre Brauchbarkeit insbesondere nach dem Scheitern des „realen“ Sozialismus und des Stagnierens der neuen Entwürfe linker Politik seit Anfang der '60er Jahre
- Bereitschaft, eine Organisationsdebatte zu führen und

ebenso die Bereitschaft, Politik wissenschaftlich und nicht emotional zu begründen

- dabei gleichzeitiges Drinbleiben und Ausbauen der Arbeit in den Teilbereichen, in denen tatsächlich Kontakte zur Außenwelt bestehen und die nicht lediglich wieder in einem halben Jahr vergessene Modethemen sind.

Fraglich ist aber, ob wir uns mit unseren Ideen nicht etwas husten können. Ob also nicht genau der Subjektivismus, der politische Aktionen unabhängig von gesellschaftlichen Bedingungen produziert, ein Erkennen der Notwendigkeit der Änderung linker Politik verhindert: ob unsere Diskussion nicht damit als überflüssig abgetan und uns der Verrat-Vorwurf gemacht wird. Dies wird die Diskussion, so sie zustande kommt, zeigen.

Heinz Schenk

„Erwarte keine andere Antwort als die deine!“

Brecht

Versuch einer Antwort auf H. Schenks Kritik „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!“

Obwohl HS' Kritik an der autonomen Bewegung vernehmend ist, hat sie ziemlich viel Zustimmung bekommen. Anscheinend hat er vielen Autonomen aus dem Herzen gesprochen. Viele einzelne Punkte mögen böswillig oder oberflächlich sein, aber eine ganze Reihe sind auch ziemlich genau getroffen.

Wir können kaum bestreiten,

- dass unsere Beziehungen untereinander von Härte und Unverbindlichkeit bis hin zu Desinteresse gekennzeichnet sind,
- dass es kaum ein Bewusstsein darüber gibt, dass wir unsere eigene Geschichte aufbewahren und Erfahrungen weitergeben müssen: entsprechend wird das auch nicht systematisch angefasst,
- dass so, wie wir uns gegenseitig (und auch selbst) unsere Ansprüche um die Ohren hauen, daran nicht unsere Fähigkeiten, sondern nur Angst und schlechtes Gewissen wachsen,
- dass wir ein distanziertes, oft ziemlich beliebiges und dadurch instrumentelles Verhältnis zu den Menschen haben, auf die wir uns „beziehen“, also die wir zu agitieren oder zu mobilisieren versuchen.

Zu Recht weist HS darauf hin, dass diese Form von Unorganisiertheit, die wir als politischen Inhalt verteidigen, von ihrer Erscheinungsform her recht gut

in die Struktur der modernen Industriegesellschaft passt (Auseinanderfallen aller Bindungen, EinzelkämpferInnenentum als herrschende Ideologie, „die postfordistische Gesellschaft“), insofern keine Sprengkraft mehr gegen das System sein kann. In seiner Kritik kommt HS immer wieder auf das Prinzip zurück, in dem er die Ursache dafür sieht, dass die Autonomen eben nicht nur Fehler MACHEN, sondern der Fehler SIND: den Subjektivismus.

HS sagt wenig dazu, wie er den Begriff versteht.

Ich habe das Gefühl, dass er alles das, was er selbst als verletzend, frustrierend und verwirrend in autonomen Zusammenhängen erlebt hat, auf diesen Begriff projiziert. Die einzige Definition, die ich im Text gefunden habe, ist die: „voluntaristischer Subjektivismus, d. h., dass die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen.“

Nun, das ist sowieso eine Selbstverständlichkeit: mit der Definition können wir also nicht viel anfangen. Weil er den Subjektivismus im Text aber immer wieder als Begründung heranzieht, habe ich mal nachgeschaut, was so die Definitionen des Begriffs sind:

„Die Lehre, dass Form und Inhalt des Erkennens vom Subjekt bestimmt werden, im ethischen Bereich relativiert der Subjektivismus alle sittlichen Werte, die

nicht allgemeingültig, sondern vom persönlichen, subjektiven Empfinden des einzelnen bestimmt seien.“ (dtv-Lexikon)

„...die Auffassung, dass bei der Beurteilung beliebiger Sachverhalte ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefasste menschliche Subjekt, etwa in Form einer abstrakten Nützlichkeit für den Menschen, der primäre Gesichtspunkt sein müsse (dieser Subjektivismus kommt z. B. in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern in Form einer bornierten Selbstsucht und einer beschränkten, vulgären Konsumentenideologie zum Ausdruck).“ (G.Klaus, Philosophisches Wörterbuch, DDR)

„Ansicht, nach der das Subjekt (das Ich) das primär gegebene sei, alles andere Schöpfung des Bewusstseins dieses Subjekts (Verneinung objektiver Erkenntnisse, Werte, Wahrheiten).“ (Duden-Fremdwörterlexikon)

So, wie HS den Begriff einsetzt, bezieht er ihn aber nicht so sehr auf das Ich als Ausgangspunkt des Erkennens und Urteilens, als auf Lust oder Unlust des einzelnen Subjekts, und das kann sich ja nun ständig ändern. Ich denke, er verwechselt hier Subjektivismus mit Voluntarismus, in unserer Sprache: das Bock-Prinzip. Das bedeutet, keinerlei Verbindlichkeiten einzuhalten, die Forderungen, die mensch gestern noch an

die anderen gestellt hatte, heute vom Tisch zu wischen, wenn sie einem/r lästig sind, usw.

Das ist aber gerade das Gegenteil von Subjektivismus, wie ich ihn als konstituierend für das autonome Politikverständnis ansehe.

Wir sprechen von der „Politik der ersten Person“ und meinen damit, dass wir nicht stellvertretend für andere handeln können und wollen. Es gibt nichts und niemand, auf dessen Auftrag und Legitimation wir uns dabei berufen könnten. Jede Rechtfertigung unseres Handelns fällt auf uns selbst zurück und muss in uns selbst begründbar sein. Und zwar letztlich in jedem/r Einzelnen.

Das entspricht der materialistischen Auffassung, dass die letzte Handlungsmotivation immer im eigenen Interesse begründet liegt.

Das klingt genau nach der Ideologie, die die völlig vereinzelt und damit ohnmächtige Gesellschaftsstruktur aufspannt, von der wir Teil sind und unter der wir leiden.

Das stimmt aber nicht. Denn das eigene Interesse ist auf komplizierte Weise mit dem Interesse Anderer verbunden. Solidarität ist danach das Eingreifen im Konflikt zwischen Anderen aus der Erkenntnis heraus, dass es dabei um die eigenen Interessen geht. Diese Motivation unterscheidet sich durchaus von der, die sich auf einen moralischen Imperativ stützt, die durch Gruppendruck erzwungen wird oder die durch das Versprechen einer Bezahlung im Jenseits erkaufte wird.

Nun überprüfe ich nicht bei jeder Gelegenheit, wie ein Verhalten, zu dem es mich drängt, auf die Wahrnehmung meiner eigenen Interessen zurückzuführen ist. Ich denke, es bildet sich in der Auseinandersetzung sowas wie ein Rechts- und Unrechtsbewusstsein heraus, das verhaltensbestimmend wird und in dem die Erfahrung, was dem eigenen Interesse dient, aufgehoben ist.

Je mehr dieses Rechtsbewusstsein von der EIGENEN Erfahrung und Auseinandersetzung bestimmt ist, und je weniger von gesetzten und blind übernommenen Werten, desto stabiler dürfte es im Leben eines/r jeden von uns handlungsbestimmend sein. Das ist der Grund für antiautoritäres Verhalten.

Eine antiautoritäre Haltung ist auch die Basis der autonomen Bewegung. Sie ist aber einen Schritt weiter als die antiautoritäre Bewegung von vor 20 Jahren, jedenfalls in der Theorie: Sowohl die Bindung an die Autorität als auch die Rebellion dagegen bleiben im Prinzip an diese gebunden. Erst der Versuch einer EIGENEN Bestimmung ist der Schritt in Richtung der Befreiung. „Autonom“ heißt: eigenes Gesetz! Das heißt, der Name ist Programm! Nun ist die gängige Vorstellung (auch ich habe bisher keine andere gefunden), dass der Weg in die Selbstbestimmung nur im Kampf gegen die Fremdbestimmung gefunden werden kann. Das hat Konsequenzen, auf die ich gleich noch zurückkomme.

Kampf gegen die Gewalt, mit der ich konfrontiert werde, heißt, Kampf gegen den Herrschaftsanspruch über mich. Das heißt, Kampf gegen den Anspruch auf Verantwortung für mich, mit der Herrschaft begründet wird. (Herrschaft wird praktisch immer mit Verantwortung begründet, bzw. mit der Unfähigkeit der Beherrschten, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.) Mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung fällt also auch die Verantwortung auf mich zurück, und zwar vollkommen! Ich kann niemand anderem mehr die Schuld geben, wenn es mir schlecht geht.

(Jede politische Argumentation, die auf der Empörung über zugefügte Gewalt aufbaut, schreibt ein Stückweit die Verantwortung anderer dafür fest und damit auch die Herrschaft, gegen die sich die Argumentation ja richten soll!)

Heißt das nun, dass wir als Autonome immer selbstgeißelnd die Ursache aller Scheiße bei uns selbst suchen müssen? Keineswegs: Es gibt einen Unterschied zwischen „Ursache“ und „Schuld“. Die Ursache von etwas herauszufinden, dient dazu, ein angemessenes Handeln zu entwickeln, um sich dagegen zu wehren. Anderen die Schuld für etwas zu geben, heißt, unter Berufung auf ein gemeinsames Rechtsverständnis ein anderes Verhalten einzuklagen (Schuld kommt von: etwas schulden). Aber da kann mensch lange warten und klagen.

Ich bin davon überzeugt:
Verändern kannst du letztlich nur das eigene Verhalten, die Verhaltensänderung der Anderen ist allenfalls eine Reaktion darauf. Also, mit der Selbstbestimmung fällt auch die Verantwortung vollkommen auf uns selbst zurück.

Das ist aber gerade der Grund, warum Voluntarismus in diesem Rahmen eigentlich ausgeschlossen ist. Wenn ich die Konsequenzen meines Handelns immer selbst tragen muss, kann ich es mir kaum leisten, einfach meinen Lüsten und Unlügen nachzugeben.

Das kann ich gerade nur, wenn ich weiß, das Notwendige zu tun kann ich im Zweifelsfall jemand anderem aufdrücken, also wenn ich weiß, dass es immer noch eine Instanz nach mir gibt. Das heißt, ernstgenommene Selbstverantwortung erzwingt auch in einem gewissen Maß Selbstdisziplin.

Zurück zu dem Punkt, dass die Selbstbestimmung über den Kampf gegen die Fremdbestimmung führt: Die wütendsten Kämpfe führen wir da leider gegeneinander! Ich weiß auch nicht warum, vielleicht, weil sie das Nächstliegende sind. Der Hauch einer Erwartung, ja, schon der leidende Gesichtsausdruck wird oft als eine Forderung, somit als Versuch gewertet, uns einen fremden Willen aufzuzwingen. Je besser jemand, geschädigt durch solche Erfahrung, seine/ihre Wünsche vor anderen zu verbergen sucht, desto hinterlistiger und somit potentiell

gewaltsamer erscheinen denen die vermuteten Ansprüche. Aber die Abwehr wird nun auch nicht mehr ausgesprochen, sondern nur noch durch Abwehrhaltung signalisiert.

So arbeiten wir uns wortlos aneinander ab und rücken dabei emotional oft immer weiter auseinander. Den Meisten, die Angst vor dem Verlust ihrer Freiheit und Selbstbestimmung durch die Wünsche Anderer haben, fehlt die Erfahrung, dass sie schlicht und einfach, „nein“ sagen können und dürfen. Das bringt sie dazu, alles, was sie in die Situation bringen könnte, „nein“ sagen zu müssen, schon im Vorfeld zurückzuschlagen.

Im Extrem: Was wir den Flüchtlingen gegenwärtig an Fürsorge förmlich aufdrängen, verweigern wir uns gegenseitig hartnäckig: Wo wir da alle Anstrengungen aufwenden, verständnisvoll und solidarisch zu sein, werden wir untereinander hart und gleichgültig.

Um sich in solchen Verhältnissen zu behaupten, muss mensch schon eine wahnsinnige eigene Willenskraft aufbringen, die wiederum mit der Klarheit der eigenen Zielvorstellungen zu tun hat: Aber wer kann schon aus sich selbst heraus Ziele finden und klar behalten...?

Viele fallen dabei durch die Roste, so wie HS das auch beschrieben hat. Zu spät erkennen die Anderen, dass die vermeintlichen Ansprüche nichts anderes als Hilferufe waren. Eine andere Konsequenz ist, dass wir das Gefühl dafür verlieren, was Schmerzen zufügt.

Es ist ein seltsames Phänomen bei vielen Autonomen, dass sie äußerst brutal im Austeilen von Schlägen, aber sehr empfindlich beim Einstecken derselben sind. Was das, genauer betrachtet, für Ursachen hat, kann ich so aus dem Stand nicht sagen, aber was es für Folgen hat: Gemessen daran, wie mensch sich selbst durch eine Kritik angekachtelt fühlt, kommt es einem/r viel zu schwächlich vor, einfach zu sagen: Ich will das und das nicht, oder, das und das finde ich nicht richtig. Die eigene Meinungsäußerung wird aufgerüstet mit beißender Ironie, mit einem bombastischen Vokabular, mit donnernden, doch von allen anerkannten Prinzipien, usw. Es war ja wirklich nur eine Frage der Zeit bis die seelischen Schläge, die wir uns dauernd zufügen, in körperliche Prügel umschlagen. Ich kann also vieles der Kritik von HS nicht nur unterschreiben, sondern sogar noch eins draufsetzen. Aber welche Konsequenzen zieht er daraus? Er will „austreten“, sagt er. Aber wenn er glaubt, er kann „austreten“, dann ist er nie „eingetreten“. Die Autonomen sind keine, wenn auch noch so diffuse Organisation. Autonomie ist eine innere Haltung. Wer sich einmal durchgerungen hat, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, wird wohl schwerlich dahinter zurückfallen können, selbst wenn er/sie daran zweifelt. Die ganze Art, wie HS seine Kritik vorbringt, zeigt, dass er

in der autonomen Szene etwas gesucht hat, was diese nicht ist und aus ihrem Selbstverständnis auch nicht sein kann: eine politische Heimat, die Kraft und Orientierung bringt, die die Anstrengungen mit Schutz und Geborgenheit belohnt. Er klagt die autonome Bewegung an, als wäre ihm diese etwas schuldig, als hätte sie ihm etwas versprochen.

Er versucht, die Szene anzugreifen, aber wo er hingreift, ist Nebel: Alles fällt auf ihn selbst zurück. Nun sucht er eine neue (alte) Verkörperung von Kollektivität, die sich greifen lässt. Die lässt sich aber natürlich nur greifen um den Preis, dass sie auch die Verantwortung an sich zieht, d. h. sie muss Unterwerfung unter die herrschende Rationalität fordern.

HS also möchte sich, erschreckt über die Kälte der Freiheit, zurückfallen lassen in den Schoß

der Autorität. Wenn ihm das möglich ist, dann war er in der autonomen Bewegung wirklich falsch.

Aber die Freiheit, die nichts ist als Härte und Kälte, als die Gesetze der freien Wildbahn, die hat ja nun wirklich nichts Attraktives. Doch ich glaube, so sind die Verhältnisse nicht vollständig beschrieben.

Es gibt eine Geborgenheit in der Kollektivität, sie setzt die Bereitschaft zur Selbstverantwortung voraus und ermöglicht sie gleichzeitig. Die Balance des Konflikts in autonomen Zusammenhängen, die zwischen dem/r Einzelnen und dem Ganzen pulsierende Kraft, das ist etwas sehr schwer begrifflich zu Fassendes. Noch schwerer, vielleicht sogar unmöglich, ist es, sich daraus ein erfolgversprechendes Verhaltensmuster zu stricken. Und ich denke, es

kann sich darin auf die Dauer nur aufrechterhalten, wer keine Alternative hat.

Zurück zu den Kritikpunkten von HS. Ich habe gesagt, dass ich sie zu einem großen Teil berechtigt finde. Sie sind daher mit dem Grundsätzlichen, was ich hier auszuführen versucht habe, auch nicht erledigt. Aber das sollte doch wenigstens zeigen, wie mit den Kritikpunkten umzugehen ist: Wenn jemand die Verhältnisse wirklich verändern will und nicht nur eine Rechtfertigung für das eigene Aufgeben sucht, dann muss er/sie so lange hartnäckig „warum?“ fragen, bis die kritischen Phänomene auf ihren Kern des falsch verstandenen (oder unterschiedlichen) Interesses zurückgeführt sind. Dann lässt sich daraus auch ableiten, was er/sie tun kann.

Lotta

ZAUH (Zirkel autonomer HäretikerInnen)

Liebe JenossInnen,

„Was wir haben können, reicht uns nicht – und was wir haben wollen, gibt's noch nicht.“

Schon seit längerem stellen wir fest, dass die autonome Szene nicht wirklich unser Zuhause ist, wir meistens nur aus Ermangelung einer Alternative dort weitermachen wie bisher.

Vom Ghettocharakter, der Erfolglosigkeit und dem Militanzfetisch über oft falsche Theorie und der Unverbindlichkeit bis

hin zu den persönlichen Frustrationen in einer in sich unbeweglichen Szene, die das Aufkommen einer wirklichen Kollektivität über den Tellerrand des eigenen gerade vorhandenen (?) Zusammenhangs nicht nur nicht fördert, sondern regelrecht verhindert – es gibt zahlreiche Erfahrungen, die wir als Beleg dafür nennen könnten.

Das Seltsame war und ist, dass wir mit dieser Kritik nie allein waren. Fast alle, die nicht im Herzen der Bewegung sitzen, kritisieren wie wir die fehlende

Transparenz von Entscheidungsprozessen.

Einige davon haben resigniert, andere wurschteln ohne was zu sagen weiter – obwohl sie (wir) eigentlich vieles grundlegend falsch finden. Sie (wir) tun dies, weil es eben außer der Interim nicht einmal ein Forum für die Kritik und damit Weiterentwicklung der „Bewegung“ gibt.

Es war die zweitschmerzvollste Erfahrung der letzten Jahre, dass die zahllosen Anstöße, die von den verschiedensten Seiten zur autonomen Bewusstseins-

bildung und „Organisierung“ gemacht wurden, sämtlich leer verpufft sind – vielleicht nicht ohne Konsequenzen einzelner, aber ohne Folgen in der politischen Praxis und den Strukturen auch nur nennenswerter Teile der „Autonomen Bewegung“. Fakt ist, dass sich in den letzten 6 bis 7 Jahren die Autonomen so gut wie gar nicht entwickelt haben, die Fragen und Probleme die gleichen geblieben sind, ja, noch nicht einmal vom Großteil der Leute wahrgenommen werden. Wir glauben immer mehr, dass das nicht übermäßig mit unserer Unzulänglichkeit zu tun hat (nach dem Motto: „Wir sind halt so verschieden“), sondern mit den Strukturen als solchen. Deshalb sind wir inzwischen auch davon überzeugt, dass Veränderungsvorschläge scheitern müssen, solange sie „immanent“, das heißt innerhalb dieser Strukturen vorgetragen werden. Vielleicht gilt das Trägheitsgesetz konservativer Dorfgemeinschaften eben auch in den (ebenso von der Außenwelt isolierten) Dorfgemeinschaften einer subkulturell definierten politischen Bewegung, wie es die Autonomen sind.

Die undenkbbare Alternative

Trotzdem scheint niemand außerhalb des bestehenden Dreigestirns „Autonome - Antiimps - klandestiner Mythos (RAF, RZ)“ denken zu können. Und das war die schmerzvollste Erfahrung der letzten Zeit: dass anscheinend eine ganze

Generaon von jungen Linken auf Kritik an bestehenden Zuständen nur noch mit immer der gleichen Frage antworten kann: „Kannst du dir etwas anderes vorstellen?“ Das „klar, mensch!“ bleibt uns immer öfter im Halse stecken. Wir haben aufgegeben weiterzudenken und sind dabei, in der herrschenden Ordnung als bewegungsloser Bestandteil aufzugehen. Defätismus als Ideologie der Unterwerfung. Den Trennstrich, den wir ziehen wollen, empfinden wir deshalb nicht als klugscheißerische Abgrenzung zu den GenossInnen, die weitermachen wie bisher, sondern als Ausbruchversuch aus unserer eigenen Phantasielosigkeit. Nicht, weil wir alles, was die Autonomen machen und gemacht haben, für falsch halten, sondern, weil die Strukturen, so wie sie sind, ganz offensichtlich die Vorstellungskraft für andere Arten der politischen Arbeit und damit die wichtigste Eigenschaft der Linken blockieren: ihre Anpassungsfähigkeit (nicht mal so sehr in den Themen, sondern in Theorie, Analyse und Praxis). Natürlich wissen wir auch nicht genau, wohin die Reise aus den Autonomen heraus hinführen soll. „El camino se hace andando“, und das können wir nur gemeinsam. Die folgenden Punkte sind deshalb nicht mehr als Anregungen dafür, wo unsere Diskussion ansetzen könnte – andere Punkte von Euch können und sollen dazukommen.

1. Gegen die Bewusstseinslosigkeit

Unserer Meinung nach müsste am Anfang der Auseinandersetzung die kritische Aufarbeitung unserer politischen Geschichte stehen. Eines der Grundprobleme der Szene ist es ja gerade sich selbst nicht zu kennen, das heißt, die eigenen historischen Wurzeln und die Herkunft der selbst verwendeten Theorieversatzstücke kaum wahrzunehmen.

Z. B. Detlef Hartmann: Obwohl der Spontanitätskult, die Brotrevolventheorie, die Subsistenzfetischisierung einige der konstituierenden Elemente autonomen „Bewusstseins“ sind und in den verschiedensten Variationen auftauchen, hat sich nur ein minimaler Teil der Szene mit Hartmann auseinandergesetzt, ja, weiß der Großteil der Szene nicht einmal, dass die eigene Linie mit bestimmten Theorien der '70er eng verstrickt ist. Oder Karl Marx: Der geschmähte Philosoph wird von der Szene schon fast dogmatisch abgelehnt, (die meisten ziehen ihn sich dann mehr oder weniger „heimlich“ an der Uni rein, wo er „praxisfern“ und damit ungefährlich ist), einzelne Elemente wie Verelendungstheorie aber werden gerne und zusammenhanglos mitverwendet. Das Kernproblem ist einfach, dass die AktivistInnen dieser Jugendkultur glauben, alle Erfahrungen für sich selbst machen zu können – auch ohne

die Kenntnisse von Geschichte und schon oft in der Geschichte geführten Diskussionen. Aus dieser Herausgelöstheit der Aktiven aus jedem Kontext erklärt sich dann auch der Lieblingsfetisch der Autonomen: die „Buntheit“ – in Wirklichkeit ein ziemlich seltsamer, verein-samer Superindividualismus. Unsere Kritik an den Autonomen finden wir selbst fragmen-tarisch und an vielen Stellen zu platt. Die Kritik aufs Heinz-Schenk-Papier war sicherlich nicht falsch. Unsere Kritik der Autonomen muss klischeehaft bleiben, so lange wir selbst nicht mehr als ein Klischee der Auto-nomen analysieren können – aber genau deswegen brauchen wir die Auseinandersetzung mit mehr Leuten über das Thema. Die Ausweitung der Diskussion auf andere Teile der Linken (DDR, K-Gruppen, ausländi-sche Organisationen – je nach Erfahrungshintergrund) fänden wir sinnvoll. Wenn WIR vor allem über die Autonomen reden, hat das mit UNSERER Geschichte zu tun und ist keine Anforderung an Euch, die Ihr vielleicht andere Bezugspunkte habt.

2. Theorie und Praxis

Diese Frage ist unserer Mei-nung nach der Knackpunkt bei der BRD-Linken in den letzten zwei Jahrzehnten. Theorie und Praxis stehen sich fast immer, und das trotz anderer Lippenbekenntnisse, als unversöhnliche Gegnerinnen gegenüber. LaberInnen und AktivistInnen befinden sich im

harten Konkurrenzkampf gegen-einander (selbst, wenn dann viele Leute eigentlich beides sind), wobei dann keine der beiden Seiten es schafft, über ihr Gebiet wirklich mal hinaus zu kommen:

Weder kommen die LaberInnen über eine sinnlose Debatte um Begrifflichkeiten hinaus, noch entwickeln die Aktivistinnen For-men der (legalen oder illegalen) Aktion, die der revolutionären Bewegung strategisch nützen könnten. Auf beiden Seiten bleibt es bei Scharmützeln jenseits der gesellschaftlichen Realität.

Das dialektische Verhältnis von Reden-Nachdenken-Kämpfen-Organisieren wird von der Linken vielleicht oberflächlich verstanden, aber nicht wirklich begriffen.

Dass es in revolutionären Prozessen jahrelange Vorberei-tungs- oder Diskussionsphasen gibt (die guatemaltekische ORPA bereitete 10 Jahre lang den bewaffneten Kampf vor, ETA war von 1959 bis 1967 fast ausschließlich eine illegale Diskussionsgruppe), nimmt die Linke bis heute viel zu wenig wahr.

Die Folge davon ist Polarisie-rung in einen „akademischen“ und einen „militaristischen“ Standpunkt, unter Beibehaltung der gesellschaftlichen Bedeu-tungslosigkeit und Isolation. Die Lösung des Problems wird innerhalb wie außerhalb der Autonomen schwer sein, es ist ja schließlich ein grundsätzli-ches Problem der Linken. Aber

good old Charly sagt auch: Die richtige Fragestellung beinhaltet die Antwort schon in sich.

3. Für „organische Intellektuelle“

„Gibt es eine wirkliche philo-sophische Bewegung nur in Form einer spezialisierten Kultur für begrenzte Gruppen von Intellektuellen, oder ist sie nur dann wirklich eine philoso-phische Bewegung, wenn sie während der Erarbeitung eines wissenschaftlich kohärenten, dem Alltagsverstand überle-genen Denkens nie vergisst, mit den ‚Einfachen‘ in Kontakt zu bleiben, und gerade in diesem Kontakt die Quelle für die zu untersuchenden und lösenden Probleme sieht? Nur durch den Kontakt wird eine Philosophie ‚geschichtlich‘, reinigt sich von den intellektualistischen Elementen individueller Natur und wird Leben.“ (Gramsci, Philosophie der Praxis)

Die Autonomen würden sicher-lich leugnen, „Intellektuelle“ zu sein, auch wenn bei Gramsci „Intellektueller“ jeder politisch organisierende Mensch ist. Ansonsten aber trifft das Zitat durchaus auf sie zu, z. B. in ihrem Gerede über die „Klasse“, die „Jungprolls“, die „Türkln-nen“, mit denen sie nicht einmal ansatzweise bereit sind, den Alltag zu teilen. Eine Gesellschaft vom eigenen Standpunkt aus abstrahierend zu verändern, heißt vor allem, sie zu kennen und von den Subjekten dieser Gesellschaft

ernstgenommen zu werden. Das kann mensch natürlich nicht als subkulturell isolierter Fremdkörper, sondern nur als „organisches Teilgeschehen“ dieser Gesellschaft. Wir meinen mit „organisch“ in diesem Zusammenhang im Übrigen auch gar nicht unbedingt, dass die Linke jetzt nach dem Vorbild der K-Gruppen Anfang der '70er Jahre eine „proletarische Wende“ vollziehen sollte. „Organisch“ kann auch bedeuten, sich als Teil dessen zu begreifen, wo mensch sich gerade befindet: Viele von uns sind Studis, leben in normalen Mietshäusern und müssen jobben aber wie viele von uns finden den Widerstand gegen die Unireform, die Mieterhöhungen oder MieterInnenaktivitäten? (allesamt im Endeffekt natürlich „reformistisch“) mehr als nur verbal wichtig?

In der manchmal nur subtil auftretenden Verachtung der „Normalos“ schwingt (genau wie im Prolet-, Türkengang-, Flüchtlingskult) ein elitäres Bewusstsein mit, dessen sich die Autonomen nicht bewusst sind. Die Linke sieht sich selbst als „Außenstehende“ und befindet sich damit in der schlimmsten „leninistischen“ Tradition. Der revolutionäre Prozess ist aber kein Überstülpen geschichtlicher „Wahrheiten“ über eine vorhandene Gesellschaft, sondern das Zusammenfinden der unterdrückten Subjekte. Für uns bedeutet das: Wir brauchen mehr Offenheit ge-

genüber der (schwer erträglich) Realität.

4. Organisation

Die autonome Organisationsfeindlichkeit ist eine Krankheit, auch wenn sie historisch vielleicht verständlich ist: Auf die K-Gruppen der '70er Jahre, deren mechanistische Vorstellung vom Aufbau führender Arbeiterparteien ungefähr so viel Lebenslust und Kreativität ausstrahlte wie ein Totensonntag in Altötting, war die Beibehaltung der wildentstandenen Zersplitterung keine schlechte Antwort.

Aber wie schon x-mal in der Linken ist die Antwort auf eine besondere historische Situation zur allgemeingültigen Regel verkürzt worden.

„Da Organisationen zwangsläufig so aussehen müssen wie die autoritären, monolithischen Parteien der verschiedensten kommunistischen Traditionen, brauchen wir darüber nicht reden“, heißt das platte Statement der Szene zum Thema.

Natürlich haben die OrganisationsfeindInnen auf die Frage, wie ein revolutionärer Prozess ohne einigermaßen effizient koordinierte Arbeit in Gang kommen soll, keine Antwort. „Irgendwie“ (ist sowieso das unsäglichste Modewort unserer Zeit) werde es sich schon ergeben. Hat es sich in der Geschichte bloß noch nicht. Genausowenig denken die gleichen GenossInnen darüber nach, dass in einer atomisierten gesellschaftlichen Realität der

sammelnde, kollektivierende Charakter einer demokratischen Organisation einen ganz anderen Stellenwert haben kann als in den frühen '70ern, als die Gemeinschaftlichkeit in der Jugendbewegung als eine Grundstimmung bereits vorhanden war.

Und nicht zuletzt haben sie natürlich auch keine Ahnung davon, dass Parteien, Fronten, Organisationen gesellschaftlichen Prozessen unterworfen sind und deshalb natürlich ihr Gesicht und ihr Wesen ändern können. Es gibt neben den leninistischen Kaderparteien und den parlamentarischen Parteiapparaten eine Unzahl von Optionen.

Das Modell in der Schublade haben wir dazu natürlich auch nicht. Deshalb wollen wir jetzt auch nicht die Forderung nach einer „neuen revolutionären Organisation“ mit möglichst wohlklingendem Namen aufstellen, sondern wir verlangen, dass die Diskussion über die Organisationsfrage enttabuisiert wird, und zwar als eigenständige Debatte, die sich explizit NICHT mit der Organisation der Autonomen nach der alten Hausordnung, sondern mit einem neuen Projekt außerhalb der bestehenden Strukturen beschäftigt. Politische Organisation ist ein bewusster Schritt, und damit bereits an und für sich eine Abstraktion gesellschaftlicher Verhältnisse. Soll heißen: Um sich zu

organisieren, muss mensch zwangsläufig vorausdenken, neuschöpfen: Ein Zusammenquetschen des jetzigen Zustands in ein neues Korsett ohne Änderung der Grundbedingungen reicht nicht.

Das Letzte!

Das sind unsere Vorstellungen zum Thema, keine verbindlichen Leitlinien, sondern unser

Diskussionsvorschlag. Wir hoffen, dass wir uns demnächst zu zehnt oder fünfzehnt mal im engeren Kreis zusammensetzen können, um uns das weitere Vorgehen zu überlegen. Ziel sollte unserer Meinung nach sein, in absehbarer Zeit einen OFFENEN und VERBINDLICHEN Zusammenhang zu schaffen.

Bis dahin müssten wir uns auf einige Eckpfeiler geeinigt haben,

damit offene Treffen nicht zur wahllosen und peinlichen Zusammenkunft der Unzufriedenen werden.

Ein Genosse hat vorgeschlagen, so bald wie möglich an einer Art „Statut“ – einem festgehaltenen Selbstverständnis – zu arbeiten. Wir finden die Idee nicht schlecht, da müssten wir aber gemeinsam drüber reden.

Bis bald

Noch ein ketzerisches Papier

In den letzten Nummern der *Interim* sind verschiedene Papiere von Heinz Schenk veröffentlicht worden, leider ohne dadurch eine intensive Diskussion angeschoben zu haben – wenigstens, was die Resonanz in der Interim betrifft, wenn man von der plumpen Polemik der Redaktion oder der hilflosen Zustimmung Roy Blacks absieht, der meint, konkret noch Dinge verändern zu können.

Seine Begründung, dass eine andere Kraft jenseits der Autonomen nicht in Sicht ist, ist charakteristisch für alle Autonomen, mit denen ich bisher über die Heinz-Schenk-Papiere diskutiert habe und die der Kritik „im Prinzip zustimmen“. Das Prinzip dieser Kritik liegt aber gerade darin, die Notwendigkeit einer nicht mehr „autonomen“, revolutionären Politik zu begründen.

Diese Notwendigkeit wird aber von den meisten oft aus Unsicherheit („Mit wem wollt ihr

das denn machen?“) oder aus Traditionalismus geleugnet. Ich möchte versuchen, diese Notwendigkeit noch einmal deutlich zu machen, und zwar anhand der „autonomen Prinzipien“, die ein Genosse in der Interim 165 zusammengestellt hat und die wesentliche Teile der autonomen Ideologie gut kurz umreißen (denn sie haben trotz ihrer Heterogenität eine gewisse Ideologie, auch wenn sie das gern leugnen):

I. „Keine Zusammenarbeit mit Bullen, Medien, Parteien und dogmatisch autoritär bis stalinistisch orientierten Gruppen.“ Dieses Gebot resultiere, so der Genosse, aus „der klaren Erkenntnis von den Machtstrukturen dieses Systems“. So klar kann die Erkenntnis aber nicht sein, wenn die Bullen als strukturelle Gewalt aufgefasst werden, „genauso wie Gropiusstadt etc.“. Die Bullen sind aber gerade der handgreiflichste Teil (an Knüppel muss

ich hier wohl keinen erinnern) des Repressionsapparates, den die herrschende Klasse zur Absicherung ihrer Interessen gebraucht. Die Gropiusstadt stellt andererseits die Umsetzung der Warenideologie des Kapitalismus dar: Sie ist einer der praktischsten und billigsten Wege, die Ware Arbeitskraft (also Menschen!) aufzubewahren – ein Teil der „strukturellen Gewalt“ also, wenn mensch diese Begriffe unbedingt verwenden will, denn sie erklären letztlich das kapitalistische System überhaupt nicht.

Genauso wenig erklärt die Zusammenstellung der Institutionen, die der Genosse vorgenommen hat, sie entspricht höchstens dem allseits beliebten Schimpfwort „Schweinesystem“. Während RevolutionärInnen natürlich nicht mit dem Repressionsapparat zusammenarbeiten können, sollten sie Widersprüche, die es im bürgerlichen

Lager (z. B. bei den Parteien oder in den Medien) gibt, durchaus für sich ausnutzen. Das tun teilweise auch die Autonomen, ohne das allerdings in eine Strategie einzubetten: Z. B. ist die „taz“ bei aller Lügenberichterstattung durch die Heterogenität ihrer MitarbeiterInnen und ihrer LeserInnen immer noch brauchbare Infrastruktur für viele autonome Aktivitäten, oder die AL lange Zeit eine Bündnispartnerin bei der Durchsetzung konkreter Forderungen gewesen. Die moralische Abgrenzung ersetzt aber in der autonomen Debatte allzu oft eine auf Analyse basierende Ablehnung bzw. taktische Zusammenarbeit. Einerseits werden also moralische Prinzipien aufgestellt (für einen anderen, den kulturellen Bereich hat Heinz Schenk das schon prima erklärt), andererseits sagt unser Genosse:

2. „Wir begreifen uns nicht als AufklärerInnen, PropagandistInnen und BesserwisterInnen. Das heißt, dass wir keine StellvertreterInnenpolitik und -kämpfe führen.“

Das elitäre Bewusstsein der autonomen Szene hat Heinz Schenk schon genug auseinandergenommen. Die Tatsachen – der geradezu moralische Zeigefinger auf die oft so genannten „Normalos“ und auch auf die GenossInnen, entlarven diesen Punkt genau als das verhasste Wort: Propaganda.

Propaganda haben die Autonomen immer betrieben, und RevolutionärInnen werden sie

in einer Gesellschaft, in der das Kapital in allen Lebensbereichen die kulturelle Hegemonie hat, wo der Mensch nur als austauschbare Ware bzw. als Warenkäufer etwas „wert“ ist und dieses von der Masse in den imperialistischen Zentren widerspruchslos akzeptiert wird, auch immer nötig haben.

Was revolutionäre Propaganda aber von dem autonomen Missionsdrang, wie es Heinz Schenk ausdrückte, unterscheiden muss, ist, dass sie die unterschiedliche Realität/das Bewusstsein der Menschen nicht nur erkennt, sondern auch respektiert.

Ein RevolutionärIn sollte durchaus Menschen lehren, aber gleichzeitig immer bereit sein, von ihnen zu lernen, denn er/sie hat ja auch als RevolutionärIn nur einen bestimmten Erfahrungsschatz und auch von seiner/ihrer sozialen Realität bestimmtes Bewusstsein (viele Autonome sind z. B. KleinbürgerInnen – ich auch –, auch wenn sie das ungern zugeben, es dafür aber umso lieber anderen zugeschrieben wird.)

3. „Unsere Kampfmittel und -methoden bestimmen wir selbst. Die Bandbreite misst sich immer an dem, was wir erreichen wollen, gemeinsam. Vom taktisch motivierten Verhandeln bis zur militanten Auseinandersetzung ist alles drin. Folgerichtig führen wir keine Gewaltdiskussionen, denn alle Widerstandsformen sind erlaubt, müssen sich allerdings auf gemeinsames Wollen hin ausrichten.“

Der Trotz, der aus diesem autonomen Dogma klingt ist unüberhörbar – der Behauptungswille des Militanzfetisch gegenüber den „Peacies“, da die Militanz mangels einer dialektischen Analyse der Realität und einer darauf aufbauenden revolutionären Strategie auch praktisch die einzig verlässliche Abgrenzung zum Reformismus verspricht.

Revolutionäre Politik wird immer Gewalt anwenden, aber das ist doch eine fundamental andere Gewalt als die repressive Gewalt des jeweiligen zu bekämpfenden Systems. Und um diese Erklärung werden wir nie herumkommen. Gewalt ist nur ein notwendiges Mittel in bestimmten Situationen zur Erreichung eines Ziels (und nicht das Ziel selbst) und als solches unterliegt es – wie alle anderen Bestandteile revolutionärer Politik auch – der Diskussion.

Ein revolutionärer Prozess wird schließlich nur dialektisch, d. h. durch Widersprüche und ihre Wirkung vorangetrieben – Diskussionen zu tabuisieren heißt immer, Widersprüche zu unterdrücken (wohin das führt, hat uns die UdSSR gezeigt). Aber natürlich sollen RevolutionärInnen bestimmen, mit wem sie diskutieren, mit wem sie zusammen kämpfen wollen: das hängt von den objektiven Verhältnissen ab, in denen sie leben und nicht von einem diffusen „Wollen“. Dieses „gemeinsame Wollen“ ist nämlich auch nur ein autonomer Mythos, auch wenn unser uns schon wohlbekannter Genosse meint:

4. „Es gibt kein Anerkennen von Hierarchien und FührerInnen“: Die Mutter dieses Gedankens/Dogmas ist die Organisationsfeindlichkeit der Autonomen, die sich Hierarchien und FührerInnen mit Vorliebe als böse KommunistInnen mit vielen Orden, einem ZK-Posten und langen Titeln vorstellen.

Das führt ganz einfach zu einem gigantischen Selbstbetrug: In der Praxis stehen ganz oben in der Autonomen Bewunderungs-/Mythologisierungsskala unausgesprochen aber ebenso unangefochten die bewaffneten KämpferInnen (RAF, RZ).

Mensch bedankt sich bei ihnen für einen gelungenen Anschlag (1989 an den Wänden der FU nach der Herrhausenexplosion), aber kritisiert die Strategie der HeroInnen nicht – allenfalls einzelne Aktionen oder Papiere.

Die Hierarchie innerhalb der Autonomen gibt es aber auch: Sie ist das genaue Gegenteil des kommunistischen Funktionärsfeindbildes, dafür aber nicht weniger wirksam. Man könnte diesen aktivsten, praktisch führenden Teil der Autonomen auch „Zentralen Klüngel“ (ZK) nennen, innerhalb der strukturalosen Szene gibt es Leute, die sich durch lange Arbeit Anerkennung erwarben. Ihr Wort gilt auf VVs, sie führen die für die Tagespolitik entscheidenden Diskussionen abgeschlossen und nicht im autonomen Medium Interim, Mensch kennt sie, aber Otto/Lisa DurchschnittsautonomeR kennt sie kaum (geschweige denn die Fraktionen, in die sie gespalten sind

– räumlich wie ideologisch). Sie bleiben meist ungreifbar, sind also auch nicht kritisierbar, ihre bevorzugte Antwort auf solche/meine Kritik ist: „Du bist doch auch Teil von etwas, du kannst doch auch wie ich...“

Irrtum, wenn mich noch kaum jemand kennt, kann ich nicht: Ich muss mich erst profilieren, erst Leistung zeigen (wie überall im Kapitalismus), bevor mir zugehört wird, individualistische Selbstbehauptung im personalen Geflecht des Klüngels statt kollektiver Lehr- und Lernprozess.

Und es bleibt dem Zufall überlassen, einmal Klüngelleute kennenzulernen, die einem/ihre Erfahrung INDIVIDUELL vermitteln – in der kapitalistischen „Außenwelt“ sagen die „Normalos“ schlicht „Vitamin B“ zu sowas.

Selbstverständlich wird es immer in einer revolutionären Bewegung Menschen mit mehr Erfahrung geben und solche, die erst neu dazugekommen sind. Aber RevolutionärInnen müssen immer daran arbeiten, selbst kritisierbar/greifbar für die GenossInnen zu sein und müssen jüngere/neue Leute an die Übernahme von Verantwortung heranführen. Es geht RevolutionärInnen um Emanzipation und nicht um Profilierung und ein Hinter-den-Kulissen-Agieren in der eigenen Bewegung.

Der Satz „Wir brauchen Euren Mut und Ihr unsere Schlaueheit“ charakterisiert das Dilemma, in das die Klüngelpolitik führt. Unterschiedliche Erfahrungen von Theorie und Praxis

werden hierarchisiert und nicht dialektisch in einem kollektiven Prozess verarbeitet.

Statt die Widersprüche auszutragen und wechselseitig voneinander zu lernen, um zu einer neuen, richtigeren Politik zu kommen, pisst mensch sich z. B. NACH so einer niederschmetternden Demo wie Hoyerswerda gegenseitig an, weil mensch schon längst nebeneinander her Politik macht und ein gemeinsamer Prozess immer schwieriger wird im allgemeinen Subjektivismus.

Funktionen von Menschen sind nicht prinzipiell schlecht, aber sie müssen durchschaubar und veränderbar sein – ein persönlicher Klüngel ist vielleicht dauerhafter als eine Parade von Titeln (um nicht missverstanden zu werden: Ich will beides nicht). Eine revolutionäre Bewegung sollte Menschen haben, die zu ihrer Verantwortung stehen (und diese auch wieder abgeben, wenn nötig) UND in ständigem Diskussionsprozess mit allen stehen (durch praktische Arbeit, durch Delegiertenstrukturen und die Medien der Bewegung). Doch dazu müssen die, die diese Aufgabe für grundlegend halten, etwas völlig Neues schaffen.

„Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig genug geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend

machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Strukturen fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“ (Rosa Luxemburg)

Die russischen RevolutionärInnen, die Lenin-Trotzki, wie Rosa sagt, verbindet hier einiges mit den Autonomen in Deutschland. Diese sind im engen Rahmen

der BRD immerhin die einzige relevante radikale Kraft, die den deutschen Imperialismus nicht nur kritisiert, sondern auch immer praktisch zu bekämpfen versucht.

Aber sie haben es versäumt, aus ihrer Bewegung, die als radikale Ablehnung des gescheiterten K-Gruppen-Ansatzes der '70er begriffen werden kann, eine neue Organisationsform zu schaffen. Unter ständigen Angriffen und Integrationszwängen des

Systems vertuschen sie ihre Fehler (die ich selbst auch alle mitgemacht habe und teilweise noch mitmache), verteidigen ihr Mangelmodell und erheben es zum Vorbild revolutionären Handelns (siehe den Genossen aus der Interim 165). So weit erst mal.

Roberto Blanco

...und wenn es doch noch etwas Anderes gibt!?!

Die in den letzten Wochen veröffentlichten Texte von Heinz Schenk haben glücklicherweise für viele Diskussionen gesorgt. In vielen Zusammenhängen werden sie diskutiert und, was den Inhalt der Texte nur bestätigt, viele Menschen, denen ich die Texte gegeben habe, die nicht „Teil der Szene“ sind und trotzdem Interesse an revolutionärer Politik haben, fanden in ihnen Ansätze, die eine Perspektive bieten. Eine Perspektive für die Linke, da endlich, wie Roberto Blanco sagt (Interim 169), die Notwendigkeit einer nicht mehr „autonomen“ (meint hier die allseits bekannten Sitten und Bräuche) revolutionären Politik erkannt wurde. Und die einzig richtige Konsequenz gezogen wurde, der „Austritt“ aus den „Autonomen“, sprich die Suche nach den Möglichkeiten einen anderen, besseren Rahmen für revolutionäre Politik zu schaffen. Dies

muss zwangsläufig ketzerisch wirken, denn es untergräbt den absolutistischen Anspruch der Autonomen. Dies wird besonders in der Kritik von Lotta deutlich (Interim 169), die in der Behauptung gipfelt:

„H.S. also möchte sich, erschreckt über die Kälte der Freiheit, zurückfallen lassen in den Schoß der Autorität.“ So einfach ist also die Welt, entweder „autonom“ oder im Schoß der Autorität. Nun mal im Ernst, kann es außer den Autonomen keine antiautoritären Lebens-, Handlungs- und Organisationsformen geben, zumal die „Autonomen“ lediglich antiautoritär sein wollen es aber nicht sind? (Das ist nicht böse gemeint – Autonome sind eben auch „nur“ Menschen.)

Doch sehen wir mal auf den ganzen Text von Genossin Lotta. Zunächst gibt sie H.S. recht in seiner Kritik an den Umgangsformen in der Szene.

Dies ist nicht verwunderlich und entspricht dem „autonomen Absolutismus“, der den Rahmen für zulässige Kritik schon im Vorfeld abgesteckt hat. Wer diesen Rahmen verläßt war früher ein „Counter“, und heute, wie H.S. ... „in der autonomen Bewegung wirklich falsch“ (Lotta).

Der Rahmen, in dem RevolutionärInnen diskutieren, sollte der Wille sein, ein politischer Faktor zu werden, eine revolutionäre Gegenmacht aufzubauen, eben „die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“ und dies nicht nur 5x im Jahr rund um die O-Straße!

A riot ain't a revolution (Mutaburaka).

Der Rahmen, in dem „Autonome“ diskutieren, läßt keine grundlegenden Kritiken zu. Dies wird an der Herangehensweise von Lotta deutlich: Die fundamentale Kritik wird nicht ernst genommen, weil sie gar nicht als mögliche Kritik wahrgenommen

wird, Lotta bezieht sich nicht auf die Kritik, sondern pickt sich den von H.S. in der Tat oft ungenau verwandten Begriff „Subjektivismus“ heraus und zerlegt ihn, ohne sich die geringste Mühe zu geben zu verstehen, was H.S. meint.

Es scheint klar zu sein, die Ursache liegt bei H.S., das Problem auf der persönlichen Ebene: Psychologisierend stellt Lotta fest:

„Ich habe das Gefühl, dass er alles das, was er selbst als verletzend, frustrierend und verwirrend in autonomen Zusammenhängend erlebt hat, auf diesen Begriff projiziert.“

An dieser Stelle möchte ich Gramsci zitieren, der eben doch zum Teil ganz brauchbare Gedanken zu Papier gebracht hat, so z. B. in seiner Kritik am „Gemeinverständlichen Lehrbuch“ Bucharins:

„...man muss seinen Gegnern gegenüber gerecht sein. Man muss sich zu verstehen bemühen, was sie wirklich haben sagen wollen, und nicht böswillig bei ihren oberflächlichen und unmittelbaren Aussprüchen stehen bleiben.“ (Philosophie der Praxis)

Abgesehen davon zitiert Lotta das „Philosophische Wörterbuch, DDR“, welches die herrschende Realität, die auch von den „Autonomen“ reproduziert wird, ganz gut beschreibt:

„...die Auffassung, dass bei der Beurteilung beliebiger Sachverhalte ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefasste menschliche Subjekt, etwa in Form einer abstrakten Nützlichkeit

für den Menschen, der primäre Gesichtspunkt sein müsse (dieser Subjektivismus kommt z. B. in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern in Form einer bornierten Selbstsucht und einer beschränkten, vulgären Konsumentenideologie zum Ausdruck.)“

Darauf folgt die Erläuterung des Subjektivismus, wie Lotta ihn konstituierend für das autonome Politikverständnis versteht, was jedoch eher eine Beschreibung der sagen wir mal „Autonomie des Subjekts“ darstellt, eine Vorstellung von der sich H.S. bestimmt nicht trennen will. Jedoch auch eine Vorstellung, der nur der kleinste Teil derer, die sich irgendwie „autonom“ finden, versucht gerecht zu werden. Es ist mir auch zu schwarz/weiß, den „eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen“ schlichtweg „Gesetze und blind übernommene Werte“ gegenüberzustellen.

Denn ich kann aus meinem persönlichen Erfahrungshorizont, der eben in meiner (mitteleuropäischen) Realität aufgebaut worden ist, vieles nicht nachvollziehen. Z. B. stehen einige Verhaltensweisen von Flüchtlingen im krassen Gegensatz zu meinem politischen Verständnis, eine Auseinandersetzung damit kann nur erfolgen, wenn nicht nur der/die Flüchtling, weil er/sie jetzt hier ist sich mit meiner Realität auseinandersetzt, sondern ich mich auch über die Realität seines „Herkunftslandes“ bzw. seiner Sozialisation informiere

und dies ist in den meisten Fällen eben nicht von „eigenen Erfahrungen und Auseinandersetzungen bestimmt“.

In der gesamten Seite 2 von Lottas Text vermischen sich Realität und Ideal miteinander und machen eine Kritik wirklich schwer. Doch zu kritisieren ist auf jeden Fall Lottas Überzeugung: „...verändern kannst du letztlich nur das eigene Verhalten, die Verhaltensänderung der anderen ist allenfalls eine Reaktion darauf.“

Demnach gibt es nur Kettenreaktionen. wir müssen eben „nur“ vorbildlich leben und die anderen werden uns folgen, und wenn es dann alle wollen ist Revolution! Das wirft die Frage auf, wie denn diese Kettenreaktion (sei sie noch so langsam...) ausgelöst wurde, wenn Verhaltensänderungen allenfalls Reaktionen auf Verhaltensänderungen sind...

Demnach hätten Schriften, Veranstaltungen, Aktionen usw. keine Überzeugungskraft, demnach ist es eigentlich gar nicht möglich, dass z. B. die H.S.-Texte mich dazu gebracht haben, meinen Ansatz zu revidieren und den Ansatz einer nicht mehr „autonomen“ revolutionären Politik zu suchen.

Als „Autonomer“ hab' ich nämlich viel Kritik gehabt und nie über meinen/unseren Tellerrand hinaus geschaut. Lang genug hab' ich immer wieder versucht, Sachen zu verändern, Prozesse in Gang zu setzen usw... aber eben nur intern.

Ich will hier nicht die Kritik an

der autonomen Szene wieder aufgreifen, ich teile sie, und sie ist tatsächlich nichts Neues. Es geht auch nicht darum, „die Autonomen“ als schon immer durchweg schlecht und verfehlt darzustellen.

Doch als RevolutionärInnen müssen wir unsere Strategien an der Realität orientieren, und die ist heute eine andere als noch vor 10 Jahren. Es geht nicht darum, sich von allen Inhalten „autonomer Politik“ zu trennen, sondern darum, zu erkennen, dass der Rahmen, den wir dieser Politik gegeben haben, nicht ausreicht, bestimmte Widersprüche, die außerhalb unserer sozio-kulturellen Identität und unserer Lebensformen liegen, zu erfassen.

Und in den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Menschen mit genau solchen Widersprüchen vergrößert. was Ansatzpunkte für revolutionäre Politik bietet, die nicht in den bekannten „autonomen Rahmen“ passt. Es liegt hier an der revolutionären Linken, Formen der

politischen Arbeit und Organisation zu finden, die im Stande sind, jetzt und zukünftig verstärkt zu Tage tretende Widersprüche aufzugreifen. Es geht nicht darum, irgendwelche Versprechungen zu machen, sondern einen Rahmen zu schaffen in dem alle Menschen mit Interesse an revolutionären Veränderungen, relativ unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, kulturellen Vorlieben und Lebensformen diskutieren, kämpfen und feiern können. Dies schließt nicht aus, dass sie sich auch am Punkt ihrer spezifischen Unterdrückung organisieren.

Einige Punkte, in denen Veränderungen notwendig sind, wurden von H.S. und R.B. bereits dargestellt. Ein wichtiger Ansatz ist, „die Widersprüche, die es im bürgerlichen Lager, z. B. bei den Parteien oder in den Medien gibt, durchaus für sich auszunutzen.“ (R.B.)

Doch es muss sicherlich noch viel und lang diskutiert werden... da sich niemand und niefraud einen neuen Rahmen für revolutionäre Politik aus dem Ärmel

schütteln kann.

Wie ein solcher Rahmen aussieht, weiß ich nämlich natürlich auch nicht genau, und H.S. und R.B. wissen es wohl auch noch nicht, sonst hätten sie es uns bestimmt nicht vorenthalten. Mir geht es darum, einen Beitrag zu der Diskussion um „den neuen Rahmen“ zu leisten, und ich hoffe, da ich keinen absoluten Anspruch habe, dass es auf der Basis des bisher und weiterhin Diskutierten zu möglichst vielen verschiedenen Ansätzen revolutionärer Politik kommt.

So ist die Chance, dass wenigstens einer von ihnen die Widersprüche greifen, und ein reelles revolutionäres Gegengewicht aufbauen wird, um einiges größer.

So long. Fortsetzung folgt
bestimmt. Gruß an Heinz Schenk und Roberto Blanco!

Adriano Celentano
und Rita Pavone

P.S.: Zur Gewaltfrage: „*By any means necessary*“ (Malcolm X)

Der nachfolgende Text stand eigentlich nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Heinz-Schenk-Debatte. Er ist eine Antwort auf den sehr konkreten, an die Gruppen der antifaschistischen Bewegung gerichteten Organisierungsvorschlag der Göttinger Antifa (M), der im Oktober 1991 in mehreren linksradikalen Zeitschriften veröffentlicht wurde.

Die hier folgende Kritik an dem Göttinger Papier von einem Han Solo wurde von uns inhaltlich nicht geteilt. Wir empfanden den Han-Solo-Text als den Ausdruck einer zum Teil widersprüchlichen und manchmal bornierten Geschichtsschreibung, deren wichtigstes Ziel es schien (zumindest lasen wir den Artikel in diesem Sinn), die bestehenden Verhält-

nisse von Unorganisiertheit in der autonomen Linken theoretisch zu rechtfertigen. Als Antwort auf den Han-Solo-Text (und auf andere Betonungen der Unmöglichkeit unseres Anliegens) entstand der Aufsatz „Sich dem Kapitalismus nicht ergeben“ – der letzte lange Text der Heinz-Schenk-Diskussion, der im Anschluss zum Han-Solo-Text abgedruckt ist.

Neues aus dem Unterhaus: Organisationsdebatte

Eine Antwort im Speziellen auf das Organisationspapier der autonomen Antifa (M) aus Göttingen – und eine Erwiderung im allgemeinen zur „Organisationsdebatte schlechthin“.

Bevor der Anspruch der Überschrift eingelöst wird – Antwort und Erwiderung – entschuldigt sich der Verfasser bei der geneigten Leserin und dem geneigten Leser für einen längeren historischen Teil. In ihm wird dargelegt, wie sich – kurzgefasst – die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland darstellte (wobei etwas willkürlich als Anfang die Weimarer Republik gewählt wurde), um dann – ebenfalls kurzgefasst – zu betrachten, welche Folgerungen daraus für eine „Organisations“-Debatte zu ziehen sind.

(Für die, die an bestimmten Textstellen, die Argumentation noch weiter nachvollziehen oder „weiter“ lesen wollen, sind ab und zu Anmerkungen angegeben, in denen Beispiele für die

benutzte Literatur zu finden sind. Für das Verständnis des Textes selbst sind sie nicht so wichtig...)

Tendenzen in der Weimarer Republik

Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg und der Niederschlagung der Revolutionsversuche setzte sich in Weimar der Mordernisierungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft fort – teilweise in Kontinuität zum Kaiserreich, teilweise die Verhältnisse im Kaiserreich sprengend. Der Prozess, in dem sich die bürgerliche Gesellschaft durchsetzt(e) und von der fortschreitenden „Zerschlagung“ kollektiver Milieus zu im Endeffekt atomisierten Individuen fortschreitet, war in der Weimarer Republik an einem ganz bestimmten Punkt angelangt. In der Verfassung wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen verankert – ein später Erfolg der Frauenwahlrechtsbe-

wegung. Weibliche Lohnarbeit (Verkäuferinnen, Sekretärinnen, Industriearbeiterinnen) rückte mehr ins öffentliche Bewusstsein, wobei zwei gegenläufige Tendenzen sichtbar wurden: Einerseits schaffte weibliche Lohnarbeit Freiräume: Frauen wurden als Rechtssubjekte anerkannt, hatten eigenes Geld zur Verfügung – andererseits wurde die weibliche Arbeit aber „sofort“ als „minderwertig“ abqualifiziert, also auch schlechter bezahlt, und war meistens für die Arbeiterinnen eh nur Durchgangsstation auf dem Weg zur gewünschten Ehe. (1) Es gab insgesamt einen „neuen“ Diskurs um „Weiblichkeit“: Die alten „ritterlichen“ Moralvorstellungen des viktorianischen Zeitalters – in denen Frauen wie „kleine, dumme Kinder“ behandelt wurden, die zu „beschützen“ waren – war schon länger einem Erosionsprozess ausgesetzt gewesen. Die ältere Frauenbewegung hatte bereits zu einem größeren Selbstbe-

wusstsein vieler Frauen geführt, allerdings um den Preis größerer Vereinzelung bzw. der Auflösung traditioneller, weiblicher Lebenszusammenhänge. (2) So veränderte sich die alte patriarchale Sphärentrennung – in männliche und weibliche Gesellschaftsbereiche – da Frauen in bisher männlich dominierte Räume eindringen (die Trennung der Sphären wurde dadurch aber nicht aufgehoben, sondern nur „neu“ definiert). Im Zuge der Veränderungen änderten sich auch die sexuellen Lebensgewohnheiten, was aber wiederum nicht hieß, dass ihr patriarchaler Inhalt angegriffen wurde. (3)

Im Zuge der sexuellen Liberalisierung bildete sich in den großen Städten eine bedeutende schwule und lesbische und eine kulturelle (Dadaismus, Surrealismus) Subkultur und Lebensweise heraus.

Diese Prozesse kulminierten in der Weimarer Republik. Sie waren real – aus heutiger Sicht – aber keineswegs großartige Schritte zur Befreiung der Frauen, wurden aber im Bewusstsein der damaligen männlichen Zeitgenossen als immense Bedrohung empfunden. (4) Die Arbeiterklasse, die sich 1914 als revolutionäre Kraft verabschiedet hatte (wenn sie es denn je war), erlitt 1918/19 eine erneute Niederlage und spaltete sich (obwohl sie in der Verfassung zum ersten Mal als gesellschaftliche Kraft anerkannt wurde):

KPD, eine „neue“ SPD und ein vielfältige linksradikale „Kultur“ entstanden. Die Spaltung machte die Arbeiterklasse „für sich“, handlungsunfähig: Nur in der Defensive – als „Hindernis“ für weitere, notwendige industrielle Modernisierung in einem großen Maßstab (a la USA zum Beispiel) – war sie stark. Die Spaltung war nicht nur eine „politische“, sondern auch eine kulturelle: Getrennt nach Parteizugehörigkeit existierten verschiedene Lebensuniversen innerhalb der „Arbeiterklasse“, wobei der Abgrund zwischen ihnen (zumindest „offiziell“) nur selten und momentan durchbrochen wurde. Größer noch war der Abgrund zur bürgerlichen Sphäre, zu der alle „proletarischen Kulturen“ überhaupt keine Berührungspunkte hatten. Allerdings wurden viele Momente der bürgerlichen Welt für die Unterklassen zum erstrebenswerten Ideal z. B. die „bürgerliche Familie“, die als Gegenmodell zu den „ungeregelten“ Beziehungen der Unterklassen (Kostgänger, Besuchsehen...) idealisiert wurde, um „Ausschweifungen“ zu verhindern (was im Klartext nur hieß, neu entstandene sexuelle Freiheiten der proletarischen Frauen patriarchal neu einzudämmen). In beiden proletarischen Lebensuniversen gab es keine autonome Organisation von Frauen – Frauenpolitik wurde nur insofern geduldet, als sie den von Männern definierten Zielen nicht zuwider lief – wie in der KPD. (5) Die politisch-„revolutionäre“

Landschaft war also in sich zersplittert: Es existierte eine von der KPD als „bürgerlich“ denunzierte Frauenbewegung: Es gab die SPD, die sich schon zur „Volkspartei“ mauserte und trotzdem noch eine bestimmte Form von Arbeiter-Alltagskultur unter ihrem Dach integrierte und es gab die KPD, die sich auf einen bestimmten Teil der Arbeiterklasse stützte, der ebenfalls durch eine gemeinsame Alltagsorganisation untereinander verbunden war (dazu gehörten allerdings meist nicht die Ehefrauen bzw. Freundinnen der organisierten Arbeiter und Arbeitslosen). (6) „Quer“ dazu gab es die proletarische Frauenbewegung, die sich aufgrund übereinstimmender Gesellschaftsanalyse größtenteils in den Arbeiterparteien organisierte, manchmal aber auch mit der „bürgerlichen“ Frauenbewegung zusammenarbeitete.

Die Basis der KPD war zumeist männlich, heterosexuell, weiß (nicht-jüdisch) und „antikapitalistisch“ eingestellt – und zwar „revolutionär“ eben nur in dem Sinn, dass sie ein „objektives“ Hindernis für die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals darstellte. Alle anderen – antipatriarchalen, anti-antisemitischen und antikapitalistischen – Strömungen dagegen wurden von der KPD oft als „bürgerlich“ und im schlimmsten Fall als „konterrevolutionär“ denunziert (was bald die Liquidation nahelegte...). Es gab also kaum nennenswerte

Versuche, die historisch und aktuell verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse (patriarchale, rassistische, antisemitische, ökonomische) als Facetten eines Zusammenhangs zu verstehen. Auf proletarischer Seite blieb die Unterdrückung nach Geschlecht immer ein „Nebenwiderspruch“, der sich nach der angestrebten Revolution von „selbst“ lösen sollte, sodass sich viele Frauen nicht in der KPD organisierten, da dort im Endergebnis nur ein Aspekt weiblicher Unterdrückung Thema war: Lohnarbeit von Frauen. (7)

Ebenso wenig setzte die KPD dem völkisch-antisemitischen Denken etwas entgegen – im Gegenteil. Mit Rücksicht darauf (das „Völkische“ wurde manchmal sogar gelobt) wurden jüdische Kommunisten nicht mehr ins ZK gewählt. Antisemitismus wurde nur insofern thematisiert, als er als „Antikapitalismus der Verblendeten“ verstanden und deshalb auch nicht bekämpft wurde, denn das hätte geheißen, die eigene „potenziell revolutionäre“ Basis in Frage zu stellen, in der das völkische und nationale Denken durchaus verbreitet war.

Antisemitismus wurde so auch nur als „Nebenwiderspruch“ begriffen und nicht als historisch gewachsenes, „eigenes“ Unterdrückungsverhältnis. (9)

Ähnlich eingeschränkt war die „bürgerliche“ Frauenbewegung, die sich um weiblich-ökonomische Unterdrückung gar nicht kümmerte – und wenn sie es

denn tat, dann oft nur unter einem Konzept von Fürsorge für die Armen. (10)

Die bürgerliche Gesellschaft bedrohend war allerdings nicht die Existenz einer Partei wie der KPD (im Gegenteil, die Bolschewiki wurden zum Garanten einer nachholenden Modernisierung in der UdSSR): ebenso wenig wie die Existenz anderer linker Strömungen. Hinderlich hingegen war die Existenz von „homogenen“ Teilen der Bevölkerung, die die gleichen „antikapitalistischen“, „über-individuellen Werte teilten, die einer Modernisierung (scheinbar) entgegenstanden – übrigens ebenso hinderlich wie die Existenz konservativer, reaktionärer Bevölkerungsteile, die eine Modernisierung genauso behinderten.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung waren Reflex auf die Vereinzelung der freien Lohnarbeiter-Rechtssubjekte, aber ihre „revolutionäre“ Theorie war eher nach „rückwärts“ gerichtet, da sie die Arbeiter kollektiv zu organisieren versuchte (und selbst noch die vergangene „Einheit der Klasse“ ideologisierte) – Praxis und Theorie, als Organisationsformen, waren deshalb der damaligen Zeit schon nicht mehr angepasst, da sie die Veränderungen der bürgerlichen Gesellschaft (im Gegensatz zur Frauenbewegung) kaum mitreflektierten. Da die Arbeiterklasse in der deutschen „Atmosphäre“ nicht selbst zur Trägerin der Modernisierung werden konnte wie in

der UdSSR, war sie ein objektives Hindernis für die Modernisierung, das im weiteren Prozess auf irgendeine Art und Weise „beseitigt“ werden musste. Die Frauenbewegung war Reflex auf und Bedingung für den Modernisierungsprozess: Einerseits bekämpfte sie die Auswirkungen des Prozesses, andererseits versuchte sie, die Ergebnisse für sich zu wenden, wurde so aber zu einer gesellschaftlichen Kraft, die die Modernisierung selbst mit vorantrieb, da sie nicht über die patriarchal-bürgerliche Gesellschaft hinauszudenken vermochte (trotzdem wurden die Veränderungen, die patriarchale Herrschaftsverhältnisse betrafen, von den Männern so betrachtet, als ob sie das System in Frage stellen würden (11), obwohl diese Veränderungen doch eher als Anpassung an die moderneren Verhältnisse betrachtet werden müssen). Im Zusammenhang damit muss kurz die „globale“ Situation der deutschen Gesellschaft betrachtet werden, die wiederum ein ganz spezifisches Produkt deutscher Entwicklung war: Die nachholende Entwicklung des deutschen Kapitals ohne gelungene bürgerliche Revolution, die im 1. Weltkrieg eine Niederlage erlitt, musste sich in der Weimarer Republik beschleunigen, um konkurrenz-fähig zu bleiben. Außenpolitisch wurde das durch die innerimperialistischen Konkurrenten mit Hilfe der Versailler Verträge und durch den drohenden Export der Revolution aus der UdSSR behindert.

In der Weimarer Republik – und besonders an ihrem Ende – wurde die Situation explosiv, da die Modernisierung im Rahmen der damaligen Bedingungen an ihre Grenzen stieß und die Widersprüchlichkeit der „Einzelprozesse“ krass zutage trat: einerseits krisenhafte Steigerung der Produktion mit Arbeitslosigkeit und Inflation und – auf gesellschaftlicher Ebene – Verbürgerlichung und Vereinzelung und „Transformation“ des Geschlechterverhältnisses. Andererseits die in der Defensive feste Bastion der Arbeiterbewegung, die von den Männern als systemsprengend empfundene Frauenbewegung und die imperialistische Konkurrenz. Die Widersprüchlichkeit war natürlich nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene sichtbar: ihre historischen und aktuellen Spuren steckten ebenso – als Reflex auf und Bedingung für die Widersprüchlichkeit an der gesellschaftlichen Oberfläche – tief in der Psyche jedes einzelnen Menschen.

Das drückte sich im spezifisch deutschen, völkisch-antisemitischen Denken und Bewusstsein aus, das immer weitere Teile der Gesellschaft durchdrang und bestimmte und für weite Teile der (nicht-proletarischen) Bevölkerung konstitutiv wurde. Sie steckte genauso in den Köpfen (aller!) Männer, was sich im rigorosen Frauenhass vieler Männer und in ihrer Reaktion auf die Frauenbewegung widerspiegelte – nicht nur bei den Freikorps-Soldaten und Faschos, sondern auch bei vielen Proletariern.

Nationalsozialismus und Modernisierung

Die Widersprüchlichkeit, die Hindernisse auf dem Weg der Modernisierung bzw. der weiteren Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft versuchten die Nazis mit „Rücksicht“ auf die spezifisch deutschen Bedingungen zu beseitigen: Wie bei Alexander dem Großen und dem gordischen Knoten bestand ihre Lösung in purer Gewalt. Terroristisch zerschlugen sie die proletarischen Organisationen – kulturelle wie politische – und ließen die einzelnen ArbeiterInnen so in moderner Vereinzelung zurück. (13) Ebenso zerschlugen sie die Frauenbewegung(en) und ließen „Mütter“ zurück (erst Ende der '60er Jahre war die Stellung der Frau wieder der in der Weimarer Republik vergleichbar) – nach ihrer Disziplinierung wurden die Frauen allerdings auch wieder als Arbeiterinnen gebraucht. (14) Im Endeffekt zerschlugen sie alles, was sich (organisiert) gegen die kapitalistisch-heterosexuell-familiär ausgerichtete bürgerliche Gesellschaft richtete – wobei die Nazis allerdings nur das fortführten, was schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik eingeleitet wurde, ohne auf den Widerstand aller „bedrohten“ Kollektive zu stoßen. (15)

Der sich auf ein breites völkisch-antisemitisches und frauenfeindliches Bewusstsein stützende Nazi-Terror produzierte eine „Karikatur“ einer modernen bürgerlichen Gesellschaft:

Eine durch Terror individualisierte, in der die zur bürgerlichen Vereinzelung „gehörende“ individuelle Freiheit völlig fehlte – und die diese Vereinzelung in der Rhetorik der „Volksgemeinschaft“ leugnete.

Der völkische Antisemitismus, der sich zum Völkermord steigerte, bildete den notwendigen gesellschaftlichen und individuellen Kitt für die psychische Entlastung der atomisierten Individuen, die gegenüber dem projektiven Feind ihre „Gemeinschaft“ sich einbildeten – diese Einbildung materialisierte sich in Massenritualen und in der „Volks“-Rhetorik.

Der projektive Feind waren die jüdischen Menschen, die in einer geplanten Aktion ausgelöscht wurden. Aber natürlich erforderte es die Logik eines projektiven Feindes, dass letztendlich alle, die außerhalb der selbstdefinierten „Volksgemeinschaft“ standen oder gestellt wurden, vernichtet werden sollten – Roma und Sinti, Schwule (und Lesben), „Faule“, PollInnen und RussInnen und natürlich Linke gerieten ebenfalls in großer Zahl in die für jüdische Menschen konzipierte Vernichtungsmaschinerie.

Frauen- und Arbeiterbewegung wurden nicht einfach nur zerschlagen, ihre „konservativen“ Elemente wie „Stolz auf die eigene Arbeit“ oder „weibliche Bestimmung“ wurden – mit „Zustimmung“ der Einzelindividuen – aus dem theoretischen Gesamtzusammenhang „gelöst“ und nutzbringend für die Modernisierung gewendet.

Die Tatsache, dass die revolutionären Bewegungen und die ihnen zugehörigen Individuen nicht über ihre eigenen Bedingungen hinaus denken konnten, führte so dazu, dass einige ihrer zentralen Gesichtspunkte im völkischen Bewusstsein aufgehen konnten – unter anderem wurde „Stolz auf eigene Arbeit“ zu „Arbeit macht frei“, und „weibliche Bestimmung“ wurde im Mutterkreuz sichtbar gemacht. Die revolutionären Strömungen konnten sich nicht dagegen wehren, da die völkischen Parolen der Bewusstseinslage vieler Männer und Frauen entsprachen, die vorher selbst „linken“ beziehungsweise feministischen Parolen nur nachgelaufen waren. (16) Diese archaisch-hypermoderne Nazi-Gesellschaft setzte mit dem Terror eine auf Kosten der innerimperialistischen Konkurrenten und der eigenen, abhängigen Bevölkerung (exzessive Außenverschuldung bis zur Schuldentilgung durch Krieg, absolute Ausbeutung bis zur Vernichtung durch Arbeit und „Biologisierung“ der Frauen als „Mütter“) einen industriellen Modernisierungsschub in Verbindung mit bevölkerungspolitisch-rassistischen Maßnahmen durch, der seinesgleichen sucht. (17) Oberflächlich gesehen, scheiterte die forciert-terroristische Modernisierung der Nazis am Ende des 2. Weltkrieges mit der Niederlage Nazi-Deutschlands. Allerdings könnte das nazistische System – aus heutiger Perspektive – auch so be-

trachtet werden, dass es die Grundlagen für die gelungene Nachkriegsmodernisierung bis zur Weltmacht BRD gelegt hat, ohne die nichts gegangen wäre – indem die Nazis die Voraussetzungen für eine moderne bürgerliche Gesellschaft schufen (die sich deshalb auch von anderen bürgerlichen Gesellschaften unterscheiden muss, die sich evolutionär, d. h. ohne Faschismus, entwickeln konnten).

Was heißt das für heute

Alle politisch-kulturellen „Kollektive“, die in der vornazistischen Zeit potentiell „revolutionär“ waren und zumeist unverbunden nebeneinander standen, wurden unwiderruflich zerschlagen.

Sie werden nicht wieder neu entstehen, da die inzwischen erfolgte Verbürgerlichung der Gesellschaft samt ihrer fortgeschrittenen Atomisierung der Individuen die Basis für diese „Kollektive“ zerstört hat: es gibt sie nicht mehr, die „über“-individuellen Werte, die unabhängig von persönlicher Subjektivität breite Kreise der Bevölkerung unter einem Dach vereinen könnten. Jede Beziehung ist zu einer Warenbeziehung geworden, was impliziert, dass der einzige „über“-individuelle Wert, der heutzutage Menschen objektiv einander „nahe“ bringt, der Wert selbst ist: Geld. (18)

Jeder Bezug auf die Geschichte muss die sich verändert habende Form der bürgerlichen

Gesellschaft mitdenken – muss also ein historisch-kritischer sein. Jeder kritiklose Bezug auf Vergangenes – auf z. B. die KPD oder die „alte“ Frauenbewegung – kann nur falsch sein, da die objektive und subjektive Basis einfach nicht mehr existiert. Wenn es heute um „Organisierung“ geht, kann es also nicht darum gehen, ein wie auch immer geartetes Organisationschema der KPD wie auch immer verändert zu übernehmen: Ganz abgesehen davon, dass selbst schon die Organisationsformen der KPD in ihrer Zeit nicht auf der „Höhe der Zeit“ waren, da die KPD ihre Basis – einen Teil der Arbeiterklasse und einen noch kleineren Teil, wenn er ins Verhältnis zu allen „Unterdrückten“ gesetzt wird – zum „revolutionären“ Subjekt schlechthin stilisierte. (19)

Dass die Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft ein Prozess der Individualisierung der Einzelnen ist und dass dieser Prozess „vorbürgerliche“ (patriarchale, fremdenfeindliche, religiöse...) Herrschaftsstrukturen aufnimmt und auf neuer Stufe weiter entwickelt, blieb der kommunistischen Arbeiterbewegung seit jeher verborgen (20) (ob die KPD das in ihrer Zeit erkennen konnte oder nur den objektiven Einschränkungen der bürgerlichen Gesellschaft ihrer Zeit selbst unterlag, ist eine andere Frage).

Die KPD wurde deshalb damals zu einer Bastion weißer – arbeitender und arbeitsloser

– Männer, die gegen ihren „Feind“ auf ihrem „spezifischen Terrain“ kämpften. Das reichte schon damals natürlich nicht zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft hin zur kommunistischen – und heute erst recht nicht.

Der Vorschlag der Antifa (M) aus Göttingen zur „Organisierung“ – mit Linie, Statut und Mitgliedschaft – kann so nur (positiv gesehen) romantischer Reflex auf vergangene „Einheit“ (die ideologisiert werden muss, da sie keine war), auf vergangenes „revolutionäres Bewusstsein“ sein, da die materiellen, gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Organisationsstruktur einmal scheinbar „gerechtigt“ haben mögen, heute durch die Entwicklung des spätkapitalistischen Patriarchats längst (in den Metropolen) zerschlagen worden sind.

Der Bezug auf diese Organisationsstruktur zeigt aber ebenfalls, dass sie die revolutionären Kämpfe in der Weimarer Republik außerhalb der KPD nicht sieht – und dass sie für die heutige Zeit ein entsprechend eingegrenzt Gesichtsfeld hat: der Aufruf zur „Einheit“ denunziert alle Kämpfe außerhalb des von ihr selbst gesteckten Rahmens, indem er sie nicht als etwas (notwendig von ihr) getrenntes wahrnimmt und akzeptiert. Vielleicht verkennt die autonome Antifa (M) in ihrem Vorschlag zur Organisierung selbst den Grad an Atomisierung der Individuen, der sich über die von den Nazis geschaffenen Voraussetzungen

in der deutschen Gesellschaft entwickelt hat – eine verständliche Projektion, da das Erkennen des Seins hinter dem Schein abgrundtiefe Konsequenzen bereithält:

„wir sind die tauben tierchen im glas oder die toten fliegen im bernstein- wahrscheinlich wird es kämpfe geben, die ohne ziel sein werden, denn indem das individuum seiner unendlichen einsamkeit inne wird, schleift es an den abgründen bourgeoiser trauer die waffen des eigenen grauens zu gnadenloser solidarität“

(Michael Wildenhain: Die kalte Haut der Stadt)

Die Trauer und das Grauen, die dem und der einzelnen inzwischen ständiger Wegbegleiter sind, sind erst einmal zu erkennen und in ihrer Unterschiedlichkeit festzustellen – was nicht nur ein abstrakt-theoretischer Prozess sein kann (wie ihr es vorschlagt), sondern ebenso ein „persönlicher“, in dem in jeder Alltagssituation der Versuch unternommen wird, die warenförmig-patriarchalen Beziehungen der Menschen untereinander zu überwinden und so das Grauen und die Trauer kollektiv zu bekämpfen, und in dem das Grauen und die Trauer an die abstrakte Theorie angebunden wird.

Das wird ein Prozess sein, der nicht so organisiert werden kann, wie es im Vorschlag der Antifa (M) anklingt, da er unmöglich „vereinheitlicht“ werden kann. Denn der Widerspruch zwischen Theorie und

Alltag, zwischen theoretischer Orientierungslosigkeit und Alltagsgrauen, ist nur – in der dialektischen Aufhebung der Dichotomie persönlich/abstrakt – zu verstehen und vielleicht „revolutionär wendbar“ – ohne Linie.

Ein Organisationsvorschlag, der objektive Herrschaftsstrukturen untereinander nicht wahrnimmt und so „Differenzen“ untereinander gar nicht erkennen kann, leugnet das individuell, nach Geschlecht, nach Hautfarbe, nach sexueller Ausrichtung und nach Abweichung von der gesellschaftlich bestimmten „Normalität“ je verschiedene Grauen.

Er schiebt das Grauen und die Trauer ins „privat-persönliche“ ab, obwohl genau durch diese Abschiebung die patriarchale bürgerliche Gesellschaft mit konstituiert wird. So wird eine Organisation nie Kämpfe bündeln oder Ziellosigkeit überwinden können, denn der Grund für die Ziellosigkeit kann gar nicht verstanden werden, da er dem Ziel der Organisation widerspricht: Es gibt inzwischen so viele Ziele wie atomisierte Individuen.

Es muss hinter die Projektion geschaut werden: Die Organisation ist nicht dadurch wertvoll, dass sie da ist – nichts anderes bedeutet die propagierte Unterwerfung unter eine „Linie“ und „Statuten“. So eine Organisation mit Linie wäre nur bewusster Reflex auf die Vereinzelung, da sie die Vereinzelung in einer tendenziell entindividualisierten „Organisation“ aufheben will:

BEZAHLT
WIRD
NICHT!



DEUTSCH
HALT'S MA
ES REICH

ein Reflex, der die Geschichte zurückdrehen will.

Han Solo

1 K. v. Soden, M. Schmidt: Neue Frauen, Elefantentpress, Berlin 1991, S.25

2 L. Barrow u. a.: Nichts als Unterdrückung, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991, S.143ff.

3 A. Kuhn u. a.: Frauenkörper, Medizin, Sexualität, Schwann, Düsseldorf 1986, S.159-286; G. Mosse: Nationalismus und Sexualität, Rowohlt, Reinbek 1987

4 K. Theweleit: Männerphantasien Band 1&2, Rowohlt, Reinbek 1982; W.F. Haug: Faschisierung des Subjekts, Das Argument 80, 1987, S.126-142

5 S. Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann, Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt 1979

6 Siehe (3) und Radikal 139, S.98 und 138/2, S.7

7 Siehe (5)

8 Konkret 1/91, S.44 und G. Mosse: German Socialists and the Jewish Question in Weimar Republic, Year Book of the Leo Baeck Institute 1971

9 T. W. Adorno/M. Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, Fischer, Frankfurt 1989, S.177 (Neuaufgabe)

10 R. Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Eichborn, Frankfurt 1991

11 H. Berl: Die Männerbewegung, Kairos Verlag, Karlsruhe 1931

12 G. Mosse: Die völkische Revolution, Athäneum, Frankfurt 1991

13 D. Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Bund-Verlag, Frankfurt 1982

14 Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 29, Köln 1991, S.67

15 F. Neumann: Behemoth, Fischer, Frankfurt 1988 (Neuaufgabe)

16 R. Rothermund: Verkehrte Utopien, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1980, S.14-93

17 Das fünfhundertjährige Reich, Medico 1990, S.90-111 und Autonomie Nr.14, S. 246

18 Krisis 11, 1991, S. 162

19 K. H. Roth: Die andere Arbeiterbewegung, Trikont, München, 1977, S. 55-81

20 C. v. Werlhof, V. Bennhold-Thomson, M. Mies: Frauen, die letzte Kolonie, Rowohlt, Reinbek, 1988, S. 142

Autonome Studis Bolschewik

Einleitung

Es ist etwas schwierig, unsere Kritik, die wir an der real existierenden autonomen Bewegung haben, in einem kurzen Referat zusammenzufassen. Wer unsere Textsammlung gelesen hat, wird festgestellt haben, dass die Texte nur sehr schwer miteinander diskutiert werden können. Die Kritik, wie wir sie an der Autonomie (Neue Folge) geübt haben, hat z. B. wenig zu tun mit der Kritik autonomer Bündnispolitik. Wir hatten ungemeine Schwierigkeiten, autonome Theorie und autonome Praxis so zu kritisieren, dass es sich um ein und dieselbe Kritik handelt,

dass die Fehler der Theorie auf die der Praxis verweisen und umgekehrt.

Diese Schwierigkeiten, die autonome Bewegung in ihrer Einheit von Theorie und Praxis zu kritisieren, haben allerdings ihren Grund nicht nur in unserer subjektiven Unfähigkeit. Die Trennung von Theorie und Praxis ist eine Realität innerhalb der autonomen Bewegung. Wer letztes Jahr auf den Bremer Internationalismustagen war, konnte die völlige Trennung von Theorie und Praxis – oder besser die von TheoretikerInnen und PraktikerInnen bis ins Groteske gesteigert erleben. Veranstaltet wurden

die Tage von Leuten aus dem Umfeld der Autonomie bzw. der Materialien für einen neuen Antiimperialismus.

Die TheoretikerInnen hatten gerufen und die Bewegung war gekommen: Die einen hielten ellenlange Referate, die anderen hörten mehr oder minder geduldig und schweigend zu. Die Ausführungen etwa über die Entstehung und Organisation der IWF-Riots in Brasilien riss keinen der Zuhörenden vom Hocker. Und manchem wird wohl mehr als einmal die Frage durch den Kopf geschossen sein: „Was soll der Scheiß?“ Natürlich, die gern zitierte Behauptung,

ohne revolutionäre Theorie gäbe es keine revolutionäre Praxis, schwirrte wohl den meisten Zuhörenden durch die Birne und mahnte zur Geduld mit den ReferentInnen. Doch wie die Ausführungen der Theoriecracks den praktischen Kampf voranbringen sollten, konnte sich niemand so recht vorstellen.

Und tatsächlich, als es dann endlich um die Frage ging: „Was machen wir eigentlich im September in Berlin?“ – da konnten die TheoretikerInnen nur hilflos die Schultern zucken und hoffen, dass den Praktik-erInnen etwas einfällt und dass diese die Sache ordentlich vorbereiten würden. Unbefriedigend war das natürlich für beide Seiten – genauso unbefriedigend wie in unserer Broschüre die Trennung der Kritik der autonomen Theorie auf der einen und der autonomen Praxis auf der anderen Seite ist. Wir wollen versuchen, in dieser Veranstaltung die Kluft zu überbrücken.

Es geht hier also um den Versuch zu klären, auf welche Weise in der autonomen Bewegung Theorie und Praxis vermittelt sind.

Gerade in dieser Weise der Vermittlung, so unsere These, über die nachher diskutiert werden soll, liegt das große Problem der Autonomen.

Und nicht nur der Autonomen, weil hierin überhaupt das Dilemma revolutionären Handelns in den imperialistischen Metropolen beim augenblicklichen Stand der Klassenkämpfe liegt.

Theoria vulga autonoma **- die gemeine autonome Theorie**

Gehen wir von der bekannten Erscheinung des bzw. der Durchschnittsautonomen aus. Natürlich, eineN derartigeN DurchschnittsautonomeN gibt es nicht: Und alles, was man über ihn bzw. sie aussagt, kommt schnell in den Ruf, Karikatur und wüste Polemik zu sein.

Und in der Diskussion wird dann dieses oder jenes Gegenbeispiel erwähnt, bei dem natürlich alles ganz anders ist. Trotzdem: Ohne Verallgemeinerungen, die sicherlich den durch sie charakterisierten Menschen Unrecht tun, ohne derartige Verallgemeinerungen kann nicht vernünftig diskutiert werden: Sonst artet nämlich jede Diskussion in ein reines Anekdotenerzählen aus. Und derartiges Anekdotenerzählen ist durchaus charakteristisch für Diskussionen in der autonomen Bewegung: Dem wollen wir hiermit gleich einen Riegel vorschieben.

Deshalb: Wenn wir also im Folgenden die Vorstellungen und die Praxis autonomer KämpferInnen darstellen, dann mag das zum Teil überspitzt erscheinen, aber in dieser Überspitzung drückt sich eine Wahrheit aus, die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann.

In der Kritik an der autonomen Bewegung wird viel über die Theorielosigkeit der Bewegung gejamert. Doch wenn mensch

eine Kritik an der autonomen Bewegung auf diese Art und Weise anfängt, ist die Falle schon zugeschnappt, die durch das spezifische Verhältnis von Theorie und Praxis aufgestellt ist.

Unser Vorwurf ist es nicht, dass die autonome Bewegung theorie-los sei – im Gegenteil.

Es gibt vielmehr eine ziemlich klar umrissene autonome Theorie, deren großer Fehler es ist, gar nicht so explizit als Theorie bewusst zu sein und die deshalb so unendlich schwer zu kritisieren ist. Was meinen wir damit? Keineswegs meinen wir damit die verschiedenen theoretischen Versuche, wie sie etwa von der Wildcat oder der Autonomie hervorgebracht wurden. Sondern damit meinen wir das ganz normale autonome Durchschnittsbewusstsein, das selbst eine Form der Theorie ist. Obwohl dieses autonome Durchschnittsbewusstsein selten als Theorie der Gesellschaft verstanden wird, ist es doch eine klar umrissene Theorie der Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf der Welt. Wenn wir also das autonome Durchschnittsbewusstsein kritisieren, dann nicht, weil die Autonomen nicht ernstzunehmen sind. Im Gegenteil versuchen wir, das Bewusstsein der Autonomen als Gesellschaftstheorie ernstzunehmen. Und zwar als Gesellschaftstheorie, die zu einer bestimmten Praxis führt. Deshalb stellen wir die Frage nicht wie üblich auf die falsche Art und Weise, nämlich so: Welche Theorie?

Welche Praxis? Und klar, wie hängen sie zusammen? Fragen wir also nach der autonomen Durchschnittstheorie. Klar ist einmal, dass auf der Welt nicht alles so ist, wie es sein sollte: Armut, Hunger, Elend, Kriege und Bürgerkriege... und uns geht es auch schon ganz schlecht. Die Feststellung dieser Tatsache wird wohl auch jedeR BundesbürgerIn teilen.

Was die revolutionären Kämpferin nun von Otto Müller unterscheidet ist das Faktum, dass sie diese nicht als Naturtatsache hinnimmt, nicht wie der Durchschnittsspießer mit einem Achselzucken sagt:

„Das war schon immer so, das wird auch immer so sein, und machen kann man eh nix.“ Sie hält daran fest, dass es auch anders sein könnte, dass die Menschen auch vernünftig, friedlich und glücklich miteinander leben könnten, wenn... Ja, wenn... An diesem Punkt muss nun die Gretchenfrage revolutionärer Theorie gestellt werden: Wenn es anders sein könnte, dann muss irgendjemand daran Schuld sein, dass es nicht so ist: Und die Frage ist nun: Wer? Und hier wird es kompliziert. Lassen wir zunächst einmal die dumpfste Variante weg, die paranoide Verschwörungstheorie der Antiimps, bei der das ganze Unglück der Welt das Resultat einer heimtückischen Verschwörung von trilateraler Kommission, dem US-Imperialismus, der sozialistischen Internationale, dem Zionismus und weiß

der Geier noch wem ist. Wenn man derart kindliche Weltbilder aber einmal weg lässt, dann wird es schwierig:

Natürlich, schuldig sind Staat und Kapital.

Aber das hilft auch nicht weiter: Wer sind Staat und Kapital?

Wenn diese abstrakten Begriffe gefüllt werden sollen, aus leeren Worten konkrete Gegner aus Fleisch und Blut werden sollen, dann bietet sich einer natürlich ganz besonders an:

DER BULLE. Der Bulle ist der Feind Nr.1 aller Autonomen: An ihm ist der Staat handgreiflich und in Person sichtbar: Und wenn vor einem die Schweinevisagen auftauchen, die Knüppel greifen, dann weiß jedeR, wo die Front verläuft, nämlich zwischen uns und denen.

Damit hat sich die autonome Staatstheorie im Wesentlichen erschöpft: Der Staat ist nackte Gewalt, Repression, Faschismus, Punkt. Großartig differenziert muss hier nicht mehr werden: „Deutsche Polizisten: Mörder und Faschisten“, „SS, SA, SEK“. Staat, Bullen, Faschismus, Repression: Alles verschwimmt in einem undurchdringlichen Brei, in dem die Klopperei mit den Bullen auf einmal zur heroischen Tat, zum Angriff auf den Staat als solchen, zur revolutionären „Praxis“ wird. Natürlich, ganz so plump ist das Weltbild der meisten Autonomen nicht, auch wenn mensch gelegentlich den Eindruck bekommt. Dass der Staat kein reiner Selbstzweck ist, das ist irgendwie bekannt. Der Staat, das ist klar, ist zum Schutz des Kapitals da.

Wobei sich natürlich die Frage stellt, was denn das Kapital ist. Natürlich, nun ist es nicht mehr ganz so einfach auszumachen, wie es beim Staat war. Das Kapital, das sind irgendwie die großen Banken und Konzerne. Und das Gemeine an diesen ist, dass sie die Menschen ausbeuten, auf der ganzen Welt. Und weil sich niemand gern ausbeuten lässt, braucht das Kapital den Staat, um die Ausgebeuteten zu unterdrücken. Sonst würden die dem Kapital nämlich ruckzuck den Garaus machen. Wie das mit der Ausbeutung nun genau funktioniert, das ist nicht näher bekannt: Aber genaueres braucht mensch auch nicht zu wissen: Denn die Sache selbst ist ja ganz deutlich zu sehen: Im Trikont krepieren die Menschen wie die Fliegen, hier müssen sie von Sozialhilfe leben, während die Konzerne und Banken das große Geld scheffeln. Das Faktum der Ausbeutung ist also völlig offensichtlich.

Wie aber kann diese brillante theoretische Einsicht in die revolutionäre Praxis umgesetzt werden? Banken und Konzerne haben Bürohäuser, Geschäftsstellen, Verkaufsräume etc. Und diese haben Schaufenster oder zumindest Fassaden. Erstere kann mensch eindeppern, letztere mit Farbeiern verzieren. Außerdem soll auch schon der eine oder andere Molli sein Ziel gefunden haben und auch Feuerlöscher mit Unkraut-Ex und Puderzucker erzielen nicht zu vernachlässigende Wirkungen.

Was das alles an der Tatsache ändern soll, dass die Konzerne und Banken weltweit Menschen ausbeuten, ist nicht ganz klar, aber auf jeden Fall ist das was Praktisches und kein abstraktes theoretisches Rumlabern. Und, nebenbei bemerkt, wenn die Bullen bei einer Demo die Fassade der Deutschen Bank schützen, dann wird das faschistische Komplott von Staat und Kapital ganz deutlich. Selbst wenn wir die Ironie weglassen: Darauf reduziert sich im Großen und Ganzen die autonome Theorie. Was noch fehlt, ist das Patriarchat, aber darüber weiß nun wirklich niemand überhaupt nichts Genaueres mehr. Der Rest sind technische Details und Gruppendynamik. Zunächst zu den technischen Details, die den größten Teil autonomer Diskussion ausmachen. Diese sind einziges Hü und Hott: Mit den ReformistInnen oder gegen die ReformistInnen, mit Vermummung – ohne Vermummung, geht mensch zur Demo oder nicht. Bewertungskriterien für diese Fragen sind die revolutionäre Moral und Entschlossenheit. Tatsächlich taktische Kriterien können für die einzelnen Entscheidungen nicht angegeben werden. Nicht in Bezug auf die zu erzielenden Zwecke werden Entscheidungen getroffen, sondern in Bezug darauf, welche der Alternativen „gerechter“ erscheint. Das Verhältnis zwischen dem Einsatz und dem Ergebnis spielt aus diesem Grunde in den allersehrsten Fällen eine Rolle,

was derartige Diskussionen auch so unsäglich langweilig macht: Über bloße Meinungen und moralinsaures Gedöns lässt sich letztlich schlecht diskutieren: Derartig sinnloses Geschwätz kann mensch nur über sich ergehen lassen. Interessanter sind die gruppendynamischen Effekte. Gehen wir deshalb noch einmal zur Staats- und Kapitaltheorie zurück. Die Frage, die sich dabei natürlich stellt, ist die: Warum lassen die Ausgebeuteten sich das gefallen, dass sie ausgebeutet werden? Die Antwort ist, wie oben schon gesagt, dass die staatliche Gewalt Menschen zurückhält, indem sie sie einschüchtern. Und die, die sich nicht einschüchtern lassen, werden mit gnadenloser Repression überzogen. Natürlich weiß jedeR insgeheim, dass sich die Passivität der Masse der Bevölkerung so nicht erklären lässt. Aber wie lässt sich dann erklären, dass die meisten Menschen sich alles gefallen lassen? Die Antwort, die bestenfalls auf diese Frage kommt, ist die: Die Menschen sind manipuliert und korrumpiert durch die Medien und durch Konsum. Diese Antwort schlägt selbst wieder in den Gruppenprozess der meisten autonomen Gruppen zurück. Früher oder später kommt den Einzelnen der Verdacht, sie selbst könnten auch schon manipuliert und korrumpiert sein. Und darin taucht in autonomen Gruppen ein merkwürdiger, beinahe puritanisch zu nennender Asketismus

auf, die große Verweigerung gegenüber der Welt und die gnadenlose Identifikation mit der eigenen Gruppe. Früher oder später fühlt mensch sich auf allen Seiten umstellt von Feinden, die hinterhältig versuchen, jedes bisschen Identität, das mensch sich im Kampf erworben hat, kaputt zu machen. Ganz besonders hinterhältig treiben es dabei andere Linke, die Kritik üben. Und irgendwann geht die Abschottung vor der Realität dann soweit, dass sie wahnhaft umschlägt in eine gewisse Art von Bewusstseinspaltung. Laufend wird hin und her geschwankt zwischen zwei völlig entgegengesetzten Interpretationen der Welt. Einmal erscheint das Jenseits des Szeneghetts als ein großes Heerlager von Feinden, die eineN „umdrehen“ wollen, einer/m die revolutionäre Identität kaputt machen wollen. Dann wiederum wird sie interpretiert als brodelnde, kochende Masse, die kurz vor der Explosion, dem endgültigem revolutionärem Umsturz steht. Der andere, mit großer Regelmäßigkeit auftretende gruppendynamische Effekt ist die sogenannte Patriarchatsdiskussion. Es geht uns nicht darum, zu leugnen, dass es das Patriarchat gibt, dass die geschlechtsspezifische Unterdrückung bis in den Gruppenprozess autonomer Gruppen hineinreicht und dass dies ein wichtiger Diskussionspunkt ist und weiter auch sein muss. Aber: In autonomen

Zirkeln wird im Grunde gar nicht inhaltlich über die Frage diskutiert. Vielmehr bleibt die Diskussion im Wesentlichen rein formal. Als Beispiel können wieder die Bremer Internationalismustage vom letzten Jahr dienen. Bei fast keinem Referat der VeranstalterInnen kam es zu einer Diskussion. Erst als die Patriarchatsfrage aufs Tapet kam – oder besser, weil sie trotz Ankündigung nicht behandelt wurde – kam es zum Eklat. Ruckzuck spalteten sich die Anwesenden in ein Männer- und ein Frauenplenum. Doch anstatt in diesen dann über die Relevanz der Frage des Patriarchats für den revolutionären Prozess zu diskutieren, kam es zum berühmt-berüchtigtem autonomen Anekdotenerzählen, bei dem die Redebeiträge sich nur so überstürzten. Die Frage des Patriarchats verkam damals und verkommt bei fast allen derartigen Situationen zum Diskussionsersatz.

Rein empirisch werden patriarchale Verhaltensweisen in autonomen Gruppen aufgezeigt. Statt dass mensch nun tatsächlich darüber diskutiert, wird das Ganze auf das Niveau individueller Moral heruntergebracht. Im besten Fall endet das dann bei Schuldzuweisungen bzw. Schuldbekennnissen und gegenseitigen Versprechen, dass jetzt alles besser gemacht werden soll. In den anderen Fällen kommt es zu dauerhaften Spaltungen, die zumeist endgültig sind, da sie nicht Resultat tatsächlicher

inhaltlicher Differenzen sind, sondern an Umgangsformen festgemacht werden. Nun ist die Diskussion über Umgangsformen in politischen Gruppen durchaus nötig. Aber wenn durch sie jede strategische oder taktische Diskussion verdrängt wird, eben weil eine absolute Unfähigkeit vorherrscht, über derartige Fragen zu diskutieren, dann wird die politische Diskussion zum Surrogat, die autonome Gruppe zur linksradikalen Variante der Encountergruppen, bei denen es nur noch darum geht, sich der eigenen Identität zu versichern.

Die Autonomen und der Staat

„Der Staat in seinen spezifischen Ausformungen wurzelt in den materiellen Lebensverhältnissen der Gesellschaft, in dem Verhältnis der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten.“ (MEW 25, S. 799ff.)

Die spezifische Form, in der das Kapital die Mehrheit der Lohnarbeiter zwingt, bestimmt die politische Form des bürgerlichen Staates. Die „normale“ Mehrwerterschaffung bedarf stets einer außerökonomischen Zwangsgewalt des bürgerlichen Staates. Diese Zwangsgewalt äußert sich jedoch unterschiedlich innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zum einen, zum anderen zwischen imperialistischen, halbkolonialen und kolonialen Ländern.

Entscheidend für die bürgerliche Herrschaftsform ist das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen sozialen Komponenten. Das Problem, das sich im Verhältnis der Autonomen zum bürgerlichen Staat auftut (von einer Staatstheorie kann selbst bei wohlwollendster Würdigung keine Rede sein), ist vor allem das der mangelnden Differenzierung.

Der Staat wird nie als Ausdruck des Kapitalverhältnisses betrachtet, sondern Staat und Kapital sind eins (vgl. D. Hartmann in *Autonomie Neue Folge* 14). Dabei wird, um einen geschichtlichen Bezug herzustellen, als historisches Datum dieser Verschmelzung der NS-Faschismus bestimmt. Alles, was danach oder gleichzeitig war, wird von einer einzigen weltweiten Kapitalstrategie hergeleitet. Seit Beginn der bürgerlichen Herrschaft gibt es zwar eine Entwicklung hin zum Monopolkapitalismus, es wurde jedoch nie geschafft und ist – trotz Europa '92 – bisher auch nicht beabsichtigt worden, die Nationalstaaten gänzlich aufzuheben.

Es war richtig, dass sich seit der Krise 1929 die kapitalistische Gesellschaftsstruktur entscheidend verändert hat und die Strukturen der US-amerikanischen Gesellschaft der Jahre 1932–40 Vorbild für das fordistische Europa wurden, aber genau das beweist eher die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als erweiterte und verallgemeinerte Erfahrung des Faschismus.

Der Nachkriegskapitalismus zeichnet sich durch eine wachsende Intervention der Staatsgewalt im Wirtschaftsleben aus und kann durchaus als modifizierte Fortsetzung des New Deals betrachtet werden: Dies bedeutet aber noch nicht die Einheit von Staat und Kapital!

Diese Intervention des Staates hatte lange Zeit einen antizyklischen Charakter und integrierte dadurch die ArbeiterInnenklasse: Ihr Akkumulationsmodell bedurfte einfach keines Faschismus, um die Mehrwertrate stetig zu erhöhen. Autonome sehen weder unterschiedliche Herrschaftsformen der Bourgeoisie, noch unterschiedliche Kapitalfraktionen (z. B. die unterschiedliche Nicaragua-Politik von Reagan und Mitterand). Obwohl es natürlich richtig ist, den Imperialismus und die Weltwirtschaft als weltweite, übergreifende Systeme zu begreifen, gibt es Widersprüche, die zum einen für das Verständnis dessen, was in der Welt passiert wichtig sind, zum anderen für die Kampfbedingungen eines vielleicht irgendwann mal wieder revolutionären Subjekts entscheidend werden. Ein Staat, der sich als bürgerliche Demokratie versteht, gibt RevolutionärInnen die vorübergehende Möglichkeit, ihre Ideen öffentlich zu machen und garantiert teilweise eine relative Versammlungsfreiheit, ein Demo- und Streikrecht etc., während die Illegalität ganz andere Bedingungen schafft.

Während des New Deal gab es militante Massenstreiks und revolutionäre Propaganda kleiner Splittergruppen; im Faschismus werden alle demokratischen Organe zerstört. Um diesem Dilemma auszuweichen, reden Autonome (oder Teile davon, aber wer will in Zeiten des Abschaffens der Bewegung noch Autonome sein?) von einer Faschisierung des Staates, ohne Faschismus überhaupt definieren zu können. Einem vernünftigen Gedanken noch fremder gegenüberstehende (und vermeintlich „radikalere“) Einschätzungen kolportieren auch, der Staat (bzw. alle Staaten) sei immer schon faschistisch gewesen: immer, überall und mit allen Waffen...

Auch wenn angesichts der Vernichtungsphantasien der Repräsentanten des bürgerlichen Staates seinen Feinden gegenüber diese Vorstellung verständlich ist, so wird sie dadurch aber auch nicht wahrer. Im Gegenteil, um die diffus-anarchische „Staat = Faschismus-Theorie“ mit der eigenen Lebenslüge vom militanten Freiraum-Widerstand kompatibel zu machen, wird eben noch die Phrase der Freunde des bewaffneten Kampfes hinzugefügt, mensch müsse „die faschistische Fratze des Systems freibomben“. Um der hierbei entstehenden Inflation des Begriffes „Faschismus“ und der eigenen widersprüchlichen Wahrnehmungen gerecht zu werden, sollte dieses geniale Denksystem vielleicht noch um Kategorien „ganz

böser Faschismus“ (Auschwitz), „etwas besserer Faschismus“ (Südafrika, Israel, BRD), bzw. „guter oder zu vernachlässigender Faschismus“ (bürokratische Arbeiterstaaten) erweitert werden.

Und als umfassende subjektiv-moralische Kategorie schlagen wir folgende Definition vor: Faschismus ist immer dann, wenn eine ungerechte Sauererei passiert. Das ist dann ein klares Weltbild ohne Wenn und Aber, lässt sich beliebig ausdehnen (z. B. Ökofaschist, Sanierungsfaschist etc.) und kein Schwein mehr entweicht den enggeknüpften Maschen messerscharfer autonomer Analyse. Doch genug der Polemik.

Faschismus in der autonomen Terminologie jedenfalls symbolisiert reale Repression, Bullen, Stammheim. Kaputtsanierung (autonome Wandparole '88): eigentlich Phänomen eines durchschnittlichen bürgerlichen Staates – für den Autonomen der Staat schlechthin. „Der Staat“ oder „das System“ wird zum Feindbild überhaupt.

Da unsere autonomen GenossInnen ja selten in irgendwelchen sozialen Milieus verankert sind (außer im eigenen Ghetto) und sich in den so rar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen kein so eindeutiges Feindbild abzeichnen will(?), wird der mieseste, kleinste Scherge jeder Herrschaftsform für alles verantwortlich gemacht: der Bulle.

Die Phrase vom „Bullensat“ oder auch „Schweinesystem“

ist jenseits jeder Klassenanalyse und hat dieselbe bisher auch derb zu vereinfachen versucht. Der Staat wird zum Mythos, zum einzigen omnipotenten Feind der alles beherrscht, den es jederzeit frontal zu bekämpfen gilt und der nun (wie hinterhältig!) durch

seine niedrigsten Schergen sicht- und greifbar wird. Die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht begriffen werden ohne ihren sozialen Inhalt. Der Staat wird nur aus einem Prinzip der Repression abgeleitet, nicht aus

den Produktionsverhältnissen. Aber die bürgerliche Gesellschaft kann nur über das Kapitalverhältnis verstanden, bekämpft und überwunden werden!

**L'ANTIFASCISME C'EST BIEN
LA REVOLUTION C'EST MIEUX**

Soziale Revolution gegen Großdeutschland

Der folgende Aufsatz soll die grundsätzliche Kritik an der geplanten Anti-Weltwirtschaftsgipfelkampagne 1992 der autonomen und antiimperialistischen Linken verdeutlichen, indem er zu einer Analyse und Aufarbeitung der Metropolenrealität von unten orientiert.

Deswegen ist dieser Diskussionsbeitrag nicht nur an die an der WWG-Kampagne Interessierten gerichtet, sondern schlägt eine Diskussion über die Perspektiven revolutionärer Politik in der BRD vor, die nicht an eine einmalige Mobilisierung gebunden ist, die daran Beteiligten aber einbezieht.

Der Text setzt beim Stand der in den Autonomen als Krisenlösung betrachteten Organisationsdebatte an, um diese Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen. Diesem hohen Anspruch wird dieses Papier sicher nicht gerecht: Aber es soll Ansatzpunkte für eine zukünftige, kollektive Diskussion liefern.

Die Organisationsdebatte und ihre Krise

Die Organisationsfrage innerhalb der autonomen Linken bewegt

sich in einem typischen linksradikalen Dilemma: Die Autonomen kritisieren und lehnen die sozialdemokratische Organisierung ab (d. h. Massen/Mitgliedsparterie oder „revolutionäres“ bzw. Klassenbewusstsein wird auf Mitgliedschaft und quantitative AnhängerInnenenschaft mechanisch reduziert), wenden sich gegen leninistische Avantgarde-Modelle/institutionalisierte Führung (d. h. Partei als unabhängig fixierte Wahrheitsinstanz, Führungspartei, in der die Basis nur eine Funktion ist) und landet dann manchmal vage bei einer theoretischen Verständigung von Zirkeln (z. B. die radikale Passivität der Autonomen Studies Freiburg, deren Ausweg bloßer theoretischer Arbeit von Zirkeln fatal an die Situation von Linksradikalen in der Weimar Republik – KAPD.AAUD – erinnert). Alles in allem ist die Kritik praktisch nicht wirklich treffend: Die Sympathie innerhalb der autonomen Linken für die PDS hält sich in Grenzen, und der altbackene Stalinismus zum Beispiel von „Radikal brechen“ hat kaum Resonanz.

Diesen Organisationen formal ein Räte-Modell entgegenzustellen (wie es AnarchistInnen tun) würde die Organisationsfrage auf einen ideengeschichtlichen Streit abheben, einer für alle Zukunft bereits gefundenen Wahrheit die Geschichte beendet. „Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr“ (Karl Marx, Das Elend der Philosophie), oder wie es ein Genosse in der alten Radikal über AnarchistInnen formulierte: „dort stehen geblieben, wo es in der Geschichte am schönsten war“ (was nicht nur ihr Fehler ist!). „Die Organisationsfrage“ stellt sich also anders, ist eine andere: Nicht um ein neues Schema zu erfinden, sondern sie muss ihre Substanz beweisen, indem sie die Frage als Frage der praktischen Politik stellt, zur Klärung auf dem Boden der praktischen Politik zwingt.

Dann erweist sie sich nicht als abstrakt prinzipielle, sondern als praktische Kritik an der Organisierung der autonomen Linken, wenn ihr Ziel die erneute Offensive der „sozialen Revolution“ ist.

Modell Deutschland gegen Massenautonomie

Um eine Ausgangslage für die Analyse der heutigen Situation zu erlangen, um eine geschichtslose Dynamik von „Bewegungsstürmen“ und -flauten zu verlassen, sollen die gesellschaftlichen Veränderungen entziffert werden, die den behaupteten Boden der defensive der „sozialen Revolution“ bereit haben.

Zum Ausgangspunkt wurde Karl-Heinz Roths „Modell Deutschland gegen Massenautonomie“, gehalten in Mailand im November 1977, gewählt, nicht weil dieser Text politisch ohne jeden Fehler und Widerspruch ist, sondern weil er übergreifend die Situation in der BRD bis 1977 darlegen will. K.-H. Roths Redebeitrag entstand unter dem Eindruck vom „Deutschen Herbst 1977“ (Schleyer-Entführung, Mogadischu, Morde in Stammheim), der von Linksradikalen als Teil der Konzeption eines abgestuften Vernichtungsansatzes gegen sie empfunden wurde. Im ersten Abschnitt schilderte er die Ereignisse seit Juli/August 1977: die Niederschlagung des Hungerstreiks der Gefangenen um Rückgängigmachung der Haftverschärfungen, und das „langsame Sterben“ in den Knästen: eine Herausforderung für das gesamte Spektrum der Massenbewegung.

Die Handlungsunfähigkeit der linken und autonomen Basisinitiativen führte zum Alleingang der bewaffneten Gruppen. „Ihre

Niederlage war angesichts der Über-Terroristen des kleinen Krisenstabs von vornherein abzusehen. Erstmals wurde der bewaffnete Existentialismus über den Punkt hinaus getrieben, wo er seine Gewalt direkt gegen die Massen kehrte. Die aus Verzweiflung geborene statistische Geiselnahme wurde vom Krisenstab in ein Scharnier der Angst verwandelt, das einen breiten Konsens mit der neuesten Phase des ‚Modell Deutschland‘ herbeiführte.“

Die Bestialität des sozialdemokratischen Machtstaats des Kapitals verfügte über eine neue Moral, K.-H. Roth bezeichnete die Konsolidierung des kleinen Krisenstabs als inneren Staatsstreich:

„Er (der innere Staatsstreich) war von der Provokation einer neuen Welle der Verzweiflung ausgegangen. Er hatte das Verlöschen seiner seit Jahren gefangengehaltenen Geiseln beschleunigt, um den Prozess der existentialistischen Verselbstständigung revolutionärer Gegengewalt zu sichern und als Vehikel seines eigenen Über-Terrorismus aufrechtzuerhalten. Das erste Nahziel, auf das sich die Allparteienkoalition einigte, war die Vernichtung der RAF- Gefangenen.“

K.-H. Roth spitzt das Ziel des inneren Staatsstreiches zu:

„Der Endlösung gegenüber den RAF- Gefangenen entspricht die geplante soziale Ghettoisierung der gesamten autonomen Massenbewegung (die von K.-H. Roth genutzten Begriffe Massenautonomie bzw. autonome

Massenbewegung entsprechen nicht der heute geläufigen Selbstbezeichnung Autonome, autonome Szene/autonomes Spektrum) in Westdeutschland.“ Die herrschende Macht hat alle ihre Strukturen, Institutionen und Medien darauf festgelegt, die erstmals durch die Flugzeugentführung kollektivierbar gewordene Angst vor dem bewaffneten Existentialismus zu konkretisieren und gegen das breite Geflecht der autonomen Basisbewegungen umzuleiten...

Bis Stammheim-Mogadischu war der kapitalistische Machtstaat außerstande, Interventionspunkte gegen diese, dem „Modell Deutschland“ absolut gegenläufige Tendenz ausfindig zu machen... Er ernannte sie zum Vorfeld der Mogadischu-Akteure, zum Sumpf, der auszutrocknen sei. Der Staat betrachtete zum ersten Mal den Bruch, den die Basisinitiativen vollzogen haben, indem sie sich den mörderischen Arbeitsrhythmen entziehen, die Kernfamilien durch Wohngemeinschaften ersetzen. Disziplinargewalt, Zeugnisse und soziale Integration verweigern, von sich aus als unheilbar. Da das Geflecht der autonomen Gruppen undurchdringlich geworden ist und sich nicht mehr von innen heraus spaltbar darstellt, wird es nur noch von außen eingekreist. Gegen die Zersetzung des Machtstaates wurde eine Barriere der projizierten Ängste entgegengesetzt, die sich im Bild des terroristischen

Untermenschen verdichten. Parallel dazu lief die Praxis der Verpolizeilichung des Isolationsprozesses, dessen Funktion die Angstbesetzung der Aggregationspunkte der Bewegung durch Polizeiüberfälle (auf Jugendzentren, Wohngemeinschaften, regionale Zeitungen), die Verfügbarmachung der Subjekte für alle Arten des Zugriffes, indem sie zu isolierten Bezugspunkten, Daten für die Polizeicomputer werden, ist. Im zweiten Abschnitt versucht K.-H. Roth nachzuweisen, dass die autonomen Basisbewegungen seit 1974/75 imstande gewesen wären, „innerhalb des Krisenstaates mit seiner Politik der Philipskurve ein selbstorganisiertes Geflecht zu stabilisieren, das das Modell Deutschland unterwuchert und zersetzt“, charakterisiert durch ein merkwürdiges Wechselverhältnis von Verweigerungen und positiven Alternativen. Als Ausgangslage der von ihm als „Ausweichen vor einem System potentieller Gewalt“ bezeichneten Situation ist für ihn die zentrale Erfahrung aller sozialrevolutionären Gruppen seit 1973/74 der „bedingungslosen Kriminalisierung des direkten Konfliktes“, gegen die sich alle traditionellen Taktiken und Strategien der Linken als aussichtslos erwiesen hätten.

Er bezeichnet die Überwachung als „eine zentrale Antwort des Krisenstaates auf die Bereitschaft größerer Minderheiten der Klasse, in den Betrieben ohne institutionelle Vermittlung

zu kämpfen, und sich in der Gesellschaft den sozialen Reichtum anzueignen.“

Die Überwachung mittels Personaldateisystemen, Überwachungsanlagen in Betrieben, Universitäten, Stadtbezirken, Nahverkehrssystemen und Einkaufszonen wird als unsichtbarer Belagerungszustand bezeichnet. Dieser Zustand wäre gekoppelt an eine systematische Institutionalisierung der Konfliktbereitschaft: Integration in Gewerkschaftsjugend, Sektionen der Gewerkschaften, Vertrauenskörperapparaten, universitären Selbstverwaltungsgremien und Fakultätseinrichtungen.

Er bestätigt die Teilnahme von militanten Teilen der Massenbewegung am „langen Marsch durch die Institutionen“, der aber an der Unerbittlichkeit des Machtstaates gescheitert sei: Der Traum von der Öffnung und Demokratisierung des Systems durch den Gebrauch seiner Institutionen sei vorbei. Entweder entstünde dadurch für die sozialrevolutionären Minderheiten ein Doppelleben der erzwungenen Anpassung und der davon getrennten Verweigerung oder sie fanden sich im Status der Arbeitslosen, der Berufsverbotenen, der GelegenheitsarbeiterInnen.

Die Zeit der Autonomie

Dieser Ausgangssituation folgt die „Zeit der Autonomie“. K.-H. Roth beschreibt, dass in der BRD 1976/77 ein breiter

Zusammenhang zwischen den sozialen Phantasien der Klasse nach selbstbestimmter Tätigkeit jenseits der Arbeitsrhythmen und der Praxis der alternativen Bewegungen bestand.

Nicht nur die autonome Linke verweigere die Spielregeln der klassischen Politik, sondern die Auflösung der Kernfamilie, die Selbstbefreiung der Frauen und die vielen Teilbewegungen drücken eine stille soziale Revolution aus, die weit über die autonomen Initiativen um sich gegriffen hätte.

K.-H. Roth skizziert eine Bewegung, die nicht von den Fabriken ausgehend das Netz der Knotenpunkte der kapitalistischen Kontrolle durchlöchere, eine Bewegung, die in die Hunderttausende gehe. Ein Drittel der Hochschulangehörigen gehören zur autonomen Szene im weitesten Sinne, die sich nicht nach inhaltlichen Zwängen der Wissensfabriken definiere: Die Frauen entzögen sich mit ihren eigenen Aggregationspunkten einer Krisenstrategie, die auf eine neue klasseninterne Unterwerfung unter das Patriarchat abziele; der Jugendzentrumsbewegung scheine es zu gelingen, ein solidarisches Verhalten gegen das Recht auf Arbeit zu organisieren; und eine breite Gefangenenbewegung integriere sich zunehmend in die regionalen Teilbewegungen. Diese Massenautonomie gegen das Modell Deutschland beziehe sich wieder intensiv auf das Disziplinarnetz und stehe damit vor neuen

Problemen: Die genauere Definition des subversiven Einverständnisses der „atomisierten Massensubjekte innerhalb der gigantischen Leistungsmaschinerie“; die Erweiterung des Rechts auf Leben auf den Garantismus, das heißt das Recht auf Einkommen ohne die kapitalistische Arbeit; die Verwirklichung dessen durch neue Formen der Aneignung des sozialen Reichtums gegen die Armut und Bedürftigkeit der alternativen Lebensversuche; der Angriff auf den Lebensnerv des „Modells Deutschland“, „die Moral der Ausbeutung von Arbeitskraft als Voraussetzung für die kontrollierte Reproduktion der Klasse“.

Die Verwirklichung einer hierarchielosen Massenbewegung, die völlig egalitär ist (Frauen/Männer, Deutsche/MigrantInnen, Jugendliche/Alte, Entlohnte/Unentlohnte, TechnikerInnen/MassenarbeiterInnen).

Als zentrales Problem bleibt die Projektion des Terrorismus auf die autonome Massenbewegung: Die überlebenden Gefangenen sind Geiseln in der Hand des Machtstaates, mit denen sie die Massenbewegung „in Formen der gewaltsamen Konfrontationen hinein treiben, deren Ablauf von Krisenstäben bestimmt und gegen unsere sozialrevolutionäre Perspektive insgesamt eingesetzt wird. Sie werden weiter versuchen, die Frage der revolutionären Gegengewalt aus ihren sozialen Massenbezügen zu lösen.“

Als ersten Schritt dagegen formuliert K.-H. Roth, dass die autonomen Teilbewegungen für die Befreiung der gefangenen GenossInnen kämpfen werden und dass danach die Diskussion ihrer und unserer Fehler wieder lesbar werden wird.

Ansätze der Kritik

Schon bei nur oberflächlicher Betrachtung von „Modell Deutschland gegen Massenautonomie“ von K.-H. Roth können wir Fehleinschätzungen und Widersprüche feststellen, die die historischen Entwicklungen überholt haben:

Die Gefangenen sind immer noch Geiseln des Machtstaates: Es gelang nicht, eine Initiative zur Befreiung aus der autonomen Basisbewegung zu beginnen. Der Marsch in die Institutionen war gescheitert, aber die Defensive wurde zum Programm: Nur ein Jahr später begannen auch bei linksradikalen Diskussionen um Wahlteilnahme, Partei- und Listengründungen. In der autonomen Frauenbewegung entwickelten sich Strömungen, die das Frausein allein zum Programm erhoben, auf das anthropologische Anderssein von Frauen ihre Interessenpolitik aufbauten (Grünes Müttermanifest). Die Formen des Rechts auf Leben in den alternativen Projekten entwickelten sich mit der Integration durch die sozialdemokratische Strategie der zwei Kulturen (der Mehrheitskultur, die eine Alternativkultur toleriert und von ihr profitiert)

zu Formen des Anschlusses an gesellschaftliche Produktivität, Wiedereinrichtung der Arbeitsmoral, Kostenentlastung des Wohlfahrtsstaates durch Integration von drop-outs und kooperatistischen Eigeninteressen der inzwischen kommerzialisierten Projekte und Betriebe. Ein Teil der Aggregationspunkte der Massenbewegung vollzogen diese Entwicklungen mit und propagierten sie: Herausragende Beispiele sind die 1979 begonnene *tageszeitung* und der ehemalige *Pflasterstrand* (Frankfurter Stadtzeitung von 1977 bis 1990, das sich als Metropolenmagazin zum Promoter der Reala/o-Grünen entwickelte). Die autonome Massenbewegung konnte das Versprechen der Egalität und Hierarchielosigkeit nie einlösen: Sie blieb eine junge, weiße, deutsche und von Männern dominierte Bewegung; die autonome Frauenbewegung unter die Massenautonomie zu subsumieren ignoriert die grundsätzlichen Schwierigkeiten und Brüche zwischen Frauen und Männern. Die Gewaltfrage stellt das Ergebnis einer gelungenen und immer wiederbelebten Projektion des Terrorismus auf revolutionäre Gegengewalt und der Herauslösung dieser aus den sozialen Massenbezügen dar, auch wenn diese Strategie in der Anti-AKW/Anti-Startbahnbewegung immer wieder durchbrochen werden konnte; der inzwischen militante Pazifismus und Legalismus der Grünen und Friedensbewegten ist ein Ergebnis dieser Projektion.

Diese negative Bilanz der letzten 15 Jahre im oberflächlichen Überflug würde schnell den Schluss zulassen, dass die Stillstellung, Gefangennahme und Indienstellung der „sozialen Revolution“ für autonome Politik heute keine Bedeutung hätte (eh alles integriert) und dass diese Wirklichkeit von der eigenen Binnenwirklichkeit getrennt erlebt und bewertet wird.

Im vergangenen Text beschreibt K.-H. Roth aber Verhaltensweisen, die hier noch erweitert werden, die innerhalb der BRD minoritär blieben, aber die gesellschaftliche Situation verändert haben.

Ohne diese Opposition als prinzipiell/übergeschichtlich revolutionär oder nicht werten zu wollen, sind diese Prozesse (teilweise selbstverständliche) Basis auch der sozialrevolutionären Minderheiten in Großdeutschland:

Die Auflösung der deutschen Kernfamilie (ca. 500.000 Wohngemeinschaften 1976 im Vergleich zu wenigen vor 1968, Kinderladenbewegung): Selbstbefreiung der Frauen, Entstehung der autonomen, feministischen Frauenbewegung (Frauzentren und Häuser, Frauenforschung, feministische Theorie). Verweigerung inhaltlicher Zwänge der Schulen und Universitäten (zum Beispiel die ca. 10% AbsentistInnen an Universitäten). Gegenöffentlichkeit als Modell gegen Medienmonopole (hunderte regionale, linke, feministische Zeitungen, Zeitungen an Schulen, Univer-

sitäten, Betrieben, Bereichen). Das Recht auf Leben in Arbeitskollektiven gegen die Arbeitsrhythmen, die Fabrik- und Bürodisziplin, die Arbeitsmoral der Leistungsgesellschaft. Verweigerung der „Schule der Negation“ durch massenhafte Kriegsdienstverweigerung (einige tausend pro Jahr vor 1968 – bis zu hunderttausend 1991). Durchbrechung eines an Legalität orientierten klassischen Politikverständnisses und des staatlichen/herrschenden Gewaltmonopols (Massenmilitanz, Guerilla-Sabotage, Aneignung gesellschaftlichen Reichtums). Durchbrechen der sexuellen Zwangsmoral und Heterosexualität (Beziehungsversuche, Homosexualität). Die kulturelle Revolte der sinnlichen Ausdrucksmöglichkeiten in Musik, Kleidung, Drogengebrauch, Sprache, Körper. Dies sind Beispiele für das, was K.-H. Roth 1977 euphorisch die stille soziale Revolution genannt hatte. Nur ein Jahr später schreibt das Hamburger Autonomiekollektiv über die Spaltung der Zeitung: „Die Entdeckung der Vielfalt, die die ‚Autonomie‘ von Anfang an kennzeichnete, war nicht gedacht als Aufgabe des revolutionären Impulses... Später kam es anders, die Vielfalt nahm selbstgenügsame Züge an, sie wurde zum gepflegten Pluralismus. Wo eine aktuelle revolutionäre Perspektive nötig gewesen wäre und die Vielfalt in sie hätte einfließen müssen, bewirkte der selbstgenügsame Umgang mit den einzelnen

Bausteinen dieser Vielfalt etwas anderes: Es entstand eine Ideologie hart an der Grenze der Philosophie der Bewegungslosigkeit – der neu entdeckte Reichtum (der freilich weit ärmer ist als er tut) machte die Gegner und auch die Frage der Macht vergessen. Die ‚Autonomie‘ hatte an diesem Prozess teil.“

Obwohl die Hoffnungen, die mit dem homogenen Kampfbegriff Massenautonomie verbunden waren, durch die tatsächliche Geschichte desillusioniert und korrigiert wurden, besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der durch die oben benannten Praktiken gekennzeichneten gesellschaftlichen Minderheiten und den Autonomen.

Dass die Autonomen noch „die einzige mobilisierungsfähige linksradikale Kraft seien“ (Geronimo) ist wesentlich aus dem Zusammenhang und dem zersplitterten bruchstückhaften Überleben dieser sozialen Lebensformen zu erklären. Die Doppelstruktur der Autonomen aus einerseits Alltagspraxis (Nicht-Arbeit, Wohnen, Sexualität, Subkultur und so weiter) und andererseits politischer Organisation sagt noch nichts über die Qualität dieser Struktur aus: Sie kennzeichnet den oft individualisierten Zusammenhang zwischen autonomen KaderInnen, autonomer Szene und der Praxis und den sozialen Phantasien einer größeren Minderheit.

Die Autonomen-Partei

Die Einsicht von Leben und Kampf oder die vorangestellte Doppelstruktur war konstituierendes Element der Autonomen. Exemplarisch ist dafür immer wieder die Häuserkampfbewegung 1980/82:

„Die Dynamik entwickelte die Anti-Haig-Demo (Berlin, September 1981) ... nicht aus den Imperialismusanalysen einzelner Gruppen, sondern aus der sozialen Bewegung des Häuserkampfes, die das ‚Hinterland‘ für die Demos gebildet hat... Die Häuserkampfbewegung in Berlin gab der Demo erst die Rückendeckung und Dynamik. Natürlich waren die Kämpfe gegen Imperialismus, NATO und Krieg auch Inhalte der Häuserkampfbewegung geworden und lösten so teilweise den Teilbereichscharakter dieser Bewegung auf. Hier stellte sich für uns grundsätzlich die Frage, ob es eine radikale Antikriegsbewegung, die eine Perspektive haben soll, geben kann, die nicht in den sozialen Alltagskämpfen verwurzelt ist.“ (Hamburger GenossInnen 1983)

„Einen besonderen Stellenwert hat der Punkt Häuserkampf innerhalb der autonomen Bewegung deshalb, weil es hier vorrangig nicht um die Politisierung gesellschaftlicher Missstände, sondern um unmittelbare und erfahrbare Einflussnahme auf die eigenen Lebensbedingungen ging... nur unter der Voraussetzung einer Einheit von Privatem und Politischem“ – so das autonome Sprachrohr damals

– also ein Aufheben funktional getrennter Lebensbereiche, war und ist eine Umsetzung „radikaler Bedürfnisse“ überhaupt vorstellbar... wir wollten nicht mehr auf die „Massen“ oder ein „politisch-geeignetes“ Klima warten. Die Totalität und Radikalität dieser Ansprüche und Forderungen ans „hier und jetzt“ löste befreiende Stürme der Begeisterung bei uns aus, wovon noch heute so manche/r mit glänzenden Augen zehrt.“ (Mitte der 1980er Rhein-Main)

Nur vor dem Hintergrund der Niederlagen der Häuserkämpfe und der anderen Kämpfe in den '80er Jahren lässt sich die nachfolgende Kritik an autonomer Organisation verstehen. In den letzten 5-10 Jahren hat sich eine Form autonomer Organisation durchgesetzt, die dem Anti-Parteien-Partei-Modell der Ugrünen ähnelt. Eine einigermaßen funktionierende Rotation, imperatives Mandat, Kontrolle durch Basis. Diese „nicht-institutionalisierte“, immer neu sich schaffende Partei, die eine möglichst hierarchielose Arbeitsteilung versucht – pragmatisch praktisch: Sanität, Infoläden, Zentren, Voküs oder pragmatisch politisch: Anti-AKW, Knast, AntiFa und so weiter – ist eben die Folge des Zerfalls und des Scheiterns der Kämpfe auf den sozialen Terrains und gleichzeitig der Versuch, den Erfahrungszusammenhang zwischen den Kämpfen nicht abreißen zu lassen durch organisierte, kontinuierliche Praxis.

Die These von einer Auto-

nomen-Partei und dementsprechenden KaderInnen geht aber nicht vom prächtigen Funktionieren dieser Organisation aus, sondern von dessen Krise: „Da Erfolge ausbleiben, häufen sich Kündigungen, Arbeitsverweigerungen, Urlaubsanträge und Blaumachen, oder wird pragmatisch Kurzarbeit gemacht (d. h. der Schein gewahrt).“ Die Katze beißt sich in den Schwanz und die autonomen ArbeitnehmerInnen in dem selbstverwalteten Betrieb Autonomia Doria GmbH beschleicht das Gefühl, dass da von Anfang an der Wurm drin war. Keinem noch so verbissenem Vorarbeiter oder resoluter Abteilungsleiterin gelingt es dann, Arbeitsmoral und Lust aufrecht zu erhalten: Beim Betrieb bleibt mensch aus Gewohnheit oder „weil es immer noch netter als überall anders ist.“

Die Kernthese zielt darauf, dass die „nicht-institutionalisierte Organisation“ als Autonomen-Partei die Krise nur herauszögert und unbeantwortet lässt, und durch diese Passivität sich der Institutionalisierung/Formalisierung ergibt (formalisierte Sprache, autonome Linie bzw. autonome Themen, ritualisierte Aktions-Kommunikations-Politikformen). So setzen sich auch sozialdemokratische Verhaltensweisen bei den Autonomen durch: passive AnhängerInnen, pflichtbewusste ParteisoldatInnen.

Diese „Sozialdemokratisierung“ wird eingeschränkt: Natürlich sind die Verhältnisse nicht so reduziert wie oben dargestellt,

sind die „Identitäten“ komplexer. Zum Beispiel gibt es innerhalb der Autonomen eine einigermaßen funktionierende Rotation als Anti-Institutionalisierungsmittel: Und so findet mensch autonome KaderInnen auch beim Spülen in der VoKü. Aus diesem Widerspruch zwischen „institutionalisierter“ Politik ohne institutionalisierter Identität von Personen und Funktionen erklärt sich auch die vergebliche Suche des Verfassungsschutzes nach einem Autonomen ZK, und die detektivische Neugier der „Radikalen Linken“ für den geheimnisvollen Kopf der Autonomen.

Diese Widersprüchlichkeit lässt sich aber nur unzureichend mit innerorganisatorischen Anti-Institutionalisierungsmitteln fassen: die Doppelstruktur der Autonomen als Versuch sozialer Lebensformen, selbstverändernder Praxis und politischer Organisation lässt es (noch?) nicht zu, dass eine/nur Politik macht, nur FunktionärIn ist. Dieses Selbstverständnis ist Klammer der auseinanderstrebenden Richtungen innerhalb der Autonomen: die Organisation ist verbindlich, institutionalisierte Strukturen auf der einen, die Individualisierung in Basisprojekten, Studium, Arbeit auf der anderen Seite. Die von Vielen aus der verzweifelten Situation der Autonomen gestellte Organisationsfrage würde die noch bestehende Klammer zerbrechen und die Autonomen zur institutionalisierten Partei degradieren, die ein „Außen“ nur als Agitations-

Propaganda-Rekrutierungs- und Mobilisierungsobjekt wahrnimmt. Sie würden die übrig gebliebenen KaderInnen organisieren, die immer in Gefahr stünden, wegen entfremdeter Politik in traditionellen Formen nur noch sich selbst zu mobilisieren. Sie würden gleichzeitig den stattfindenden Rückzug von AktivistInnen beschleunigen, weil für sie die Autonomen eben „mehr waren als Politik“.

Perspektiven?

Eine Perspektive autonomer Politik liegt also nicht in der verbindlicheren, disziplinieren den Organisation, sondern in der Weiterentwicklung der in den sozialrevolutionären Kämpfen und Basisbewegungen gewonnenen Erfahrungen: Und die Organisation entwickelt sich mit der Neuorientierung, und nicht umgekehrt.

Dieses Diskussionspapier zielt also in erster Linie auf eine Blickerweiterung über die ausschließlich selbstbezogene Krisendiskussion der Autonomen hinaus, und fordert dazu auf, die Autonomen historisch als einen Teil der Opposition gegen das patriarchale, imperialistische Modell Deutschland zu begreifen. Es geht außerdem darum, in Anlehnung an das Kritikpapier an der Einladung zum 1. Vorbereitungstreffen zur Anti-WWG-Kamagne 1991

von den MünchnerInnen, den Begriff „Kampf um Befreiung“ mit historischen und eigenen Erfahrungen zu füllen: „Und wenn uns jetzt die Formulierung, dass dieser Prozess ein kollektiver sein muss, zur Phrase verkümmert, dann liegt das daran, dass wir bei der Beschreibung herrschender Subjektivität zwar von unseren eigenen Erfahrungen ausgegangen sind, diese aber nicht beschrieben haben (siehe Einladung).“

Dies heißt praktisch die Dimension eigener Subjektivität offensiv und revolutionär anzugehen, und diese Konfrontation nicht auf einen bloß physischen Überlebenskampf zu reduzieren, sondern als grundsätzliche Konfrontation zwischen antagonistischen Utopien: Soziale Revolution oder Barbarei!

Nachtrag:

Dieser Text kann auch als Antwort und Kritik der Organisationsvorschläge von der Göttinger Antifa (M) und in der Radikal verstanden werden, obwohl er schon feststand, bevor die Papiere der GenossInnen bekannt waren.

Xanthippa,
Rhein-Main Oktober 1991

Praktische Konsequenzen – Die Gründung der Gruppe FELS

Thesenpapier zur Veranstaltung am 28. Januar 1992

1. Gesellschaft besteht aus Gegebenem und Gewolltem, deshalb kann Veränderung wegen der Berücksichtigung der gegebenen Bedingungen nur schrittweise erfolgen. Der voluntaristische Subjektivismus der Autonomen ist dagegen untauglich zur Erklärung der Realität und baut ein inneres repressives Klima aus.

2. Aus dem voluntaristischen Subjektivismus resultiert Theoriefeindlichkeit wie Militanzfetischismus.

3. Die wenige autonome Theorie (v. a. Hartmann) dient weitgehend der Rechtfertigung der bereits bestehenden Politik der Autonomen. Sie erklärt damit nicht mehr Realität, sondern macht sich das Bild von der Wirklichkeit nach der eigenen Praxis.

4. Organisationen sind kein Allheilmittel und die Krise der Linken ist mehr als eine Krise der Formen. Organisationen sind nicht hinreichend, aber notwendig: Sie sind die einzige Möglichkeit, zielgerichtet an einer Veränderung der gesamten Gesellschaft zu arbeiten.

5. Ohne eine Form der Organisation bleibt nur Kampagnenpolitik, die nichts anderes als de facto Reformismus ist, weil sie an einzelnen Punkten Widersprüche mobilisiert, ohne diese in langfristige Formen bringen zu können.

6. Die autonome Nicht-Organisation vermeidet nicht die Gefahr aller Organisationen, zu einem starren, hierarchischem Apparat zu werden: Sie verlagert die Hierarchien lediglich auf eine informelle Ebene und macht sie damit weniger kritisierbar. Die Starrheit der Autonomen bildet sich heraus, weil kein Weg zu einer Änderung vorgegeben ist.

7. Die autonome Subkultur kann keine allgemeinverbindliche Form der Befreiung sein.

8. Die Autonomen sind eine Antwort auf die BRD-Gesellschaft der '70er und '80er Jahre. Mit der Durchsetzung des Postfordismus werden sie ihre historische Berechtigung verlieren und keine gesellschaftliche Kraft mehr sein.

9. Es kommt nicht darauf an, in bestehenden oder neuen Kleingruppen die Krise der Autonomen bzw. der Linken zu debattieren. Eine Debatte kann nur dann Sinn und Erfolg haben, wenn sie den Bruch mit der Organisation in Kleingruppen und Privatzirkeln vollzieht, ihre Strukturen transparent macht und öffentlich arbeitet sowie in die Öffentlichkeit hineinwirkt.

10. Die Krise der Linken ist weder von einer kleinen Gruppe noch mit Patentrezepten zu lösen, sondern nur als Debatte und Praxis vieler.

Teil II

1. Es läßt sich derzeit kein eindeutiges historisches

Subjekt ausmachen, weder das Proletariat noch die am meisten verelendeten Klassen noch die Bevölkerung der am meisten entwickelten kapitalistischen Länder. Eine erste neue Antwort wird vor allem praktisch zu ermitteln sein.

2. Die Frage einer veränderten Gesellschaft ist weder deterministisch noch durch subjektiven Willen allein zu lösen. Die Wiederaufnahme der Debatte über das Verhältnis von Objektivität und Subjektivität ist eine der vordringlichen Aufgaben der Linken.

3. Es geht weder ohne Machtübernahme noch ohne Machtausübung. Die komplexe Gesellschaft kann nicht aus sich vernetzenden Kleingruppen bestehen.

4. Es gibt eine Dialektik von Reform und Revolution. d. h. die Linke wird immer Zwischenstufen auf dem Weg zu einer grundsätzlichen Umgestaltung formulieren müssen.

5. Das Verhältnis von Avantgarde - Masse ist nicht durch seine Leugnung aus der Welt zu schaffen: es bleibt aber immer problematisch und muß daher tendenziell aufgehoben werden.

6. Es gibt weder alte noch neue Haupt- und Nebenwidersprüche noch eine Trikausalität: linke Theorie muß deshalb die Unabhängigkeit der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse voneinander genau untersuchen – und Befreiung als kompliziert ineinander verstrickte Bemühungen auf den

verschiedensten gesellschaftlichen Feldern verstehen.
7. Wir werden uns an der

Debatte um ein „Ende der Geschichte“ nicht von links beteiligen und be-

trachten uns deshalb als Teil der sozialistischen Geschichte mit all ihren Fehlern.

Sich dem Kapitalismus nicht ergeben

Überlegungen zur Organisationsfrage und darüber hinaus

In diesem Text sollen keine Wahrheiten verbraten werden. Die meisten Thesen sind ungenau und noch völlig am Anfang. Sie repräsentieren auch nicht die Gruppe FeS, sondern nur einen Menschen daraus, dessen Meinung in der Gruppe nicht unwidersprochen ist. Trotzdem wollen wir diesen Text veröffentlichen, er spiegelt wieder, in welche Richtung manche von uns diskutieren und er könnte Anlass zu Erwiderung sein. Außerdem macht die Veröffentlichung dieses und anderer Texte von Einzelpersonen der Gruppe unseren Diskussionsprozess als solchen transparent. Wir wollen Diskussionen schließlich öffentlich und nicht im Privatzirkel führen. Zum anderen: Bevor jetzt die Unterstellung kommt, die Theoriefraktion würde es sich auf ihren Bürostühlen bequem machen und über Krise oder nicht schwadronieren – erst mal hinschauen und abwarten. Es gibt keine Praxis ohne Theorie, aber es gibt auch keine Theorie ohne Praxis. Wir wissen das so gut wie andere. Wir finden es auf jeden Fall bescheuert, wenn Überlegungen von Leuten mit Todschlagargu-

menten abgewürgt werden. So long, für eine neue und organisierte revolutionäre Bewegung.

Die „Krise der Linken“

Vor 75 Jahren begann der erste Versuch, über die Geschichte von gescheiterten Revolten hinauszukommen und den Sozialismus einzuführen.

Von Anfang an gab es scharfe Auseinandersetzungen und grundlegende Meinungsverschiedenheiten um den dafür richtigen Weg. Die Linke war reich an Vorstellungen, die über das sowjetische „Modell“ weit hinausreichten.

1968 dann, vor inzwischen 25 Jahren, kritisierte eine ganze Generation zunehmend auch praktisch den vorgegebenen Weg. Mit Kuba fiel das Revolutionsmodell der führenden kommunistischen Parteien, in verschiedenen Ländern ging es um ein neues Verhältnis von Spontaneität und Organisationen, die feministische Kritik deutete weitergehende Formen von Befreiung an. Heute ist dagegen Verwirrung angesagt. Die Linke steht vor einem Scherbenhaufen – sie weiß nicht mehr, was richtig und was falsch ist... oder zumindest glaubt sie es.

Die wenigen von '68 gebliebenen Intellektuellen – mit ihrem

Verhalten immer ein Stimmungsbarometer für gesellschaftliche Trendbewegungen – wandern in Richtung neoliberaler oder reformistischer Projekte ab. Verschiedene Befreiungsbewegungen im Trikont verabschieden sich von der Machtübernahme als Ziel, wobei die vielerorts unbewältigten Probleme wie Korruption, Theoriemangel und Vertikalismus voll zur Geltung kommen.

Und in der BRD herrscht Ratlosigkeit: in Form von zur Schau gestelltem Pessimismus („Wir wissen nicht mehr, was links ist, und bevor wir's wissen, brauchen wir auch gar nichts mehr machen.“), der dem Defätismus benutzt, um sich der praktischen Verantwortung zu entziehen, und als Nostalgie, die stehenbleibt, wo die Geschichte am schönsten war (ob es sich dabei um den spanischen Anarchismus, die deutsche KP-Geschichte, die Hippie-Zeit oder die italienische Autonomia handelt, ist völlig belanglos).

Die „Krise der Linken“ ist zum Schlagwort der Zeit geworden. Es passt ganz hervorragend in den ideologischen Mainstream vom „Ende des Marxismus/Kommunismus/der Geschichte“ (dass die drei Begriffe auch in der Öffentlichkeit in einem Atemzug genannt werden, ist kein Zufall),

den die Linke reproduziert, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Es fehlt die Stärke, zu sich selbst zu stehen.

So betonen die Autonomen zwar trotz ihrer/unsere Mythen vom revolutionären Widerstand, aber alle schieben schnell nach, dass sie „keine Ahnung haben, was das im Augenblick genau ist“. Es lebe die Ohnmächtigenideologie. Was uns immer gesagt wurde, stimmt eben doch: Wir sind weltfremde Spinner. Bei Marcuse heißt das „die Abschaffung der Linken gegenüber den neuen Möglichkeiten der Praxis“ ein systematisch gezüchteter Minderwertigkeitskomplex.

Dabei ist der weltgeschichtliche Einschnitt, den wir erleben, für die Linke in der BRD zunächst sehr viel weniger negativ als für die Bewegungen im Trikont. Der Blockkonflikt bot den antiimperialistischen Kämpfen in der ganzen Welt zweifellos Spielräume, aber er stärkte auf der anderen Seite in Form des Antikommunismus gerade in Westeuropa die ideologische Hegemonie der Rechten. Er war Grundlage des keynesianistischen Klassenkonsenses und der immens hohen Reformbereitschaft von Seiten des westdeutschen Staates und Kapitals. Politisch war vor dem Hintergrund der existierenden sozialistischen Staaten eine gesellschaftsfähige revolutionäre Perspektive schwer zu entwerfen. Und schließlich spricht nichts dafür, dass der Kapitalismus mit der vollen Integration der widerspruchsreichen osteuropäischen und asiatischen

Staaten in den kapitalistischen Markt seine Krisenhaftigkeit überwinden können wird.

Zugegeben: Der Zusammenbruch der Sowjetunion rechtfertigt keinen Optimismus – solange es keine realistische, d.h. gesellschaftsfähige Alternative zu ihm gibt, wird selbst die antikommunistischste Linke von ihm betroffen sein – aber er erklärt auf der anderen Seite auch weder die herrschende theoretische Verwirrung noch das um sich greifende Gefühl der Hilflosigkeit.

Wahrscheinlich hat die wachsende Erkenntnis bei so vielen Linken, alle Begrifflichkeiten, analytischen Methoden, Praxisformen und organisatorische Strukturen der letzten Jahrzehnte seien falsch gewesen und müssten durch etwas Neues ersetzt werden, sowieso viel mehr mit tiefliegenden psychischen Strukturen zu tun als mit Beobachtungen und eigenen Überlegungen. Sich gegen vorherrschende Ideologie zu stellen (und zwar mit mehr als einem bloßen Nein) bedarf der Ich-Stärke, eines Bewusstseins, gesellschaftliches Subjekt und nicht Objekt zu sein.

Und weil wir das unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen immer weniger besitzen, fällt es ständig schwerer eine eigene, zwangsläufig widersprüchliche Position zu beziehen.

Die Linke wählt zwischen Defaitismus und Rückgriff auf einfache Lösungen. Entweder ist alles Scheiße oder Verrat von bösen Verschwörern.

Zwischen Selbstkritik und Zusammenbruchs-ideologie

Natürlich gibt es für die Linke die Notwendigkeit zur Neuanpassung oder zum Neuanfang – obwohl mir beide Begriffe nicht gefallen. Gar nicht so sehr, weil eine „epochale Umwälzung“ (sozusagen der Anbruch eines ganz neuen Zeitalters) stattgefunden hätte, sondern deswegen weil in verschiedenster Hinsicht Phasen zu Ende gehen, von denen die Entwicklungen im realsozialistischen Block nur ein Aspekt sind. Die anderen wären die Durchsetzung der postfordistischen, neoliberalen Gesellschaften in den hochindustrialisierten Ländern, zweitens das Entstehen eines tripolaren Imperialismus (EG, Japan, USA), in dem Deutschland zunehmend zur imperialen Führungsmacht wird, und drittens, damit zusammenhängend auf der politischen Ebene das Einbrechen sowohl der traditionellen Arbeiterparteien als auch der auf der Kritischen Theorie aufbauenden, technologiekritischen und anti-autoritären Bewegungen. Eine Neuanpassung müsste diese Entwicklungen berücksichtigen und wird dabei mit zahlreichen Widersprüchlichkeiten auskommen müssen. So wird sich die Linke grundsätzlich in ihren Konzepten und organisatorischen Vorstellungen in Frage stellen müssen (z. B. indem sie sagt: Nicht nur die erledigte K-Gruppen, sondern auch das jüngere und in den '80ern

wenigstens etwas erfolgreichere Konzept „Autonomie“ ist am Ende), ohne sich in das Gefühl des Zusammenbruchs fallen zu lassen.

Sie wird die Marx'sche und Lenin'sche Methodik radikal kritisieren, aber dafür eben sehr viel genauer kennen (und das heißt aneignen) müssen als in den letzten 15 Jahren. Und sie wird außerdem darauf zielen müssen, dass Linke zugleich wagemutiger als auch pragmatischer, theoretischer wie praktischer wird.

Dafür müssen wir begreifen, dass theoretische und praktische Überlegungen niemals endgültig, objektiv wahr, sondern immer nur konkret und situationsbezogen sein können. Eindeutige Antworten, die uns Sicherheiten geben und uns den Weg aufzeigen, wird es ebenso wenig geben wie klare Unterscheidungen in Gut - Böse, revolutionär - Verrat.

Eine offene Diskussion, wie wir sie brauchen, muss über den Dualismus hinauskommen (wie z. B.: alles was nicht befreite Gesellschaft ist, ist Faschismus, oder: entweder autonomer Wildwuchs oder Partei, Papiertiger oder Haudrauffraktion, entschlossen-revolutionär oder reformistisch). Der Hang zu praxisfernen Verabsolutierungen ist historisch immer das größte Hindernis für eine solche im Ergebnis offene Diskussion gewesen.

Meiner Ansicht nach besteht das Besondere und Emanzipatorische an einer revolutionären

Position genau darin, etwas entschlossen zu verteidigen, bei dem es ständig die Notwendigkeit gibt, es neu zu denken und zu verändern, also das Prozesshafte zum Prinzip zu erheben. Um das zu leisten, kann die Linke sich eben nicht auf die Frage Theorie oder Praxis, revolutionär oder pragmatisch-realistisch, konsequent oder vermasst zurückziehen. Sie muss alles leisten, und vor allem: nicht hintereinander, sondern gleichzeitig.

Die Organisationsfrage

Das ist zugegebenermaßen eine lange Einleitung für einen Text, der etwas mit der Organisationsfrage zu tun haben will: aber auch nicht überflüssig, vor allem dann nicht, wenn man davon weg will, die Frage auf ein technisches Problem zu reduzieren. Eine politische Organisation ist zwar zunächst einmal vor allem Instrument für kontinuierliche Lernprozesse, Praxis und Diskussion (womit auch schon gesagt ist, warum ich die Debatte für unverzichtbar halte), aber wenn die Diskussion zur Strukturfrage ohne Hintergrund degradiert wird, kann sie auch nur zur Aufwärmung von historischen Konzepten führen (wie z. B. bei den Kommunistischen Brigaden).

Die Organisationsdebatte muss, zumindest in den Autonomen, im Zusammenhang mit zwei Erfahrungen geführt werden: das ist einmal die Geschichte der kommunistischen Parteien (darunter auch die K-Gruppen

der '70er Jahre) und zum anderen die Spontis, die in gewisser Weise die ideologisch prägende Kraft für die Autonomen geblieben sind.

Beide Erfahrungen reichen über die BRD-Linke weit hinaus. Die Kritik an der traditionellen KP-Linie (die sich meiner Einsicht nach viel massiver durchgesetzt hat als die am Spontaneismus) lässt sich in einigen Stichpunkten zusammenfassen:

-mechanistisches Verständnis von Revolution (z. B. in der starren Etappentheorie: erst bürgerlich-demokratische, dann sozialistische Revolution); Beschränkung auf Übernahme des Staatsapparates/ Verstaatlichung der Industrien; Fehlen einer echten Sozialisierung der Produktionsmittel; kein umfassender Begriff von sozialer Emanzipation und ihrer Prozesshaftigkeit; Unterordnung der Bewegungen anderer Länder unter die Interessen einer Zentrale; Ignoranz gegenüber anderen Theorieansätzen; Nicht-Revolutionierung des sogenannten Reproduktionsbereichs...

Anders gesagt: Bisher hat die kommunistische Linke zwar in zahlreichen Fällen erfolgreich die Macht übernommen, aber in nur ganz kurzen Perioden gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt und am Leben gehalten. Im Grunde genommen fehlten der kommunistischen Bewegung Konzepte und vor allem Möglichkeiten eine Einheit von (notwendiger) Eroberung staatlicher Macht und umfassender Umwälzung in

Produktion und Lebensalltag zu schaffen.

In der BRD äußerte sich diese Unfähigkeit, mehr als nur aktionsfähige Organisationsapparate mit straffer interner Ordnung aufzubauen, zuletzt in den K-Gruppen, sektiererischen Kleinstparteien mit repressivem Innenleben (lesenswert und passagenweise durchaus witzig: „Wir warn die stärkste der Parteien“/Rotbuch).

Die Spontis - Organisationsfeindlichkeit und „Abschaffung der Macht“

Der Spontaneismus, der mit dem antiautoritären Flügel der '68er Bewegung an Stärke gewinnt, ist dagegen bis heute ein unreflektierter Begleiter der Autonomen.

Unter anderem als Ausdruck ihrer/unserer Ablehnung von realsozialistischen Avantgarden und dem daraus resultierenden Fehlen von Masseninitiative lehnt die Bewegung heute grundsätzlich führende Rollen von revolutionären Organisationen ab und vertraut auf die „Selbstorganisation der Klasse“ (wie als ob Parteien in vielen Fällen nicht auch Formen von Selbstorganisation wären). In ihrer letzten Konsequenz führt diese Vorstellung zur Brotrevolten- und Riottheorie, mit der die wenig fortschrittlichen Aspekte von „spontaner Selbstorganisation“ wie z. B. Bandenkriege in Lateinamerika und den USA oder die nicht minder auftretende Korruption von Basisorganisationen völlig ausgeblendet werden.

Ein zweiter Ansatzpunkt der Antiautoritären ist die Kritik der Macht. Das von der traditionellen Linken (und allen anderen Linken) unbeantwortete Problem, wie Macht Vergesellschaftet werden kann, wird dadurch aufgelöst, dass die Fragestellung ganz einfach abgeschafft wird. Macht als solche wird für verwerflich erklärt und verboten. Damit ist die Linke/ die Menschheit zwar nicht einen einzigen Schritt weiter, aber man wäscht sich rein von den Verbrechen der realsozialistischen GenossInnen.

Die Überlegung ist ernsthaft blöde. Einmal ist die Abschaffung der Macht nur als Prozess vorstellbar, d. h. als allmähliches Verdrängen durch Gegenmacht (und dann auch keine Abschaffung, sondern ein Herausbilden neuer Strukturen).

Zum anderen ist langfristig die Übernahme von ökonomischen, politischen und administrativen Machtpositionen zwar – und hier ist die Kritik am Sowjetmarxismus berechtigt – längst nicht hinreichend für die Revolution, aber diese ist auch nicht ohne sie vorstellbar. Neben den verschiedenen Formen reformistischer Veränderung, – d. h. der Durchdringung einer Gesellschaft wie nach '68 oder wie es die Sozialdemokratie seit über 100 Jahren praktiziert – besteht für eine radikale Umwälzung eben nur die Perspektive der Eroberung und Zerstörung alter Machtpositionen (und darunter auch denen des Staates).

Ein Beispiel für die vereinfachte sponti-linksradikale Position

zur Frage „wie kann Gegenmacht entstehen ohne neue Machteliten herauszubilden ist die von Daniel Cohn-Bendit, der im Februar '77, als er noch ein Linker war, irgendwie sagte: „Die Einheit von WGs, Betriebszellen, alternativen Projekten, Landkommunen und anderen Organisationsformen, die wir heute überhaupt noch nicht denken, zu entwickeln, wird die revolutionäre Organisation bilden.“

Na alles klaro, oder?

Das Bauen auf Selbstentwicklungen, die ohne Zutun entstehen, ist genauso blöde wie ein künstliches Vorantreiben der Verhältnisse. Spontane Revolten, z. B. die von der Autonomie-Redaktion so in den Vordergrund gerückten Brotunruhen haben in Lateinamerika zwar Regierungen hinweggefegt, aber das nur für ein paar Tage. Es gibt keine revolutionäre Umwälzung ohne Organisationen, die das Machtvakuum besetzen. Ja es gibt noch nicht einmal beständige gesellschaftliche Gegenmacht ohne solche Organisationen. Venezuela ist dafür ein gutes Beispiel: vom Caracazo, dem Aufstand im Februar 1989 ist zunächst nicht viel geblieben außer ein paar Tausend Toten und dem Gefühl einer Niederlage. Erst durch das Einsetzen von Organisationsprozessen vor allem durch die Herausbildung einiger politischer bzw. politisch-militärischer Organisationen hat sich die diffuse Unruhe in eine Machtalternative (d. h. einer

Alternative zur bestehenden Macht) verwandelt. Ähnlich ist die Erfahrung im Iran, die Ende der '70er von der Autonomie-Redaktion (Hefte 1 und 8) zu einer Art Revolution neuen Typus hochstilisiert wurde. Das Fehlen einer in den Massen verankerten revolutionären Führung (was ja nicht Zentrale bedeutet...) wurde von der Autonomie als Ausdruck von Authentizität verstanden. Aber authentisch sein bedeutet eben auch die unreflektierte Übernahme von patriarchalem, feudalem, kapitalistischem und rassistischem Kulturgut. Das Problem der Macht und ihrer Vergesellschaftung stellt sich also komplizierter dar als in ihrer einfachen Abschaffung. Befreiung ist ein komplexes Zusammenwirken von Machtkampf und gesellschaftlichem Neuaufbau, und kann nur als Zusammenwirken von Verdrängen der Gegenseite und Selberbesetzen der eroberten Positionen verstanden werden, und zwar auf allen Ebenen gesellschaftlicher Macht (politisch, militärisch, kulturell und ökonomisch). Dafür braucht eine Linke aber nicht weniger Machttheorie, sondern im Gegenteil mehr und genauere. Im Gegensatz zu den leninistisch inspirierten Revolutionsmodellen dürfen diese Überlegungen nicht in die Richtung gehen „wie die Linke wieder an die Macht kommt“, sondern dahin, wie sie den Zustand vergesellschafteter Macht (als Sowjet-, Volksmacht...) entwickeln, festigen und verlängern kann.

Das ist nichts abgehoben Abstraktes, was bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag in der Schublade aufbewahrt werden kann, um dann mit der „Revo“ ausgepackt zu werden. Gerade wenn Revolutionen eben keine Machtübernahmen von den-kenden Eliten mehr sein sollen, dann ist die Arbeit an gesellschaftsfähigen Gegenstrukturen eine aktuelle Aufgabe. Den Embryo einer anderen Gesellschaft trägt ein System schon in sich, wenn es noch voll intakt ist. Deswegen sind z. B. Machtstrukturen der Linken, in denen nicht die Schlaueit der Spitze, sondern die breite Erkenntnis vieler zählt, natürlich eine Aufgabe für den Augenblick und nicht erst für die befreite Gesellschaft.

Darüber hinaus aber gibt es eben nicht nur die Notwendigkeit, Befreiung vorwegzunehmen, sondern wirklich Gegenmacht darzustellen. Die Gegenseite wartet schließlich nicht bereitwillig darauf, abgesetzt zu werden. Sobald es einen gewissen Grad überschreitet, antwortet die Staatsmacht konzentriert und organisiert. Linke Politik bewegt sich deshalb immer auf der Gratwanderung zwischen Kampf um gesellschaftliche Bedeutung, also realistischer Politik, und Vorwegnahme der Utopie. Noch eine andere Kritik an der sponti-autonomen Linken nach '68 ist wichtig: ihr zunehmend ideologisierte Arbeitsbegriff. Ein Gutteil der Linken beschränkt sich auf die Ablehnung des

herrschenden, von Lohnarbeit und preußischer Disziplin geprägten Arbeitsbegriffs. „Arbeit ist Verrat am Proletariat“ behaupten wirtschaftlich abgesicherte Autonome und leugnen damit ein Bedürfnis fast aller Militanten.

Jede und jeder von uns strebt in irgendeiner Weise danach: Dinge zu schaffen, d. h. sich Arbeitsziele zu setzen und zu erreichen – und wenn's um die Renovierung von einer Wohnung geht. Während des Arbeitsvorganges wird jede und jeder von uns umso geplanter vorgehen müssen, umso komplexer der Arbeitsvorgang ist, d. h. das Fegen läuft noch relativ spontan, für das Streichen trifft man Vorbereitungen und das Tapezieren wird durchgeplant. Man denkt also voraus, wägt Kosten, Nutzen und Dauer ab, bereitet spätere Schritte vor. So banal wie nur was... Genau diese nicht-bockbezogene, sondern vorausdenkende Methode lehnen weite Teile der Bewegung jedoch für die politische Arbeit ab. Revolution wird zum ich-bezogenen Spektakel. zur Aneinanderreihung von Ersten Mais und anderen zufällig ergebenden Happenings.

Ich finde es wichtig: Das Zusammenwirken von sinnvollen, erfolgsorientiert organisierten Arbeitsschritten und schöpferischer Freiheit macht das Bedürfnis des Menschen nach Arbeit aus. Planung und Kreativität sind ein sich gegenseitig bedingendes Begriffspaar und

müssen natürlich auch für die politische Praxis, d. h. die Arbeit an der Gesellschaft, gelten.

Die Fragen über die funktionierende Struktur hinaus: Bei den Diskussionen um die Organisationsfrage tauchen drei grundlegende Fragen immer wieder auf:

a) Sind die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse (Klassen-, Geschlechter-, Rassenunterdrückung usw.) nicht zu unterschiedlich, so dass eine gemischte Organisation sowieso unmöglich ist?

b) Wenn die bisherigen Revolutionen in ihrer Befreiung immer wieder auf die vorherrschenden Bedingungen zurückgefallen sind, für was kämpfen wir dann? Und welche Funktion hat eine politische Organisation in dieser allgemeinen Konzeptionslosigkeit?

c) An wen richtet sich die Linke? Gibt es ein kämpfendes Subjekt oder ist die Linke am Ende dazu gezwungen, sich mit sich selbst zu beschäftigen?

zu a) Die Unterdrückungsverhältnisse oder „das Basis-Überbau-Modell ist falsch“

Das Komplizierte bei der Analyse der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse in den modernen kapitalistischen Gesellschaften ist, dass ihre Entwicklung äußerst widersprüchlich verläuft. Der US-Historiker Immanuel Wallerstein sagt, der Kapitalismus sei gleichzeitig universalistisch und anti-universalistisch, d. h. seine Entwicklung gehe gleichzeitig

dahin, auf der einen Seite unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Individuen abzubauen (beim Entstehen des Kapitalismus wurde so z. B. aus dem versklavten Bauern der rechtlich gleichgestellte Lohnarbeiter), auf der anderen Seite aber auch solche ungleichen, aus gesellschaftlicher Trägheit und zur Systemstabilisierung übernommene vorkapitalistische Verhältnisse beizubehalten und weiter zu entwickeln.

Und so ist – obwohl das Kapital in seinem Drang nach optimaler Vernutzung der fähigsten Kräfte tatsächlich universalistisch, d. h. gleichmachend ist – das kapitalistische System gleichzeitig durch und durch reaktionär. Es ist mehr als nur kapitalistisch. Sein ganzes ökonomisches Werden ist von den patriarchalen und fremdenfeindlichen Gesellschaften, aus denen es hervorgeht, bestimmt. Rassismus ist eben nicht die herrschaftsstabilisierende Ideologie des Kapitals (auch wenn er diese Funktion de facto oft einnimmt), sondern prägender Bestandteil der Ökonomie.

Genauso wie auch das Geschlechterverhältnis sehr viel mehr ist als von den Personen reproduzierte sexistische Ideologie, nämlich ein materielles Ausbeutungsverhältnis, das unabhängig von der Schlechtheit oder Gutheit der Männer und Frauen die gesellschaftliche Struktur durchzieht.

So ist die Klassenzusammensetzung von Anbeginn der kapitalistischen Entwicklung

„rassistisch“ und geschlechtlich differenziert gewesen: Iren in England und Polen in Deutschland waren bei den Parias überdurchschnittlich vertreten, die Leichtlohngruppen bestehen nach wie vor hauptsächlich aus Frauen und Ausländern.

Der Irrtum der traditionellen Linken war es zu glauben, dass sich die übernommenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die älter sind als der Kapitalismus, im Rahmen seiner Universalisierung zwangsläufig auflösen müssten, d. h. die vermeintliche Sozialisierung der Produktion zum Verschwinden von Überbaustrukturen wie Sexismus und Rassismus führen müssten.

Verkannt wurde in diesen simplen Basis-Überbau-Modellen, dass sich Kultur und Ökonomie gar nicht schematisch voneinander trennen lassen, weil eben das Kapital die alten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht vorrangig überwindet, sondern vor allem in sich aufnimmt.

Ein heterogenes System

Wenn das bestehende kapitalistische System aber widersprüchliche Elemente und Tendenzen (z. B. gleichmacherisch und gleichzeitig rassistisch) beinhaltet, dann werden konkrete Vorhersagen über den weiteren Werdegang der gesellschaftlichen Struktur so gut wie unmöglich.

Diese innere Heterogenität des Systems ergibt sich neben universellen Elementen (den

Regeln der Weltwirtschaft), die überall gelten, und Charakteristika, die aus den spezifischen historischen, geographischen und kulturellen Vorbedingungen vor Ort (überlieferte Lebens- und Produktionsweisen) übernommen werden, vor allem aus den sozialen Kämpfen, die innerhalb und gegen das System geführt werden, aber nicht zu ihrem Zusammenbruch führen. So kann der Kapitalismus je nach inneren oppositionellen Bewegungen frauenfreundlicher oder frauenfeindlicher, rassistischer oder multikultureller, sozialdemokratischer oder neoliberaler werden.

Im Gegensatz zur Linken kann er mit seiner inneren Widersprüchlichkeit sehr gut leben. Sie macht ihn flexibel, steigert seine Anpassungsfähigkeit. Die Heterogenität der modernen kapitalistischen Gesellschaften führt dazu, dass sich Zusammensetzungen andauernd krisenhaft verändern und gerade von den sozialen Bewegungen (also von uns), die gegen den herrschenden Status Quo kämpfen, weitergebracht werden.

Klar wird hieran, dass ein Basis-Überbau-Modell, das eine einfache kausale Verknüpfung (vom neutralen Kapitalverhältnis zum Überbau-Rest) vornimmt, viel zu kurz greift. Natürlich bleibt die Ökonomie zentral, nur ist die konkrete Ausformung der Ökonomie eines Landes von einem Haufen Faktoren bestimmt, von denen Patriarchat und imperialistisches Gefälle nur die beiden hervorstechendsten

sind.

Die Suche nach der eindeutigen Gesellschaftsanalyse führt nach Nirgendwo.

Kein Spruch ist deshalb so blöde wie: Erst mal wieder Klarheit kriegen, bevor man handelt. Das Prinzip im Kapitalismus ist es ja gerade, seine sich aus dem technischen Fortschritt und den sozialen Kämpfen ergebende Entwicklung im Fluss zu halten und dabei völlig widersprüchliche Tendenzen in sich zu bewahren. Eine Analyse, die uns alles erklärt, kann es nicht geben, dafür sind selbst Momentaufnahmen zu heterogen.

So ist Fakt, dass noch nie in der Menschheitsgeschichte die Universalität (d. h. die Möglichkeit, unabhängig von Rassen-, Geschlechterzugehörigkeit und Klassenherkunft, Führungspositionen im Kapitalismus zu übernehmen) so groß war wie heute, ohne dass dies bedeutet, dass es nicht gleichzeitig starke Rollbacktendenzen auf den verschiedensten Feldern gäbe. Der kapitalistische Entwicklungsgang ist ständig widersprüchlich und den Interessen der Kämpfenden oft völlig entgegengesetzt. So haben die Frauenkämpfe gegen Geschlechterrolle und Hausarbeit zum Teil Emanzipation bedeutet, zum Teil aber auch nur zu einer Kapitalisierung des Reproduktionsbereiches geführt (Fast Food-Industrie, Frauenhandel, Pornoidustrie).

Das Verständnisproblem, das sich für uns aus dieser innerka-

pitalistischen Beweglichkeit ergibt, ist monokausal („die Ökonomie ist linear erklärbar und bedingt alles Weitere“) nicht zu bewältigen, aber auch eine Vermischung der Unterdrückungsverhältnisse (wie sie das 3:1 Papier vorschlägt oder das Entdecken eines neuen Hauptwiderspruchs wie beiden Bielefelder Radikalfeministinnen (Werthof, Mies) sind wenig überzeugend.

Die Stärke des Kapitalismus und seiner tragenden politischen Institutionen (Sozialstaat, Kirche, Parteien, Medien usw.) ist es vor allem seine Komplexität pragmatisch anzuerkennen. Der Pluralismus der bürgerlichen Gesellschaft ist kein Bluff.

Natürlich schieben sich in Krisenphasen planende Zentren über das Gefüge von widersprechenden Interessen, und natürlich gibt es Grenzen für Pluralismus, aber innerhalb dieser Grenzen ist Widerstand und Bewegung nicht nur zugelassen, sondern sogar erwünscht. Mit der Vorstellung einem einheitlichen Schweinesystem mit planenden Zentralschweinen lügen wir uns was in die Tasche. Selbst die entschiedensten Kämpfe gegen das System sind vor dem Reformismus nicht gefeit: Solange sie sich nicht in wachsendem Bewusstsein und bleibender Organisation ummünzen, sind sie auch nur der radikalreformistische Stachel, der zur Modernisierung beiträgt.

Wir brauchen heute weder eine monolithische noch eine diffuse Linke

Um zur Frage zurückzukommen: Linke Theorie kann aufgrund dieser Heterogenität der kapitalistischen Gesellschaft ein revolutionäres Projekt nicht als eine auf einem Weg erkämpfbare Veränderung, sondern nur als kompliziert miteinander verstrickte Bemühungen auf den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern verstehen.

Den zentralen Bereich politischer Tätigkeit schlechthin gibt es dabei nicht. Auch die unterschiedlich ausfallende Reaktion der staatlichen Repressionsmaschinerie gibt keine Auskunft darüber, wo denn nun ein zentrales Feld zu finden wäre. Veränderung müsste vielmehr wie in anderen Ländern als Vielzahl von durchaus widersprüchlichen Bemühungen verstanden werden.

Das Ziel wäre damit eine revolutionäre Linke, die ohne beliebig zu werden, so pluralistisch ist wie die bürgerliche Gesellschaft selbst. D. h. sie muss in allen gesellschaftlichen Bereichen präsent sein, und muss dabei für jeden dieser Bereiche eigene politische Vorschläge und Vorstellungen entwickeln. Wer jetzt leichtfertig den Reformismusvorwurf auspackt („mit der Position kannst du in die AL“ – Vorwurf von einem aus der Gruppe K), macht es sich zu einfach. Ein Blick auf die revolutionären Prozesse in

der Welt zeigt, dass eine Linke um revolutionär zu sein, eben nicht nur radikale (an die Wurzel gehende) Positionen braucht, sie muss diese Positionen auch massenhaft artikulieren können. Weil sie widersprüchliche Gesellschaften vorfindet (nirgends gibt es den von Marx vorhergesehenen Antagonismus Bürgertum-Arbeiterklasse voll ausgebildet), muss auch die „Linke“ (als Kern der anderen Gesellschaft) widersprüchlich sein.

Die entscheidende Frage, wo die Grenze anzusetzen hat, bis wohin linker Pluralismus gehen kann, ohne eine revolutionäre Position aufzugeben, kann sich nur in der Praxis beweisen. Mit Sicherheit weiten sich die Grenzen für das, was noch als Teil des revolutionären Prozesses zu sehen ist, im gleichen Maße aus, wie die Marginalität der Linken abnimmt. Trotzdem ist Vorsicht angebracht. Aber eine Position, die diesen Widersprüchen einfach aus dem Weg geht, indem sie sich in die Isolation zurückzieht, entzieht sich nur der gesellschaftlichen Wirklichkeit und Verantwortung, und ist gleichzeitig nicht weniger reformistisch.

Der Standpunkt von Han Solo (wenn ich ihn richtig verstanden habe), die heutige Gesellschaft sei in zu viele gesellschaftliche (Unterdrückungs-)Verhältnisse zersplittert, um eine gemeinsame Linke – als Organisation – Zuzulassen, ist deshalb meiner Ansicht nach die falsche Antwort auf die richtige Erkenntnis. Es ist sozusagen eine Kapitula-

tion vor der Durchsetzung der individualisierten, warenförmigen Gesellschaft, die nur noch den subjektlosen Untertan der Massengesellschaft (z. B. in der Bürokratie oder den Parteien) oder den Kleingruppenmenschlichen (z. B. der Kleinfamilie) kennt.

Ja gerade weil die vorherrschende Tendenz in den Metropolen ist, bestimmte offene Sozialstrukturen förmlich abzuschaffen – zum Beispiel durch Veränderung des Städtebaus, am Arbeitsplatz, in den Familienstrukturen – muss eine Linke daran interessiert sein, Gegengesellschaftlichkeit aufzubauen. Und zwar nicht von außerhalb der Gesellschaft als sektenförmige Szene, sondern durchaus im Normalalltag als Organisation.

Vielleicht ist dieser Wunsch unrealistisch. Dann aber vor allem deswegen, weil die Linke (und das ist auch der Grund, warum ich das Misstrauen der traditionellen Linken gegenüber der Nach-’68er-Linken bis zu einem gewissen Grad verstehe) die individualisierenden Tendenzen nicht bekämpft hat, sondern im Gegenteil an vielen Stellen eine Art Vorreiterrolle für sie eingenommen hat. Das seit ’68 durchgesetzte Recht, aus der Norm auszubrechen, ist eben nur bis zu einem bestimmten Punkt gesellschaftliche Befreiung gewesen.

Es war daneben auch Grundlage für ein modernes und sehr kapitalkonformes Lebensgefühl von Spaß, Luxus, Unverbindlichkeit, Teilzeitarbeit, Individual-

reisen... Auch die Einrichtung von alternativen Wohngemeinschaften mit ihrem Umfeld widerspricht dem nicht. Dieser Kleinfamilienersatz ist genau wie die Kernfamilie selbst Reproduktionszusammenhang und an sich eben noch kein Ausdruck von Gegengesellschaftlichkeit. In diesem Sinne gibt es durchaus eine Kontinuität vom Vollsponti „Dany le Rouge“ zum nouveau citoyen Cohn-Bendit. Das Betonen der widersprüchlichen Unterdrückungsverhältnisse macht mich deshalb bei manchen Diskussionen skeptisch. Oft nämlich dient die Unvereinbarkeit von „deutsch“ und „ausländisch“, von Mann und Frau als Vorwand für eine grundsätzliche Unfähigkeit zur Kollektivität, die man aber auch gar nicht überwinden will. Das Konzept der unterschiedlichen Ausbeutungsverhältnisse ersetzt Gedanken über jenes postmoderne Lebensgefühl, das aus Unverbindlichkeit, genossener Vereinzelung und Für-sich-selbst-ganz-subjektiv-Reden besteht.

Die Hoffnung auf die einfache Einheit der Unterdrückten ist in ihrer Makellosigkeit natürlich ein Mythos der patriarchalisch dominierten Linken, und hier ist die Kritik von Han Solo und anderen gültig. Selbst in Trikontländern wie z. B. jetzt in der 500-Jahres-Kampagne in Lateinamerika kriegen die linken Avantgardeorganisationen die Unterdrückten nur noch unter einen zerbeulten Hut: Frauen, Schwarze und IndianerInnen rebellieren gegen die Einheit der

Geknechteten unter Führung von BürokratInnen aus der Mittelschicht.

Aber im Gegensatz zur Linken in der BRD bedeutet das nicht das Festschreiben der Zersplitterung, sondern Bemühungen und innere Kämpfe um eine andere Einheit. Insofern haben die OrganisationskritikerInnen mit einem richtigen Argument unrecht.

Die Antwort auf die falsche Einheit kann nicht der Verzicht auf weitreichende Organisation sein, sondern Bemühungen um eine pluralistische Linke.

zu b)

Ein anderer Revolutionsbegriff?

„So sind Eroberung der politischen Macht und Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln lediglich die notwendige, aber nicht die ausreichende Bedingung einer Transformation der Struktur im sozialistischen Sinn. Notwendig, weil jene nachfolgende Umwälzung ohne sie nicht zu vollziehen ist; nicht ausreichend, weil sie sich in dieser Bedingung noch nicht erschöpft. Daraus folgt, daß die sogenannte „Übergangsgesellschaft“ eine Gesellschaft ist, in welcher nicht als Residuum der Vergangenheit, sondern als ganz in der Gegenwart verwurzelte Form ein Großteil der kapitalistischen Produktionsweise fortbesteht.“

(Rossana Rossanda, Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch)

„Alle bisherigen Revolutionen meint Freire, unterliegen an dieser Stelle der Kritik. Sie verzichteten auf eine revolutionäre Pädagogik oder vertagten sie. Und also überlebten im revolutionären Prozess vorrevolutionäre Bewußtseinsstrukturen und Herrschaftstechniken. Und das führt mit Notwendigkeit zur Bürokratisierung der Revolution, zu ihrer Selbsterstörung. Das konterrevolutionäre Potential im Bewusstsein der Massen und ihrer Führer ist viel zu groß. Der Feind, der rechts beseitigt ist, steht immer noch innen (...) Nur wenn der revolutionäre Prozess mit dem Vertrauen zum Volk und also mit einer revolutionären Pädagogik anhebt und fortschreitet als „kulturelle Aktion für die Freiheit“ vor dem revolutionären Akt, als Kulturrevolution danach, wird er hervorbringen, was sein einziges und eigentliches Ziel ist: freie Menschen.“ (Ernst Lange in der Einleitung zur „Pädagogik der Unterdrückten“ des brasilianischen Befreiungspädagogen Paulo Freire)

Die zweite Frage nach dem Revolutionsbegriff, d. h. nach einer Vorstellung von dem, was Befreiung heute bedeutet, hat viel mit dem oben Gesagten zu tun. Die traditionell-marxistische Begrifflichkeiten von „Basis“ (ökonomischer Grundlage) und „Überbau“ (Kultur, Ideologie, Parteien, Staat) beinhalten eine einfache Schlussfolgerung: Wenn sich das erste verändert, wird auch das zweite revolutioniert. Diese Vorstellung ist mecha-

nizistisch und war bestimmend im Sowjetmarxismus (gutes Beispiel dafür: Bucharin). So war die Revolution in der SU (vor allem aufgrund gegebener objektiver Zwänge) auf die Übernahme der Staatsführung beschränkt (die Bürokratie blieb zu einem erheblichen Teil sogar zaristisch), was zwar Möglichkeiten eröffnete, aber eben auch die Grenzen des Prozesses ziemlich eng festlegte. Für einen anderen Revolutionsbegriff müssten aus dieser Erfahrung mehrere Schlussfolgerungen gezogen werden: Erstens müsste es, wie es im Rossanda-Zitat ausgedrückt ist, erkannt werden, dass die Machtübernahme zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Zweitens dass die Kontrolle über den Staat und selbst die Sozialisierung der Produktionsmittel andere gesellschaftliche Verhältnisse unangetastet lassen kann, also gesonderte Bemühungen auf allen gesellschaftlichen Feldern nötig sind (die russische Kommunistin Alexandra Kollontai hat das ziemlich früh erkannt und nach 1917 vor allem über Themen wie Sexualität, Liebe, Familie, Frauenrolle gearbeitet) – Integrität der Revolution könnte man das nennen: und das drittens, da die staatlich-administrative Machtübernahme nur ein Element des revolutionären Prozesses ist, dieser lange vor ihr einsetzen kann und muss. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci spricht in diesem Zusammenhang

von Stellungskrieg, d. h., von einer Umwälzung, die aus der allmählichen Einnahme von Positionen besteht, ohne dabei an Reformmöglichkeiten innerhalb des bestehenden Systems zu glauben. Die Idee von der Vorwegnahme der Revolution ist auch bei anderen Linken nicht neu. Seit 25 Jahren wird der Revolutionsbegriff des Sowjetmarxismus massiv kritisiert. Der Marsch durch die Institutionen der StudentInnenbewegung mit seiner Hinwendung zu diesen ist eine Folge dieser Kritik am Realsozialismus und zeigt auch die darin beinhalteten Schwierigkeiten auf. Weder kann eine straff organisierte Linke den Staat einfach per Unterwanderung übernehmen noch kann eine lose linke Strömung die Reformen bis zum Sieg weitertreiben. Es geht vielmehr um das schwierige „Zusammenwirken von Zerstören und Neuaufbauen“ (Gramsci). Das alte System muss zerschlagen werden – eine radikale Reform kann es nicht geben – und auf der anderen Seite müssen parallele Strukturen aufgebaut werden, die eine Grundlage bilden für später, eine beschränkte Vorwegnahme von Befreiung bedeuten und Bestandteil der politischen (Gegen-)Macht sind. So müssten ArbeiterInnen eines Betriebes sich sowohl für konkrete Kämpfe organisieren als auch die Bildungsgrundlage erarbeiten um den Betrieb später selber verwalten zu können. Darüber hinaus jedoch

muss die Organisation dieser ArbeiterInnen befreiende Tendenzen beinhalten: Sie muss, was antisexistisches Bewusstsein oder egalitäre Strukturen betrifft, nach vorne weisen.

Revolutionäre Positionen messen sich daran, ob sie diese verschiedenen Elemente gleichzeitig beinhalten. Weder sind Kämpfe, die über die Machtübernahme nicht hinausdenken, wirklich befreiend, noch besitzen all jene Strukturen, die sich ohne Ausweitung in die Gesellschaft bereits durch ihre Existenz für subversiv halten (ein weitverbreiteter Irrtum der Szene) für uns größere Bedeutung. Die Verwechslung von Parallelmacht und Alternativkultur führt in die Irre. Die Absonderung in Form einer angepunkteten Politbewegung ist uninteressant, es geht um den Aufbau kollektiver Strukturen im Normalalltag, dort wo wir lernen, arbeiten, studieren und leben. Es ist banal, aber immer noch nicht durchgesetzt: Ein revolutionärer Prozess ist nie von außerhalb gegen die Gesellschaft, sondern nur innerhalb der Gesellschaft gegen ihre Unterdrückungsverhältnisse denkbar. Vielleicht ist manchmal nichts anderes mehr möglich als die Beschränkung auf eine völlig isolierte Minderheitenposition. Aber ein selbstgefälliges Einrichten in ihr, wobei die Außenwelt nur noch als feindlich und spießig empfunden wird, ist ein Verzicht auf jede politische Posi-

tion. Es ist ganz einfach nur die Suche nach einer Nische, in der man sich moralisch einwandfrei fühlen kann. Egal wie groß unsere Schwierigkeiten dabei sind: die Linke braucht eine Ausweitung in die Gesellschaft zurück, auch wenn die Berührung mit den wirklich haarigen Widersprüchen viel schwierigere Entscheidungen als bisher erfordert.

Außerdem wird es bei einer politischen (anstelle einer subkulturellen) Definierung „unserer Bewegung“ zwangsläufig zu Brüchen kommen: Viele der sich als radikal dagegen begreifenden Menschen verfolgen kein politisches Projekt und unter denen, die es verfolgen, gibt es völlig unterschiedliche Vorstellungen.

Aber eine solche Klärung, die der Linken bevorsteht, bedeutet nichts Schreckliches. Die notwendigen politischen (Um-)Brüche brauchen nichts Endgültiges und Absolutes an sich zu haben. Die Möglichkeit des Irrrens sollten wir berücksichtigen und für unsere freundschaftlichen Beziehungen müssen sie gar nichts bedeuten. Zu bedenken haben dabei zudem gerade wir, die wir eine politische Organisation wollen, dass weder alle SystemgegnerInnen das gleiche wollen müssen, noch das eine solche Organisation einen Führungsanspruch beanspruchen darf (auch wenn sie darauf abzielen sollte orientierend/führend zu wirken). Wenn unsere Bemühungen nur zu einer zusätzli-

chen Zersplitterung beitragen, war alles für die Katz. Andere politische Umgangsformen sind gerade jetzt für eine mögliche Neuzusammensetzung ein absolutes Muss.

Zu c)

Für eine Linke ohne zentrales Subjekt

„Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung sind, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung, vergißt daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.“ (Marx/Engels: Redigierte Feuerbachthesen)

Banal ist inzwischen auch die Erkenntnis, dass das gesellschaftlich treibende Subjekt im Augenblick in der BRD nicht in der Arbeiterklasse zu erkennen ist. Trotzdem stürzt sich die Linke auf neue zentrale Widersprüche, die die ersehnte Umwälzung ermöglichen werden.

Für einige sind es – gemäß der Mies'schen Theorie – die Frauen, für andere wie die MacherInnen der –„Materialien für einen neuen Antiimperialismus“, und den sich bewusst oder unbewusst an ihnen orientierenden Autonomen, die Massen im Trikont und dort vor allem die farbige Frau; und darüber hinaus sind es natürlich auch all diejenigen, die es sein wollen, was im verengten Blickfeld man

natürlich meistens selbst ist. Das passt im Übrigen auch gut zur „Politik in der ersten Person“ und ist deswegen den Subjekten einer individualisierten Massengesellschaft höchst sympathisch.

In der Praxis werden alle drei Theorien miteinander vermischt, wobei zwischen Beliebigkeit, billiger Verelendungstheorie und ich-bezogener Selbstkasteiung (die ganze Zeit zu betonen, dass man als weißer Mann zu den Ausbeutern gehört, ist schließlich auch eine Methode, sich wieder zum Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzung zu machen) hin- und herschwankt.

Das revolutionäre Subjekt schlechthin dürfte im Augenblick in der BRD und wahrscheinlich nirgends in der Welt auszumachen sein. Alle gesellschaftlichen Gruppen, selbst die verelendeten Massen im Trikont, sind im Moment so heftigen Bewegungen und Veränderungen unterworfen, dass sie als soziale Einheiten schon wieder im Zerfallsprozess begriffen sind, bevor sie aufgrund äußerer materieller Bedingungen zusammenfinden könnten.

Die Kultur- und Informationspolitik des modernen Kapitalismus, der seine Fernsehserien bis in die Slums von Corumba im Urwald Brasiliens gelangen lässt, tut ein Übriges. Die materiellen Gemeinsamkeiten sind differenziert genug, um Solidarisierung zu verhindern. Kulturelle Einheiten werden durch die immer noch massiv durchgesetzte Konsumkultur

zerschlagen. Und dort, wo es den Zusammenhalt als Stadtteil, Region, ausländische Gemeinde oder Subkulturszene gibt, kämpft die Rechte mit Repression und Integration meistens erfolgreich um Hegemonie.

Die Aussicht, dass demnächst ein von der Geschichte dazu prädestiniertes soziales Subjekt auftauchen wird (das dann das Objekt der Linken sein könnte), ist eher klein. Die theoretisch leicht zu handhabende Masse aus Arbeitern, Frauen, Flüchtlingen, Roma und Sinti, die aus materiellem Zwang revolutionär wird, ist die Erfindung einer verwirrten Linken nach Marx. Weder im Trikont noch in den Metropolen werden sich unsere RetterInnen aufspüren lassen. Das Schielen auf das Subjekt sollten wir lassen. Auf der anderen Seite aber bestehen die gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse fort, es gibt weiterhin objektiv vorhandene Klassen (auch wenn sie sich kaum politisch artikulieren) und einen nicht abgeschwächten, sondern ausdifferenzierten Antagonismus zwischen diesen.

Die materialistische Analyse, nach der die Position innerhalb des Ausbeutungsgefüges das Interesse an Veränderung steigen oder fallen lässt, hat nicht an Gültigkeit verloren. Genauso wenig die Erkenntnis, dass weite Teile der Bevölkerung auch in den Metropolen den unterschiedlichsten materiellen Ausbeutungsverhältnissen (in der Familie, im Lohnarbeitsverhältnis, aber auch als kleine Selbständige) unterworfen sind.

Trotz relativ guter Löhne wird diesem Großteil der Bevölkerung wirkliche Lebensqualität in Form von Gesundheit, sozialen Beziehungen, Bildung und Entfaltungsmöglichkeiten nach wie vor vorenthalten. Nichts spricht dafür, dass der Kapitalismus diese Bedürfnisse in der Zukunft besser erfüllen und seine inneren Widersprüche auflösen wird. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. So gesehen besteht die Notwendigkeit, und damit auch die Grundlage für ein sozialistisches Projekt fort. Dafür aber, dass eine Bewegung sich diese andere Gesellschaft erkämpfen will, dafür ist das subjektive Erleben des Alltags wichtiger geworden. Klar, dass dieses Erleben völlig unterschiedlich ist und deshalb auch die Kampfbereitschaft stärker von subjektiven Faktoren (Sensibilität, Gerechtigkeitsempfinden, Bedürfnis nach Sozialbeziehungen usw.) beeinflusst ist als möglicherweise noch im Manchesterkapitalismus. Der Determinismus – „wer in diesen Verhältnissen lebt, muss sich folgendermaßen verhalten“ – war nie richtig. Heute ist er noch falscher geworden.

Für die Linke bedeutet das aber auch, dass es wichtiger geworden ist, Alternativen aufzuzeigen. Gar nicht so sehr in Form schlüssiger Theoriegebäude, sondern eher dadurch, dass sie persönlich greifbar ist. Die Linke muss, wenn sie eine gesellschaftliche Option sein will, präsent sein und sie muss es (und da haben die GöttingerInnen total recht) auch endlich wieder den verschiedensten

Leuten ermöglichen, an linker Politik teilzunehmen. Wenn Politik keine Exklusivität für jugendliche Singles zwischen 17 und 27 sein soll, dann muss der Alltag mit Lohnarbeit, Kindern, Haushalt usw. Thema sein. Erst recht für eine offene Organisation.

Wichtig wird dabei auch sein, ob die Linke den Schritt vom Agitatorischen zum Befreiungspädagogischen schafft: ob sie weiterhin glaubt, Wissen vermitteln zu müssen, oder aber ob sie ihre Umwelt zur Selbstfindung, zum Subjektwerden anstachelt. Das ist mühselig, und bedarf eines ganz und gar unarroganten Verhältnisses zur Umgebung, aber es ist im Endeffekt der einzige erfolversprechende Weg zur Revolution. Das revolutionäre Subjekt muss eben wirklich aus Subjekten bestehen. Oder wie es bei Paulo Freire heißt:

„Kritischer und befreiender Dialog, der Aktion voraussetzt (...) muß auf allen Stufen des Kampfes um Befreiung geführt werden. Der Inhalt dieses Dialogs kann und muß sich verändern, je nach den historischen Bedingungen und dem Maß, in dem Unterdrückte die Wirklichkeit begreifen. An Stelle des Dialogs jedoch Monolog, Schlagwort und Komunikés zu setzen, bedeutet den Versuch, die Unterdrückten mit dem Instrumentarium der Domestizierung zu befreien. Wer versucht, die Unterdrückten ohne ihre denkende Teilnahme am Akt der Befreiung zu befreien, behandelt sie als Objekte,

die man aus einem brennenden Gebäude retten muß. Es heißt (...) sie in Massen verwandeln, die man manipulieren kann.“ (Pädagogik der Unterdrückten)

Die Perspektiven einer revolutionären Organisation

Die Zeiten für eine neue linke Organisation sind schwer. Die Skepsis überwiegt allorts. Sozialismus ist zu einem diskreditierten Begriff geworden und die Vorstellungskraft der Gesellschaft zerbrochen. Auf der anderen Seite gibt es keine Alternative zu einem neuen Anlauf in Richtung Befreiung. Ansonsten wird das Fehlen eines gesellschaftlichen Zieles auf lang oder kurz auch auf die gesamte Gesellschaft zurückfallen. Ohne befreiende Projekte, Utopien und Entwicklungen geht sie langfristig vor die Hunde, weil sich Sinnleere breit macht. Insofern ist unser Problem nicht nur unser Problem – egal ob wir im Augenblick isoliert mit unserer Suche sind und unabhängig davon, dass es gewaltig klingt, wir beschäftigen uns mit einer Menschheitsfrage – mit der Menschheitsfrage schlechthin.

Die Linke wird deshalb nicht darum herumkommen, sich gerade jetzt zusammenzuraufen und gewagte Schritte in Richtung Neubestimmung zu machen. Und um die dafür notwendige Diskussion verschiedenster Konzepte führen zu können, brauchen

wir Strukturen, in denen sich mehr Wissen angeeignet und gegenseitig vermittelt wird als im Augenblick. Es fällt mir schwer, mich hier verständlich zu machen, weil ich es für absolut offensichtlich halte, die Strukturen sowohl für eine offene praxisbezogene Diskussion – also eine, die Theorie in Kämpfen erproben muss – als auch für verankerte Aktionen und (klar auch) Kampagnen sind zwangsläufig die einer Organisation. Es gibt – außer in Bewegungshochzeiten – überhaupt keine Alternative dazu. Die Schritte dorthin sind schwer vorzuzeichnen, zumal die Bereitschaft, in einer Kollektivstruktur aufzugehen, für die Verbindlichkeit und Arbeit benötigt werden, nach wie vor klein ist. Konkrete Vorschläge werden deshalb zwangsläufig am Unwillen einer eigentlich zufriedenen, höchstens moralisch betroffenen Linken abprallen, und sich von vorneherein darauf einstellen müssen, mehr GegnerInnen als FreundInnen zu haben. Zudem werden wir uns nicht zu viel von einem neuen Ansatz erwarten dürfen. Ein Großteil der Probleme der radikalen Linken in der BRD sind gesellschaftliche, und werden in einer anderen Struktur ebenso auftauchen wie bisher. Außerdem spricht nichts dafür, dass eine linke Organisation in absehbarer Zeit eine Massenbasis haben wird. Es ist eben nicht so, dass die Bevölkerung darauf wartet, revolutionäre Impulse zu erhalten. Eine schlaue Linke wird nicht viel stärker sein als

der KB in besseren Zeiten oder die Autonomen 1986. Bescheidenheit ist angesagt und die linke Praxis sollte sich dabei mehr an unscheinbaren Erfolgen einer soliden Arbeit als an den spektakulären Ereignissen, von denen in zwei Jahren nur noch eingeweihte VeteranInnen reden, orientieren.

Eine linke Organisation kann im Augenblick nicht viel mehr machen, als Positionen zu halten, die Individualisierungstendenz zu stoppen, im Bekanntenkreis die Politisierung voranzutreiben, und vor allem ihre Militanten darauf vorzubereiten in jeder Hinsicht Verantwortung für einen gesellschaftlichen Prozess zu übernehmen.

Ohne langen Atem, einer dicken Haut gegen Anfeindungen und der Bereitschaft, sich gegen den durchgesetzten Mainstream zu stellen, wird jedes Organisationskonzept scheitern. Nach allen Anzeichen wird die Veränderung in der Linken – wenn sie denn kommt – verheißungsvoll unspektakulär werden. Ein mühsames Aufbrechen längst verinnerlichter Rede- und Denkstrukturen. ein Zweifel schürender Abschied von Ideologien (die es bei den Autonomen nicht weniger gibt als anderswo).

Natürlich wird in diesem Prozess viel von der Kraft einzelner abhängen. Darauf dass alle gleichzeitig zum selben Schluss kommen, darauf könnten wir ewig warten. Etwas vorzugeben wird sicherlich positiv zu bewerten sein, und das setzt den Mut der sich Vorwärtswagenden voraus.

Alles in allem eher mittelmäßige Perspektiven, aber nicht schlechte. Woran sollten wir mehr lernen als an Umbrüchen und Krisen wie heute. Revolution ist sowieso sehr viel weniger das begeisternde Spektakel, von dem wir mit 16 geträumt haben, als vielmehr die kontinuierliche Arbeit, der gesellschaftliche Prozess, der ständig weitergeführt werden kann und

kein klares Ende hat. Aber nichtsdestotrotz der Satz „es gibt keine Alternative“ ist ernst gemeint. In den Stromschnellen gesellschaftlichen Umbruchs können nur die überleben, die bereit sind, sich und ihre Vorstellungen ständig in Frage zu stellen. Alles andere führt zum Verlust der gesellschaftlichen Relevanz und dann direkt zur Psycho-

Sekte, egal ob man sich selbst als Partei oder Szene bezeichnet. Als uns selbst als ideologiekritisch begreifende Menschen sollten diejenigen, die das jahrelang als Autonome gesehen haben, bei dieser Bereitschaft zum Neulernen eigentlich in erster Reihe stehen.

Zettelkecht

Für eine linke Strömung

„Für eine linke Strömung“ ist eine Gruppe von etwa 20 Leuten, die etwa zur Hälfte aus dem autonomen Spektrum, und zur anderen aus anderen linken Gruppen kommen.

FelS ist eine Organisationsinitiative, die zur Neuzusammensetzung der Linken beitragen will und dafür an bundesweiten Diskussionsstrukturen mitarbeitet. Sie betrachtet sich als offene politische Gruppe ohne Themenbeschränkung.

Sie will sich nicht zu einem Teilbereich verhalten, sondern eine gesellschaftliche Perspektive wieder zur Diskussion stellen helfen. Obwohl sie das Entstehen einer linksradikalen politischen Organisation begrüßenswert fände, hält sie die Organisationsfrage für kein Allheilmittel. In der jetzigen Situation der Neuzusammensetzung der Linken findet sie vor allem eine breite Debatte unter den bestehenden Zusammenhängen, Gruppen und Szenen notwendig. Dafür sind die Eigeninitiative der verschiedenen

Gruppen und das Schaffen von unterschiedlichen Diskussionsstrukturen unerlässlich. Aber auch historische Irrtümer, Sackgassen, verpasste Möglichkeiten, sowie objektive Zwänge lassen sich heute ohne ideologische Voreingenommenheit entdecken.

Sich gerade jetzt von 150 Jahren sozialistisch-revolutionärer Geschichte mit ihren verschiedenen Strömungen abzuwenden, weil „man jetzt sehen kann, was da für Scheiße rausgekommen ist“, finden wir kleinkariert und beknackt. Ein Konzept für eine andere Gesellschaft lässt sich nur entwickeln, wenn wir eine Vorstellung von Geschichtlichkeit haben, von Notwendigkeiten und einer Langatmigkeit der Umwälzung. Deswegen brauchen wir eine Theorie, nicht um akademische Pirouetten zu drehen, oder als Bestätigung dessen, was wir schon immer gesagt und getan haben, sondern als Untersuchung, als ständiges Dazu- und Umlernen. Wenn

wir also unseren Anspruch als Gruppe, nämlich zum Entstehen einer neuen linken Organisation beizutragen, gerecht werden wollen, dann können wir nicht einfach wie zahllose Zirkel des „wissenschaftlichen Sozialismus“ im Hinterzimmer eine eigene theoretische Position erarbeiten, mit der wir danach die Szene beschießen...

Wir wollen die Aneignung von Theorie, die für uns einer von mehreren wesentlichen Bestandteilen für das Entstehen einer linken Kraft ist, deshalb als offene und gemeinsame Entwicklung zugänglich machen. Zwar bereiten wir unsere Seminare als AG gemeinsam mehrere Wochen vor, aber wir wollen nicht als SpezialistInnen auftreten, die ihren Standpunkt eindeutig geklärt haben. Die Seminare sollen Raum bieten für das gemeinsame Erobern einer Position, die natürlich keine immer gültige bleiben kann. Dafür wollen wir sowohl mit Referaten und Diskussionen im Plenum, als auch mit kleinen Untergruppen,

Textauszügen, Dias, Filmen, Zeitzeuginnen usw. arbeiten. Die interessanteste, spannendste, praktischste Methode werden wir – blutige Laien die wir sind – erst im Verlauf der Reihe finden können, gemeinsam mit denen die kommen. Dazu haben wir schon einiges gesagt: man kann zwar Aktionen machen, sich an Revolten beteiligen, Aufstände durchführen oder einfach nur oppositionell leben („leb radikal, wild und gefährlich“). Aber damit aus der eigenen Wut eine gesellschaftliche Bewegung für eine andere Gesellschaftsform entsteht, die außer der Utopie auch noch eine Vorstellung besitzt, wie man zu der Utopie gelangen

könnte, dafür brauchen wir Theorie. Ums klar machen: Gemeinschaften, die kommunistisch-oppositionell gelebt haben, Aufstände, Streiks, Verweigerung, all das gibt es seit Jahrtausenden. Die häretischen Sekten im Mittelalter sind ein gutes Beispiel für radikale kommunistische Gemeinschaften, die zwar gekämpft, aber keine gesellschaftliche Veränderung erreicht haben. Warum? Unter anderem deswegen, weil Utopie und guter Wille nicht ausreichen, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen Veränderungen nicht zulassen. Revolution ist eben mehr als die Entschlossenheit und die Opferbere-

itschaft einer Gruppe von Leuten. Das unerlässliche Zwischenglied zwischen den objektiven Bedingungen und der Strategie kämpfender Menschen. Diese (Unterdrückungs-)Verhältnisse zum Zerbrecen zu bringen, das ist das Verständnis von geschichtlichen Veränderungen, die Fähigkeit zu planen und das Lernen aus Fehlern. Wer also Theorie für unnötiges Labern hält, nimmt der Linken ihre wichtigste Waffe, ohne die sie nicht siegen kann. So gibt es zwar oppositionelle Bewegungen ohne Theorie und ohne strategisches Konzept, aber bestimmt keine revolutionäre Praxis mit Aussicht auf Erfolg.

Selbstverständnis

Wozu ein Selbstverständnis?

Mit diesem Selbstverständnis wollen wir das Projekt unserer politischen Gruppe offenlegen und kritisierbar machen. Für eine Diskussion unterschiedlicher Gruppen miteinander und für das Dazukommen neuer Leute ist es notwendig, dass mensch die Linie der einzelnen Gruppen kennt. Im heutigen Szenezusammenhang gibt es diese Kenntnis nur für Insider. Wenige Gruppen haben im Moment ihr Konzept zusammengefasst und veröffentlicht, obwohl sich in der Praxis doch immer wieder zeigt, dass vage unterschiedliche Theorien zugrundeliegen. Eine Diskussion wird dadurch nicht

einfacher. Die uns wichtigen Punkte wollen wir hiermit darstellen, ohne damit ein fertiges Konzept bieten zu können.

Der folgende Text ist als Koproduktion von Zettelknecht, Heinz Schenk, Roberto Blanco, Rita Pavone, Adriano Celentano und einigen weiteren GenossInnen entstanden. Wir wollen hier nicht nur unsere Diskussionen und Ideen offenlegen und damit kritisierbar machen, sondern auch interessierte GenossInnen dazu einladen, sich an den Debatten zu beteiligen (sei es, dass Ihr schreibt oder bei uns direkt vorbeikommt). FeIS will zu verschiedenen Themen auch außerhalb der autonomen

Szene Diskussionen führen und eine eigene Praxis entwickeln. Als Gruppe haben wir uns seit ca. anderthalb Monaten neu konstituiert, wobei wir unsere Arbeit parallel zu den gemeinsamen Plena schon in AGs aufgeteilt haben. Zur Zeit arbeiten wir in zwei Arbeitsgemeinschaften: Die „Kontakt-AG“ kümmert sich darum, dass wir Verbindungen zu verschiedenen Gruppen, die ebenfalls die Organisationsfrage diskutieren oder diskutieren wollen, und zwar in Berlin sowie der übrigen BRD bekommen. Die AG organisiert die Diskussion mit diesen Gruppen und soll Treffen mit ihnen ermöglichen, sowie interessante Diskussionen aus anderen

Ländern übersetzen bzw. als Reader veröffentlichbar machen. Unsere zweite Arbeitsgemeinschaft ist die „Lern-AG“, die Theoriearbeit nicht so versteht, dass in einem abgeschlossenen Zirkel neuartige Konzepte entwickelt werden, sondern Wissen für viele Menschen, also öffentlich, zur Diskussion gestellt wird. Es geht der AG darum, die Diskussion verschiedenartiger Organisations- und Strukturmodelle voranzubringen, wobei konkret schon eine Veranstaltungsreihe in Planung ist, die Anfang Februar mit einem Seminar zum Spontaneismus beginnen wird.

1. „Wir“, das sind Frauen und Männer, in diesem Land geborene Menschen ebenso wie ImmigrantInnen. Da unsere bisherigen Erfahrungsbereiche u. a. durch Alter und Lebensstil/Kultur sehr stark eingeengt sind, wollen wir so breit wie möglich die verschiedensten gesellschaftlichen Realitäten von Menschen kennenlernen und zusammenbringen. Es gibt zwei verschiedene Möglichkeiten, Kämpfe zu führen, ausgehend von der Realität einer sozialen Gruppe, sozialen Klasse oder sexuellen Gruppe einerseits und quer zu diesen Realitäten andererseits. Wir halten die zuerst genannte Möglichkeit sich zu organisieren für notwendig, und als Einzelpersonen sind wir auch in vielen Bereichen entlang spezifischer Unterdrückungsverhältnisse/gesellschaftlicher Widersprüche organisiert. Daneben halten

wir es aber für ebenso wichtig, auch auf eine Organisation hinzuwirken, die – über die unmittelbaren Unterdrückungsverhältnisse hinaus und die Teilkämpfe vereinigend – einen gesamtgesellschaftlichen Kampf um Befreiung führt. Damit denken wir nicht an eine Führungsorganisation, die sich an die Spitze spezifischer Kämpfe stellt, sondern an eine Form gesamtgesellschaftlicher politischer Organisation, die es im Moment nicht gibt und die fehlt. (Man kann Probleme zwar konkret erkennen, aber um ihre gesellschaftlichen Ursachen umfassend zu begreifen, muss man abstrahieren, d.h. verallgemeinern können, um von dort zum Konkreten/ Einzelnen zurückzukehren.) Ganz konkret bedeutet das, zu verhindern, dass – wie oft in der Geschichte – durch das Entstehen eines übergreifenden Organisationsansatzes andere unmittelbare Ansätze (siehe oben) unterdrückt werden. Bei unserer Organisation wollen wir ein gemeinsames Voneinander-Lernen erreichen, sind uns aber bewusst, dass hier Widersprüche existieren.

2. Unser mittelfristiges Ziel ist es, einer von mehreren Orientierungspunkten in der notwendigen Diskussion um das Entstehen einer revolutionären Organisation zu sein, wie auch eine organisierte Position in sozialen Kämpfen. Dabei stellt sich als zentrales Problem das des Verhältnisses von Theorie und Praxis. Unserer Ansicht

nach kann die Linke die „Krise ihrer Inhalte“ nicht durch einen Rückzug in die Theorie lösen. Sie braucht wie immer gleichzeitig theoretische und praktische Arbeit, die in einem kontinuierlichen wechselseitigen Entwicklungsprozess stehen. Beides kann sie nur bewältigen, wenn sie sich den Rahmen für Diskussion und politische Arbeit schafft.

3. Der Aufbau einer eigenen politischen Gruppe (FeLS) ist für uns desweiteren auch ein Mittel, zwei der bestimmenden Eigenschaften des modernen Kapitalismus, die Objektivität, mit der die Mehrheit so lange zum Opfer gemacht wird, bis sie selbst nicht mehr glaubt, auch Subjekt sein zu können, und die Vereinzelung angreifen zu können. Eine politische Gruppe, die ihre Initiative bewusst plant und realisiert, kann eigenes und gemeinsames Handeln ermöglichen. Zielrichtung ist es, nicht mehr nur zu reagieren, sondern selbst Inhalte und Strategien zu bestimmen und wirklich gemeinsam zu handeln: über die Kleingruppe und die (im Grunde genommen individualistische) anonyme Zufallsbewegung hinaus.

4. Wir verstehen Revolution als einen dialektischen Bewusstseins- und Lernprozess, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muss und weder erst mit dem bewaffneten Aufstand beginnt, noch nach einer Machtüber-

nahme durch RevolutionärInnen beendet sein kann. Vielmehr geht es ständig darum, gegnerische Macht zurückzudrängen und in dem zurückgelassenen Vakuum Gegenmacht aufzubauen (aber nicht als abgeschottete Subkultur). Das bedeutet aber, Erfolge weniger an dem plakativ radikalen Aussehen einzelner publikumswirksamer Ereignisse zu messen, sondern stärker an ihrer Bedeutung auch als winzige Schritte in einem Gesamtprozess sozialer Befreiung. Erfolge sind Kämpfe, die der solidarischen Organisation und dem revolutionären Denken und Handeln Terrain erobern, sei es auch dadurch, dass der herrschenden Klasse Zugeständnisse abgerungen werden, – die ja dann Ausgangspunkte für verstärkte Kämpfe werden können. Das wird tendenziell dann erreicht, wenn wieder mehr Dialog zwischen den Vereinzelt hergestellt wurde und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den zahllosen Herrschaftsmechanismen durch eigenes Handeln durchbrochen wird. D. h. wir finden die Durchsetzung von konkreten Verbesserungen auch innerhalb der heute bestehenden gesellschaftlichen Ordnung notwendig und positiv, wenn in ihr die oben angesprochenen Elemente enthalten sind, sie also eine Verbesserung von Kampfbedingungen für systemfeindliche Bewegungen darstellt.

5. Dabei können weder unser aktueller Begriff von den Inhalten der Befreiung noch

unsere jetzigen Kulturformen feststehende Wahrheiten sein. Das heißt, es geht uns nicht um die Vermittlung von Erkenntnissen (von den Wissenden zu den Massen), sondern um einen gemeinsamen/gegenseitigen Lernprozess. Zum Vorantreiben dieses Prozesses sind aber unserer Meinung nach folgende Herangehensweisen gänzlich ungeeignet:

a.) Es gibt eine akademistische Art, Politik zu machen, die sich darauf beschränkt, Theorie um ihrer selbst willen zu betreiben und bestenfalls soziale Kämpfe kommentiert, ohne je Teil von ihnen sein zu können.

b.) Als das andere Extrem zeichnen sich manche Gruppen aus, die meinen, dass die einzelnen unabhängigen Kämpfe und Verweigerungshaltungen aus ihrer eigenen Dynamik heraus zur Revolution führen und keine verbindende Organisation und Strategie brauchen (spontaneistische Position).

c.) Ebenso eindimensional sind andere Gruppen, die die Revolution in erster Linie als ein Problem der Machtübernahme durch die RevolutionärInnen im militärischen Sinne betrachten und sich vor allem auch auf eine hierarchische Wertung der sozialen Kämpfe stützen (Haupt- und Nebenwiderspruch).

Wir wollen uns mit dem Aufbau einer eigener politischen Gruppe außerhalb dieser drei Positionen stellen

6. Grundsätzlich ist unsere

Gruppe für alle Leute offen, die mit uns bestimmte Grundeinschätzungen teilen, welche hier formuliert sind. Die Gruppe stellt ihre Diskussionen nach außen dar, ist ansprechbar und erreichbar (siehe oben). Dazu nutzt sie verschiedene Medien auch außerhalb der autonomen Szene und geht mit Zielen wie Programmen nicht konspirativ um. Diese Offenheit bedeutet auch, dass wir mit Veröffentlichungen nicht warten, bis unsere Diskussionen abgeschlossen sind, sondern dass wir auch den Diskussionsprozess selbst mit seinen Widersprüchlichkeiten transparent machen.

7. Obwohl sich FeS explizit als Versuch begreift, außerhalb des autonomen Rahmens Politik zu machen, geht es uns nicht um die Schaffung eines bezüglich drinnen und draußen klar abgegrenzten Körpers (Partei, Szene...). Das bedeutet vor allem, dass wir den Fehler der traditionellen linken Organisationen und Parteien, nämlich für die eigene Linie zu rekrutieren, nicht wiederholen wollen. Mehr als das Wachsen der eigenen Gruppe muss die Entwicklung einer übergreifenden Diskussion zur Organisation Messlatte der eigenen Praxis sein. Das beinhaltet für uns, dass unter uns unterschiedliche Standpunkte Raum finden müssen, und zwar einmal in Form verschiedener Strömungen und zum anderen in der gemeinsamen Erkenntnis, dass sich unterschiedliche Praxis (z. B. radikale HausbesetzerInnen – Engagements in der Institution

Mietergemeinschaft, Arbeiter-Innenselbstorganisation – Mitgliedschaft in der Gewerkschaft) in ihrer Widersprüchlichkeit durchaus ergänzen kann. Zusammengefasst heißt das – um klarzustellen, wo wir grundlegende Unterschiede zur vorherrschenden autonomen Position erkennen:

1. Offenheit, d. h. das offensive Darstellen und Anbieten linker Konzepte und Organisationsformen ist für einen gesellschaftlich emanzipatorischen Prozess unverzichtbar.
2. Politik ist wesentlich zielgerichtete Arbeit an der Gesellschaft (Bruch mit der Hinterzimmerpolitik). D. h. einerseits, dass eine gesamtgesellschaftliche Organisation nicht hauptsächlich

auf persönlichen Beziehungen aufbauen kann. Außerdem bedarf politische Arbeit – wie jede andere Arbeit auch – neben der Lutorientiertheit und Kreativität der Planung und innerhalb einer Gruppe der arbeitsteiligen Organisation.

3. Eine gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Organisation über die unmittelbaren, individuellen Bedürfnisse und die spezifischen Unterdrückungsverhältnisse hinaus ist notwendig.
4. Dazu ist es unserer Meinung nach nötig, eine revolutionäre Organisation aufzubauen; das ist ein Prozess, in dem wir ein Orientierungspunkt von mehreren sein wollen.
5. Weder sind die Autonomen

heute TrägerInnen eines revolutionären Projekts, noch wird ein revolutionäres Projekt ausschließlich aus ihnen hervorgehen. Eine Organisationsdiskussion kann sich deshalb nicht auf die autonome Szene beschränken.

6. Veröffentlichungen in verschiedenen Medien auch außerhalb der Autonomen sollen nicht unbedingt abgeschlossene Stellungnahmen darstellen, sondern den Diskussionsprozess unserer Gruppe in seiner Widersprüchlichkeit transparent machen.

Für eine linke Strömung!

Seminarreihe der Lern-AG der Gruppe FeIS

Das Projekt

Als Lern-AG der Gruppe FeIS wollen wir in den nächsten Monaten eine Seminarreihe zu politischer Theorie und Organisationsmodellen machen. Im Abstand von fünf bis sieben Wochen soll jeweils ein Samstag oder Sonntag zu einem Thema gearbeitet werden. Im Gegensatz zu den szeneüblichen Veranstaltungen zu den spezifischen Themen wollen wir durch die Seminare Grundfragen linker Politik über einen ganzen Tag vertiefen, d. h. über aktuelle Bewegungsbeschreibung hinauskommen. Die Idee zu einer Seminarreihe entstand aus Überlegungen zum

Verhältnis von Theorie und Praxis in der Gruppe FeIS:

Einerseits waren wir uns darin einig, dass der autonomen Bewegung, mit der viele von uns verbunden sind/waren, theoretische Grundlagen fehlen. Das heißt, dass notwendige Begriffe unbekannt sind, Halbwissen vorherrscht und sich die politische Bestimmung stark auf äußere Erscheinungsformen (Kleidung, Sprache usw.) beschränkt. Zum anderen aber waren wir uns auch darin einig, dass eine Theorie, wie sie an den Unis betrieben wird, zum überwiegenden Teil auch nur der Profilierung dient und für eine politische Praxis unbedeutend bleibt. Und zum Dritten

bemerkten unsere GenossInnen aus der DDR, dass es Formen der Theorievermittlung gibt, die genauso wenig über das Halbwissen hinauskommen, wie das einfache Ignorieren der Theorie. Einen befriedigenden Umgang mit Theorie konnte eigentlich niemand von uns in der Linken entdecken.

Als wir uns als Gruppe zusammengefunden hatten, teilten wir alle die Ansicht, dass im Moment Strukturen in der Linken fehlen. Nicht, weil wir ParteifanatikerInnen sind, sondern weil in den heute bestehenden, losen und atomisierten Strukturen bei den Autonomen, aber nicht nur dort, nicht einmal eine richtige Diskussion zustande kommt.

Wir fanden, dass die Stellungnahme in den meisten Debatten sich entweder gar nicht aufeinander beziehen oder aber mit Worthülsen hantiert wird, die sich dadurch ergeben, dass es keine gemeinsam erarbeiteten Begrifflichkeiten gibt. Die existierenden Debatten über Zeitungen und Bücher sind unpersönlich und deshalb beschränkt. Was in Theorie und Praxis nicht erreicht wird, wird dann durch Aktionen und Kampagnen wettzumachen versucht.

Diese Form des Arbeitens wollen wir nicht mehr. Wir wollen eine arbeitsteilig organisierte und verbindliche Struktur, und bewegten uns jahrelang um die Organisationsfrage. Die aber

ist zwar „notwendig, aber nicht hinreichend“.

Sich vernünftig zu organisieren ist ein notwendiger Schritt, aber kein Allheilmittel, wenn ansonsten nur Halbwissen, Parolen oder vage Moralvorstellungen/Ansprüche herum spuken.

Unsere Themenstellung bezieht sich deshalb vor allem auf Fragen, die unserer Meinung nach

a) in der autonomen Debatte besonders unreflektiert beantwortet werden,

b) für eine Strukturdebatte viel bringen,

c) zu denen wir interessante ZeitzeugInnen/ReferentInnen kennen.

Darüber hinaus entspringen die Themen natürlich auch unseren persönlichen Diskussionsbedürfnissen in der AG, die not-

wendigerweise beschränkt ist...

Über Themenanregungen und Leute, die sich in die Reihe mit eigenen Themen und Vorstellungen einklinken, freuen wir uns aber. Lücken sind dazu da, sie zu füllen. Es ist bestimmt richtig, dass wir im Augenblick Themen für richtig erachten, die andere für zweitrangig halten.

Aber weder hat der Mainstream immer Recht, noch lässt sich so eindeutig sagen, was „die brennenden Themen der Zeit sind“.

Unsere Veranstaltungsreihe bezieht sich auf jeden Fall auf jene Fragen, die uns in unserer politischen Praxis besonders unter den Nägeln brennen...

Wir haben nicht alle die gleichen Finger...

Resümee von sechs Monaten „Für eine linke Strömung“ (FeIS)

Ein Resümee in Form einer Selbstkritik über die ersten sechs Monate einer Gruppe wie FeIS besitzt zugegebenermaßen nur begrenzte Bedeutung. Wenn wir uns dennoch die Mühe gemacht haben, diese Selbstkritik öffentlich zu formulieren, dann nicht aus Selbstüberschätzung und Eitelkeit, sondern deswegen, weil wir glauben, dass andere Gruppen von unseren Erfahrungen/Fehlern profitieren können, und weil wir außerdem im Verlauf der Heinz-Schenk-Debatte mit einem großen Anspruch angetreten sind. So gesehen wäre es unehrlich, unsere Reflektionen jetzt nicht allen zugänglich zu machen.

Der Anspruch während der Debatte vor nun sieben oder acht Monaten war es, den Bruch mit einer Praxis zu vollziehen, die wir als subjektivistisch, unreflektiert, geschichtslos und sich gesellschaftlich selbst isolierend bezeichnet haben. D. h. wir beobachteten an der autonomen Bewegung die Unfähigkeit:

a) mehr als nur das eigene Befinden zu betrachten,

b) politische Strategien zu entwickeln bzw. Aktionen in einen größeren Rahmen zu setzen,

c) ein gemeinsames Gedächtnis der sozialen und politischen Geschichte dieses Landes und seiner Bewegungen zu erarbeiten und

d) auch außerhalb der unbedeutend kleinen Subkultur wieder Menschen für ein politisches Projekt anzusprechen.

Daneben beschrieben wir unsere Unzufriedenheit mit der Organisierung der Autonomen, deren versteckte Hierarchien und undurchschaubaren (d. h. kaum kritisierbaren) Entscheidungsprozesse wir angriffen. Wir kamen zur Organisationsfrage, weil wir glaubten und nach wie vor glauben, dass eine transparente, offene und einigermaßen klar umrissene Struktur Möglichkeiten bieten kann, um sich gegenseitig Wissen zu vermitteln, theore-

tische Debatten zu führen und auch wieder eine gemeinsame Wahrnehmung der Welt außerhalb der Subkultur zu gewährleisten.

Auf dieser Grundlage fingen einige, die wir in der Heinz-Schenk-Debatte ähnliche autonomen-kritische Positionen vertreten hatten, an, uns Gedanken über eine neue Gruppe zu machen. Wir teilten die Meinung, dass die bestehenden linken Gruppen und Organisation keine Alternativen anboten und dass die Suche nach neuen Projekten angesagt ist. Die Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte, die ja nun auch von den Autonomen mitgeprägt waren, wollten wir nicht einfach „über Bord werfen“ und auch die Bewegung nicht dafür angreifen, was sie alles falsch gemacht hätte. Vielmehr ging es uns um eine Neubestimmung, bei der wir mit Teilen der bisherigen Praxis brechen müssten. Diesen Bruch hielten und halten wir für unvermeidlich, weil sich sonst immer wieder die alten Verhaltensformen und Politikkonzepte einstellen würden. Schließlich ist der Aktionismus

- also das planlose Rumrödeln
- nur bei den wenigsten eine Politikform, für die sie sich bewusst entschieden hätten. Bei den allermeisten ist Aktionismus einfach eine Praxis, an die man sich gewöhnt hat, weil man sich keine Alternativen dazu vorstellen kann, und weil die diffuse Bewegung grundsätzliche Fragen immer wieder abwehrt. Eine einfache Revision der Autonomen, ein allmähliches

Verändern der bestehenden Praxis von innen heraus, wurde deshalb von uns als zu wenig erachtet. Wir kamen zur polemischen Formulierung des Austritts aus den Autonomen, der weder ein Abschied aus den linksradikalen Zusammenhängen noch eine akademische Wende ins Theoriezimmer sein sollte. Im Selbstverständnis formulierten wir, dass es gleichzeitig theoretischer und praktischer Arbeit bedürfe und dass sich linke Politik als Arbeit an der Gesellschaft begreifen müsse. D. h. dass sie nicht ab und zu mal über die Subkultur hinausreicht (in Form einer spektakulären Aktion oder Kampagne), sondern dass sie erst anfängt, Politik zu sein, wenn sie kontinuierlich außerhalb der Subkultur auftritt.

Die neue Gruppe, die ab Januar für eine linke Strömung (FeS) hieß lockte bei ihren ersten Treffen eine ganze Menge von Neugierigen. Dabei war der Durchlauf der Leute auffällig. Viele schauten nur mal vorbei, um sich eine Meinung zu bilden bzw. sich ihre Meinung bestätigen zu lassen, andere erwarteten stillschweigend nicht eine am Anfang stehende Gruppe von etwa 20 Leuten, in der man erst in einer gemeinsamen Anstrengung zu neuen Positionen kommen musste, sondern eine politische Heimat mit einem tragfähigen und überzeugenden Programm. Ein anderer Teil blieb weg, weil er die Vorstellungen und Konzepte ganz einfach nicht teilte. Wahrscheinlich war diese

Entwicklung in den meisten Fällen unvermeidbar; es ist weder richtig, eine sich allmählich herauschälende Mehrheitsmeinung zugunsten eines zurechtgekrampften Konsens immer wieder in Frage zu stellen, noch bestimmte Auseinandersetzungen deswegen nicht zu führen, weil sie bei der Außenwelt schlecht ankommen. Ohne grundsätzliche theoretische und historische Diskussionen (die viele für Laberei halten) und ohne Annäherung an ein Grundsatzprogramm wird es keine neuen Gruppen geben, sondern nur die alten diffusen Zusammenhänge in einer neuen Verpackung.

Nach dem Wegbleiben von Einzelnen musste sich die Gruppe darauf einstellen mit einem Kreis von 10-14 Leuten weiter zu denken. Keine tolle Personaldecke, wenn einem überall auf die Finger geschaut wird, wenn man zu theoretischen Positionen kommen will, an der linksradikalen Praxis beteiligt bleiben, eigene Akzente setzen, sinnvolle Praxisfelder aufspüren und dann auch noch Kontakte halten bzw. ausbauen möchte.

Da die Heinz-Schenk-Diskussion nicht zu einer breiten Diskussion über eine Neubestimmung geführt hatte – dafür fehlte es ihr an positiven Denkansätzen und an der Bereitschaft in der autonomen Bewegung, über die Debatte „hat Heinz recht oder nicht?“ grundsätzliche Fragen zuzulassen – standen wir isoliert vor der selbstgestellten Aufgabe, Antworten zu finden.

Wir haben uns dabei offensichtlich verzettelt, wie es in so vielen Gruppen der Fall ist. Es ist eben grundsätzlich immer etwas anderes, sich eine Sache vorzunehmen, und sie dann auch tatsächlich umzusetzen. Aber das kann kein Vorwurf sein. Schließlich können neue Projekte ohne ein Nach-vorne-Drängen nicht auskommen. Dass man sich gerade in Situationen ungebändigten Enthusiasmus mit Arbeit überlädt, und dann nur die Hälfte umsetzen kann, bleibt wohl eine Tatsache, mit der man leben muss.

Four months after

4-5 Monate, nachdem das Interesse spürbar abgeflaut ist, stehen wir vor einer Situation, die man ungefähr so beschreiben kann: Der erste, bei den verschiedenen Leuten unterschiedlich stark vorhandene Enthusiasmus ist verschwunden, und es hat sich eine zähe, unspektakuläre Arbeit eingestellt, deren Erfolge nicht unmittelbar zu sehen sind. Die Gruppe wächst im Augenblick wenig, dafür aber solide (d.h. neue Leute gehen nicht gleich wieder). Die von uns begonnene Seminarreihe ist zwischen durch längere Zeit steckengeblieben, weil wir kräftemäßig überfordert waren. Die vor dem 1. Mai von einigen von uns initiierte Plattform wartet auf genauere Diskussionen und praktische Konsequenzen. Die massivste Kritik dagegen, die wir zu hören bekamen, dass wir nämlich „zu theoretisch

sein und innerhalb kürzester Zeit zu einer akademischen „Larbertruppe“ werden würden, hat sich als unberechtigt herausgestellt. Eher das Gegenteil ist der Fall, wir sind näher daran, eine normale Aktionsgruppe als ein Theoriezirkel zu werden. Anscheinend ist die Gefahr zu theoretisch zu werden, in unserem Spektrum geringer als vielfach angenommen.

Die Notwendigkeit eines echten Bruchs

Die entscheidende Frage lautet zweifellos, ob und wie es uns gelungen ist, etwas anders zu machen als bisher. Dazu lässt sich Unterschiedliches sagen:

a) Weitgehend neu und richtig war, die ungeklärte Vermischung von klandestiner und offener Praxis, die sich meistens in abgeschotteten Kleingruppen ausdrückt (und im Grunde genommen eher mit dem Hang zur Kleinfamilie als mit einer politischen Bestimmung zu tun hat), aufzugeben. Dass wir eine erreichbare Gruppe mit festen Bürozeiten und offenen Treffen sind, ist ein eindeutiger Pluspunkt.

Unser Konzept hat zwar nicht zu einem Massenansturm geführt, aber es lässt sich an der Zusammensetzung von FeS durchaus erkennen, dass offene Gruppen eben doch Leute zusammenschließen können, die sonst nur sporadisch aktiv wären. Trotz dieser Offenheit haben wir uns nicht der Repression ausgeliefert. Es gibt mit Sicherheit überhaupt

keinen definitiven Schutz gegen Repression. Aber auf der anderen Seite bringen klandestine Verhaltensweisen (die ja stets auf Kosten der offenen Debatte gehen) weniger Sicherheit als ein intensiver, durchaus auch kritischer Umgang miteinander, der das persönliche nicht außen vor lässt.

Bedeutender als die Repression waren die Probleme von Fluktuation und Wissensunterschieden/Hierarchien einer offenen Gruppe. Dadurch dass ständig neue Leute dazukommen und auch wieder wegbleiben können, werden Diskussionen zurückgeworfen und bereits vorhandene Konsensmeinungen in Frage gestellt. Ein Versuch damit umzugehen war es, den offiziellen Termin früher zu beginnen als das eigentliche Treffen. Das aber brachte wenig, weil a) die Fluktuation sowieso abgenommen hat und b) neue Leute eben selten wirklich pünktlich sind. Auf die Dauer hilft hier wohl nur Geduld sowie Grundsatztexte, die alle paar Monate als Diskussionsergebnisse verabschiedet werden und Fixpunkte für die Debatte darstellen. Wer neu dazukommt, muss dann eben einige Sachen lesen...

Das zweite Problem, das der Hierarchien und Wissensunterschiede, ist das größere einer offenen Gruppe. Noch stärker als in abgeschlossenen Kleingruppen, die sich lange kennen, kristallisieren sich Führungspersönlichkeiten heraus, manifestiert sich das Ungleichgewicht bei Diskussionen und Initiativen. Wir haben auf dieses Problem

keine Antwort. Es wäre wohl verträumt zu glauben, dass es Gruppen geben kann, in denen grundsätzlich (d. h. in absehbarer Zukunft) alle gleich viel Initiative und damit Anerkennung besitzen. Unter den gegebenen Bedingungen lassen sich die Widersprüche weder durch Statute noch durch Willenserklärungen oder Dogmen aufheben. Oder wie es die VerfasserInnen der Uni-Broschüre zu „Autonomen Seminaren“ schreiben:

„Unterschiedliche Wissensstände (und nicht nur das, Anm. d.V.) sich klar machen und zu nutzen versuchen, Wissen muß nicht immer Macht über andere (Gruppen-)TeilnehmerInnen bedeuten, eine Gruppe muß auch Leute mit unterschiedlichen Wissensständen zueinander bringen können. Hierarchien vermeiden und ExpertInnen zulassen(...)“ sowie: „Zusammen aufpassen, daß Menge und Qualität der Arbeiten bei allen ungefähr gleich verteilt sind, Ziel und Zweck individueller Vorleistungen gemeinsam vorbereiten (Kleingruppen statt einzelner Meister-Werke); breite gemeinsame Aufgabenverteilung und Kontrolle (nicht immer dieselben Doofen, die schriftliche Vorlagen machen); rundum wechselnde Funktionen (Protokoll, Redeleitung, Vorbereitung, Vertretung nach außen); für alle und immer verbindliche Rederegeln (z. B. ausreden lassen) und regelmäßige Gruppenkritik.“ Darüber hinaus würden wir behaupten, dass offene Gruppen auch die persönliche Offenheit der Einzelnen brauchen. Bewusst

muss man sich darum bemühen, Distanz abzubauen, auf andere, fremde Menschen zuzugehen und sich anstehenden Konflikten offen zu stellen, Wissen ohne Arroganz zu vermitteln und Kranken, frustrierten oder isolierten GenossInnen auch ein wenig „hinterherzulaufen“. Das Entstehen anderer Organisationsformen bedarf eben ganz stark bewusster Verhaltensformen.

Trotz der von uns beschriebenen Probleme aber halten wir daran fest, dass das Entstehen offener Gruppen eine der Grundvoraussetzungen für das Wiedererstarken der Linken darstellt. Wenn es uns nicht gelingt, dass Menschen unterschiedlicher Sozialisierung und Erziehung, mit verschiedenen Ansichten, Interessen und Bedürfnissen in einer politischen Gruppe/Organisation zusammenarbeiten können, dann können wir auch das Konzept einer befreiten Gesellschaft, d.h. einer Gesellschaft, wo die verschiedenen Gesellschaftsteile eben nicht mehr entfremdet miteinander umgehen, vergessen.

b) Gut an unserer Arbeit war auch, dass sie zumindest in Grundzügen strukturiert war und ist. Gerade weil wir Organisation nicht als bloßes Zusammenkommen, sondern als eine gesonderte Anstrengung betrachten, für die abstrakte Denkleistungen und planende Schritte notwendig sind, haben wir uns immer wieder gezwungen, über die nächste Aktion hinauszudenken. Ein ganzer Stapel von

Protokollen und schriftlich festgehaltenen Arbeitszielen haben es uns ermöglicht, den roten Faden nicht zu verlieren. Das Gefühl des auf der Stelle-Tretens, der sichere Tod jeder Gruppe also, lässt sich mit einer strukturierten Arbeit zwar nicht ausschließen, aber es wird unwahrscheinlicher. Oft ist es ja gar nicht so sehr die Praxis, die unzulänglich ist, sondern das Bewusstsein über die eigene Praxis.

Der nur mit einer gewissen Portion Selbstdisziplin mögliche Prozess von Vorausdenken-Handeln-Reflektieren in Form von Protokollen, festgehaltenen Arbeitszielen, Aufarbeitungen und niedergeschriebenen Selbstkritiken ist keine Unterwerfung unter die Bürokratie wie wir glauben. Er ist unserer Erfahrung nach gerade der Ausbruch aus einer Form der Fremdbestimmung, nämlich der Unterwerfung unter die vorgegebene Eigendynamik und Eigengesetzlichkeit von Bewegungen.

c) Darüber ob es uns gelungen ist, Theorie und Praxis in ein wechselwirkendes (= dialektisches) Verhältnis zu setzen, haben wir kein abgeschlossenes Urteil. Sicherlich steht außer Frage, dass wir uns bemüht haben, Theorie als etwas notwendiges, nach vorne bringendes zu betrachten. Die intensiven Bemühungen um die Seminare zeigen das deutlich. Trotzdem ist es uns bisher nicht gelungen, mit unserer Reihe („Spontantät und Bewusstheit bei den KlassikerInnen, in der deutschen Revolution 1918/19 und der BRD-Linken

nach 68“; „die marxistische II Manifesto Gruppe in Italien in den '70ern“; „die Linke in Griechenland und Euskadi“) eine weit-erführende Diskussion außerhalb unserer Gruppe auszulösen.

Bei uns selbst hat sich durch die Seminarreihe manches unspektakuläres getan, z. B. hat sich das Problembewusstsein, was mechanistische Vorstellungen über gesellschaftliche Prozesse angeht, geschärft. Aber gleichzeitig ist uns auch mehrmals der rote Faden abhanden gekommen.

Auf der anderen Seite stellt auch klar heraus, dass Bildungsarbeit ein langfristiges Projekt ist, das sich nur sehr vermittelt auf eine andere Politik auswirkt. Zu glauben, dass man mit Seminaren oder Theoriearbeit überhaupt Antworten auf die drei oder vier brennenden Fragen der Zeit finden kann, ist naiv. Gerade die Beschränkung auf einige wenige Hauptdiskussionsstränge, von denen man Handlungsanweisungen erwartet, würde eine fatale Einengung linker Theorie nach sich ziehen. Es ist kontinuierliches Entdecken neuer Hauptwidersprüche, Zentralthemen und revolutionärer Subjekte (die Marginalisierten, die farbige Frau im Trikont, die SubsistenzbäuerInnen in der ganzen Welt, die ImmigrantInnen usw.), was zu einer revidierten Neuauflage jenes mechanistischen Geschichtsverständnisses führt, bei dem sich Befreiung als eindeutige Kausalkette begreifen lässt. Die Theoriearbeit der „großen Würfe“, d. h. der schnell-

len, eindeutigen Antworten wollen wir nicht. Was wir leisten, ist nicht mehr als ein Ausschnitt aus den notwendigen Diskussionen und beweist sich in seiner Kontinuität.

Zum zweiten können wir nach mehreren Monaten Seminarreihe feststellen, wie schwierig das gemeinsame Lernen ist. Die Auseinandersetzung mit Befreiungspädagogik, d. h. mit Lernformen, bei denen Wissen nicht eingetrichtert wird, sondern zu selbständigem Denken angeregt wird, ist ausgesprochen wichtig. Bis jetzt fehlt es uns sicher an Phantasie und Erfahrung. Interessant auch hier, was die GenossInnen aus der Uni dazu schreiben:

„Die neverending Suche nach anderen Formen, – Gruppenarbeit, vorbereitete Diskussionen/Rollenspiele, Planspiele, Fingerfarben, und alles wofür wir so Verachtung haben – überlegt einsetzen. Und auf alte Bücher zum Thema zurückgreifen, sich über Ideen und Erfahrungen mit anderen Gruppen austauschen...“

d) Außerdem können wir sehen, dass eine Reihe von Autonomen kritisiert haben, bei uns genauso auftauchen wie in anderen Gruppen: die Schwierigkeiten mit der Verbindlichkeit, die fehlende Bereitschaft, ein gemeinsames Projekt auch einmal über ein individuelles zu stellen, die Unfähigkeit, Initiative zu entwickeln oder mangelndes Verantwortungsbewusstsein und

Solidarität sind gesellschaftliche Phänomene, die nicht von der Schlechtigkeit der Autonomen/Linken herrühren. Um daran etwas zu verändern, brauchen wir Ehrlichkeit/Genauigkeit und nicht moralischen Druck. Solange z. B. die Linke ein nur wenig erfolversprechendes Projekt ist, ist es ziemlich normal, dass viele ihre Einzelinteressen nach Beziehung, Urlaub, Ausbildung höher bewerten als die politische Gruppe. Was eine Gruppe sich gegenseitig abverlangen kann, ist ein gewisser Realismus, dass der/die Einzelne, das was er/sie übernimmt, auch erledigt. Ansonsten hängt die Dynamik einer Gruppe davon ab, ob Einzelne Andere motivieren oder mit ihrem Optimismus anstecken können. Diejenigen, die das können, sollten ihre Rolle als Orientierungspersonen annehmen, auch wenn das dem Mythos des „wir sind alle so gleich“ widerspricht. Der Zeigefinger dagegen („du musst doch einsehen...“), der die wirklichen Bedürfnisse übersieht, drängt die Leute nur hinaus. Natürlich sollten alle versuchen, das ihnen Mögliche beizutragen, aber ein objektiver Maßstab – „alle müssen die gleiche Verantwortung tragen, gleich viel arbeiten...“ – verhindert die Entwicklung der Individuen, weil er die unterschiedlichen Voraussetzungen nicht beachtet.

e) Der Punkt, bei dem wir am selbstkritischsten sind, ist der der gesellschaftlichen Öffnung. Hier haben wir in den ersten sechs Monaten sehr wenig zustande gebracht. Sicherlich haben wir

uns bemüht, mit Leuten außerhalb des Tellerrands ins Gespräch zu kommen, aber bisher macht das noch keine politische Perspektive aus. In der Öffentlichkeitsarbeit – das wären z. B. gesteckte Stadtteilzeitungen zum Thema Rassismus, ein eigener 1. Mai-Aufruf oder eine Aktion gegen die faschistischen Parteien zur BVV-Wahl – haben wir wenig Initiative entwickelt. Bei aller Kritik an der Kreuzberg-Fixiertheit des ersten Teils des (vierseitigen) 1. Mai-Aufrufs war dieser ein ganz gutes Beispiel dafür, wie wir uns wieder an die Öffentlichkeit richten könnten. Auch die Plakate von Antifa-Gruppen zu den faschistischen Organisationen vor der BVV-Wahl waren eine gute Aktion. In dieser Richtung sollten wir weiter überlegen, und vor allem kontinuierlicher werden.

Für uns steht fest, dass die Neubestimmung der revolutionären/radikalen Linken vor allem über den Kampf um die breite Öffentlichkeit läuft. Herzen und Köpfe zu gewinnen, und zwar sowohl über politische Überzeugungsarbeit und gemeinsame Organisation als auch über praktische, direkte Aktionen, ist die richtige Parole der Zeit. Hier muss die ganze Linke einiges lernen.

f) Der letzte Punkt, der in unserer Selbstkritik immer wieder aufgetaucht ist, nämlich die Frage, ob uns als Gruppe der strategische Blick fehlt, ob wir planlos herumrödeln und von Aktion zu Aktion stolpern, oder aber ob das Bedürfnis, bei verschiedenen

Sachen beteiligt zu sein, auch seine Berechtigung hat, ist nicht ganz klar zu beantworten. Zwar brauchen wir mehr Überlegung und theoretische Begründung für diese oder jene Initiative, aber auf der anderen Seite ist auch der Blick der politischen Elite (der Avantgarde und Checker) gefährlich, der Protestpotentiale ausforscht, um sich zu ihnen zu begeben. Das ist nicht mehr als die Festschreibung der Trennung in politisch bewusste RevolutionärInnen und die ganz netten, aber etwas blöden Massen. Insgesamt können wir nicht behaupten, die Antworten auf die in der Heinz-Schenk-Debatte gestellten Fragen gegeben zu haben. Aber von einer kleinen Gruppe mit sechs Monaten Praxis ist das auch kaum zu erwarten. Obwohl einige gemessen an ihrer Anfangseuphorie zeitweise enttäuscht gewesen sind, machen wir eine positive Einschätzung dieses ersten halben Jahres. Wir glauben auf einem Weg zu sein, der weder die Verlängerung autonomer Praxis noch eine Parteigründungsinitiative im klassischen Sinne ist. Der Bruch mit den Dogmen ist ein wichtiger Schritt gewesen. Wir halten an unseren Thesen fest:

- Linke Politik hat ihren eigentlich Bezugspunkt außerhalb der subkulturellen Szene („Revolution ist nur mit der Mehrheit der hier lebenden Menschen denkbar.“).
- Politische Arbeit kann ohne Strukturierung, Selbstdisziplin und Genauigkeit nicht funktionieren. Wir brauchen die Grundelemente

Planung-Aktion-Reflexion.

- Offene Gruppen mit Ansprechpunkten und der ernstgemeinten Bereitschaft, neue Leute zu integrieren, sind unverzichtbar. Offene Konzepte sind weder schutzlos der Repression ausgeliefert noch blockieren sie sich durch ihre innere Widersprüchlichkeit selbst.

- Theorie und Praxis lassen sich nicht sinnvoll voneinander trennen; das bedeutet nicht, dass die Theorie ausschließlich Anweisungen für die Praxis zu liefern hat. Im Gegenteil – Theorie muss frei forschen können. Was wir ablehnen, ist die Auftrennung in DenkerInnenzirkel und Aktionsgruppen.

- Die Linke muss sich ohne Aufgabe revolutionärer, internationalistischer Ziele und systemsprengender Forderungen auf konkrete Bedürfnisse der Bevölkerung beziehen. Die Ignoranz gegenüber der Bevölkerungsmehrheit ist genauso falsch wie ein unkritisch-populistisches Verhältnis. Wenn die Linke jede Verbesserung der Lebensverhältnisse (damit meinen wir nicht die Erhöhung der Konsummöglichkeiten für die Kernarbeiterklasse, sondern Forderungen nach z. B. mehr Gesundheit, mehr Bildung und weniger Arbeit) im bestehenden System als Reformismus verteufelt, braucht sie sich nicht wundern, wenn sie marginal bleibt.

Es bleibt dabei: andere Formen revolutionärer Praxis sind nicht nur notwendig, sie sind auch möglich!



Für eine linke Strömung (FeIS)
c/o Schwarze Risse
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin
<http://www.fels-berlin.de>
<http://arranca.org>
fels@nadir.org

